

Einige Anfechtungen von Vergleuten zu übersehen, die anscheinend übermäßig beschuldigt waren, vermutete Wünsche des Betriebsführers zu erfüllen.

Dabei gab es in der Versammlung gar nichts, was das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen gehabt hätte. Ganz im Gegenteil: Laut muß ich das innig kameradschaftliche Verhältnis der Herren Betriebsleiter zu den Vergleuten, das geradezu ausgesucht höfliche, bestechend zusehendes Auftreten der Herren gegen die Arbeiter rühmen.

Meine Herren! so begann der Betriebsinspektor seine Ansprache, es freut mich, daß Sie unserer Einladung in so großer Zahl gefolgt sind. Ich begrüße Sie herzlich. Gestatten Sie mir nun, Ihnen zu sagen, was uns bewegen hat. Sie zu dieser Zusammenkunft mit uns zu bitten. In dieser Weise, unter reichlicher Anwendung von Höflichkeitsformeln, legte er den Leuten dann dar, wie ein Streik und wie Arbeiterforderungen in der Regel von wohlwollenden Unternehmern oder Oberbeamten beurteilt zu werden pflegen. Streik ist ein zweifelhafteiges Schwert, Wünsche haben wie alle, wer hätte wohl keine Wünsche, selbst die Reichsten haben Wünsche, jeder sucht seine Lage zu verbessern, wir verstehen, daß auch Sie Ihre Lage zu verbessern streben, wir sehen im Arbeiter keineswegs nur die Arbeitsmaschine, sondern auch den Menschen. (Pause: Im Gegenteil!) Er rief also den Arbeitern dringend vom Streik ab, natürlich mit der ausdrücklichen Versicherung, daß das nur im Interesse der Arbeiter geschehe. Die Beamten seien ja da ganz uninteressiert, sie hätten keinen Schaden davon, wenn die Arbeiter streikten. Schließlich machte er den Vorschlag, die Arbeiter (es waren gegen tausend Mann anwesend) sollten eine Kommission wählen, die der Direktion die Wünsche der Belegschaft vortragen solle. Heute Wünsche vorzutragen, bitte er zu unterlassen, da er nicht berechtigt sei, Wünsche entgegenzunehmen.

Danach sprach der Betriebsführer, der die Versammelten als Kameraden und „meine wertigen Vergleute“ anredete. Er sagte das selbe wie der Betriebsinspektor.

Die Versammlung erfüllte auch den Wunsch der Beamten. Es sprachen einzelne Vergleute zu dem Vorschlag, eine Kommission zu wählen.

So wenig nun eigentlich diese Versammlung ausgemacht hat, so ist sie doch immerhin symptomatisch. Erstens das Abmahnen der obersten Berufsbeamten vom Streik, das dieser Absicht angepaßte ausgesucht höfliche Auftreten der Beamten, das den so übereinstimmenden Klagen der Vergleute vollständig widersprach, das freiwillige Anerkennen, mit den Arbeitern zu verhandeln; und dann noch eins: der erste Vergmann, der sich zu dem Vorschlag äußerte, stellte in sehr geschickter Form die Bedingung auf, daß die Kommission aus Angehörigen der drei auf der Zeche vertretenen Organisationen bestehen müsse. Er stellte in den Vordergrund nicht die Zugehörigkeit der Kommissionsmitglieder zur Organisation, sondern die Priorität unter den Angehörigen der verschiedenen Organisationen. Und die Betriebsleiter erklärten das für ganz selbstverständlich, so daß sie damit eine so unumwundene Anerkennung der Organisation ausgesprochen, wie sie Arbeiter anderer Berufe bisher noch immer vergeblich erstreben.

Die Kommission wurde denn auch zusammengesetzt aus je einem Mitglied des alten Verbandes, des christlichen Verbandes und der polnischen Berufsorganisation.

Der Betriebsinspektor mahnte dann noch, man möchte doch auch für richtige Auffklärung der „fremdsprachlichen Herren“ sorgen (sonst mögen sie wohl Polacken heißen), weil die wegen mangelnder Sprachbeherrschung am leichtesten irreführen könnten.

Zum Schluß hat der Betriebsinspektor die Kommission noch, ihre Erwartungen nicht zu hoch zu spannen. Es sei jetzt eine schlimme Zeit, die Industrie liege danieder; gerechte Wünsche der Arbeiter würde die Direktion gern erfüllen, allzu ausweichende Wünsche aber könne sie nicht erfüllen.

So ging denn die Versammlung nach etwa einstündiger Dauer in scheinbar vollster Harmonie mit den Unternehmervertretern auseinander.

Aber unter der Asche glimmt es. Verschiedene kleine Jäger in der Versammlung bewiesen, daß mit diesem Sonntagseim die Arbeiter nicht mehr abzuspeisen sind. Auch die Zeche „Mont-Genis“ wird Taten sehen lassen müssen.

Bei einem Besuch auf Zeche „Konstantin der Große“, die etwa 1/2 Tausend Mann Belegschaft hat, sah ich die Leute in den Rassen mit ihren Kleiderbündeln, die in blane oder weiße Säcke eingeschlagen sind, nach Hause ziehen. Vorläufig hat der Streik nichts Schreckliches für sie. Sie empfinden es zunächst offenbar nur als eine Erleichterung, endlich einmal das Joch los zu sein und endlich zu einem Entschlusse zur Tat gekommen zu sein nach dem langen Zögern.

Ich besuchte dann einige

„Bergmannsdörfer“

Zu einer genauen Beschreibung komme ich wohl später noch; jetzt nur so viel, daß es ein unverwundenes Bucher ist, den Arbeitern für diese Löhner Mieten von 18 M. bis 28 M. im Monat abzunehmen.

Zu Langendreer war heute Nachmittag eine Frauensammlung.

An tausend Frauen waren anwesend und begeistert für den Streik. In der Diskussion trat eine ältere Frau auf, die die Klagen auf die Hälfte des Gehalts verwies. Das schienen die andern längst schon nutzlos erprobt zu haben. Sie gingen an zu lärmeln, die Rednerin mußte abtreten und schließlich wurde die überfüllte Versammlung so unruhig, daß der überwachende Beamte die Auflösung für nötig hielt.

Bochum, 14. Januar.

(Bericht unseres Z.-Mitarbeiters.)

Die Arbeit unter Polizei-Aufsicht.

Auf einzelnen Schächten, auf denen gefeiert wird, hatte ich bereits die ganz unnützlich herumflanzierende Gendarmen gesehen. Man sagte mir, daß die Schächte, die noch arbeiten, noch besser bewacht werden. Auf Shamrock I und II habe ich es heute zur Fröhlichkeit beobachtet. Diese Schächte waren schon mehrmals als im Streik befindlich genannt worden. Tatsächlich ist aber auch heute noch die Fröhlichkeit so gut wie vollzählig eingefahren. Von 1/4 Uhr bis 5 Uhr kamen die Leute ununterbrochen. Aber unter Polizei-Aufsicht. Vor dem Zechentore sowie auf der Zugangsstraße waren berittene Gendarmen und Schutzleute zu Fuß postiert. Ich zählte acht berittene und sechs zu Fuß, auf dem Zechenplatz waren gleichfalls Gendarmen aufgestellt und dieser Polizeischutz scheint dauernd auf der Zeche eingerichtet zu sein; ich kam gerade hinzu, als ein Trupp Berittene abgelöst wurde. Es war eine richtige Belagerung. Wie man mir sagte, ist die Bewachung der Arbeiter noch nicht zu Ende, wenn sie die Polizisten und Gendarmen passiert haben. Sie werden sofort von Beamten in Obhut genommen und bleiben unter dieser Aufsicht bis sie umgekleidet zum Einfahren bereit stehen. Dabei ist niemand da, der die Einfahrenden von der Arbeit abhalten will. Auch Zeche „Konstantin“ fand ich noch um 6 Uhr von mehreren Polizeiposten besetzt. Wenn Th. Th. Heine sein bekanntes Bild noch einmal zeichnete: rechts die Fabrik, links das Zuchthaus, zu beiden je ein schmaler Weg auf hohem Damme führend und davor der Schutzmann, der dem Arbeiter die volle Freiheit gibt, zu wählen — er könnte das einfacher machen. Der Gendarmenposten vor dem Vergwerke, in das die Arbeiter freiwillig hineingehen, der vereinigt die Fabrik mit dem Zuchthaus. Vielleicht sagen sich nun erst recht die Vergleute, daß

es besser sei, zu Hause zu bleiben, statt unter Polizei-Aufsicht zu arbeiten.

Ein Aufruf des Bergarbeiter-Verbandes.

Der Bergarbeiter-Verband verbreitete an die Bergarbeiter des Ruhrreviers folgenden Aufruf: Der vor der entscheidenden Konferenz in Essen abgefaßt ist und alle Behauptungen über sozialdemokratische Streikgeheizen bündig widerlegt.

Kameraden!

Die bekannt, sind trotz allem Abstraten seitens der Organisationen die Kameraden einiger Zechen im Dortmund Revier in den Ausstand getreten und immer mehr Zechen schließen sich an. Die Kameraden waren zu sehr durch die Wühlhände angeschlagen. Dadurch ist die Situation eine sehr ernste geworden und ist es unbedingte Pflicht eines jeden Kameraden, unter allen Umständen auf Ruhe und Ordnung zu sehen.

Denn sowie irgend eine Aufregung eintritt, sind die strengsten Maßnahmen der Behörden die Folge und dann wird diese Bewegung ungünstig, zum Schaden der Arbeiter ausfallen.

Also, Kameraden, wirt auf Eure Kollegen ein, daß auch nicht einer einen derartigen Fehler macht. Ruhe und Ordnung muß unter allen Umständen herrschen, sonst geht unsere gerechte Sache verloren. Weidet den Alkoholgenuß so viel als möglich, haltet Euch den Kopf kühl, damit jeder bei guter Verunft bleibt, nichts Unrechtes tut. Laßt Euch auch von der Polizei, wenn sie schroff und provozierend auftritt, nicht zu unüberlegten Schritten hinziehen.

Meldet und per Telephon (Nr. 1301 Bochum) alle sich dem Streik anschließenden Zechen und wichtigen Vorkommnisse, namentlich auch Beschwerden über zu schroffe Vorgehen der Behörden.

Heute Donnerstag, den 12. Januar cr., wird die Revierkonferenz entscheiden, ob und welche Forderungen an den Verein für bergbauliche Interessen und an die Zechen gestellt werden. Den entscheidenden Beschließen dieser Revierkonferenz, an der alle vier Organisationen teilnehmen, müssen sich alle Kameraden fügen, auch wenn die Aufhebung des Streiks beschloffen wird, muß jeder Folge leisten. Sollten die Konferenzbeschlüsse nicht alle befriedigen, so können zwar da und dort von Belegschaftsversammlungen noch neben-sächliche Beschlüsse gefaßt werden, aber bezüglich der Hauptfragen und Hauptforderungen kann nur das gelten, was die Revierkonferenz beschließt.

Kameraden, zeigt Disziplin, zeigt, daß Ihr Männer seid, zeigt, daß Ihr organisiert seid! Daltet die Unorganisierten in Jaum und Jügel und fahrt sie der Organisation zu! Alle Mann an Bord, alle in die Organisation, nicht einer darf der Organisation fernbleiben. Nur Einigkeit und eine starke Organisation führt zum Ziele und laßt den trotzigem Grubenherren etwas abgewinnen.

Sorgt ja dafür, daß alles ruhig und in Ordnung sich abspielt, damit die Polizei nichts zu tun bekommt.

Hoch die Einigkeit und Disziplin! Folgt Euren Führern!

Mit Glückauf!

H. S. a. s. c. Verbandsvorsitzender.

Kohlensyndikat, Regierung und Streik.

Das Kohlensyndikat hat ein Rundschreiben erlassen, in dem es heißt:

„Dauer und Umfang der Bewegung ist bei der gegenwärtigen Lage nicht zu ermessen. Wir glauben aber, daß die Bewegung nicht von Dauer sein wird, und hoffen, daß binnen kurzem die Förderung sich wieder so gestalten wird, daß der Verband in gewohnter Weise ausgenommen werden kann.“

Das Kohlensyndikat vergütet den Zechen für jede infolge des Streiks nicht gelieferte Tonne 1,50 M.

In einer geheimen Vorstandssitzung des Syndikats nahm man am Sonnabend Stellung zu den Arbeiterforderungen. Der „Spezial“ Scherls glaubt „genug erschren zu haben, um sagen zu können, daß keine völlig ablehnende Antwort ergehen wird“.

Wir glauben genug erfahren zu haben, um sagen zu können, daß die Arbeiter keineswegs eine „nicht völlig ablehnende“ Antwort, sondern nur die Genehmigung ihrer billigen Forderungen bestreben.

Nach einer Korrespondenz beabsichtigt die Regierung im Falle der Proklamation des Generalstreiks Kommissare in das Ruhrrevier zu entsenden zu dem Zwecke, mit beiden Parteien Fühlung zu suchen und eventuell eine Einigung vorzubereiten.

Eine Max Lorenz-Verschwörung.

Max Lorenz, der das Gras wachsen hört, hat ermittelt, daß es sich bei dem Streik um eine teuflisch kluge Verschwörung der Sozialdemokratie handelte. Man wolle durch den Ausstand die Macht des Zentrums brechen. Daher sei es

„auch ohne weiteres klar, warum der Streik zu einer möglichst ungenügsamen Zeit inszeniert worden ist, so daß er notwendigerweise verloren gehen muß. Siegte die streikende Arbeitermasse, so sagten sich die katholischen Arbeiter: Auch auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung können wir unsere Forderungen und Ziele erreichen; also brauchen wir die Sozialdemokratie nicht.“ Unterliegen dagegen die Arbeiter, so fesselt sie gemeinsamer Groll und gleiches Leid an die sozialdemokratischen Waffenbrüder und läßt sie an der Zentrumsparthei verzweifeln, die als „herrschende Partei“ nicht einmal ihre Anhänger vor der schmachvollen Niederlage hat bewahren können oder wollen.“

Es ist ja nichts leichter, als diese höllische Intrige der Sozialdemokratie zu durchkreuzen, die die Arbeiter in einen ungenügsamen Streik heft: Die Unternehmer brauchen nur die Forderungen zu bewilligen! Dann ist die Sozialdemokratie blamiert!

Politische Ueberblick.

Berlin, den 14. Januar.

Die Skandalchronik der Rechtsprechung.

Der Reichstag konnte heute nicht die sozialdemokratische Interpellation über den Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier behandeln. Der Reichskanzler zieht es vor, da er die Reichsversammlung der Handelsverträge in das Klassenparlament verschleppt, dort auch ein paar harmlose Phrasen über den Riesenkampf der Bergarbeiter zu sprechen, wo deren legitimierte Vertreter ihm auf den Zahn zu fühlen nicht in der Lage sind. Jedenfalls nicht vor Mittwoch und jedenfalls nur im allerbeschränktesten Umfang ist die hohe königliche Staatsregierung bereit, diese Interpellation, bei der jede Stunde Verzögerung unübersehbaren Schaden stiften kann, vor der Vertretung des deutschen Volkes zu beantworten.

So wurde denn heute die Generaldebatte über die deutschen Rechtsverhältnisse fortgesetzt, ohne zu Ende zu kommen. Genosse Stadthagen, der als erster Redner zu Wort kam, nagelte zunächst das Zentrum auf seine widerspruchsvolle Stellung zum Rechte der ländlichen Arbeiter und die Freisinnigen auf dem Geständnis des Herrn Köpck fest, daß das Gesetz über Entschädigung unschuldig erlittener Unterjochung, dem sie zugestimmt haben, halbe Arbeit und schon jetzt nach einer Frist von ein paar Monaten dringend reformbedürftig sei. In der Hauptsache aber stellte er noch einmal die beiden anständigsten und sonderbarsten Prozesse aus der letzten Zeit, den Ruchstrat- und den Bäcker-Prozess, ins rechte

Licht. Er lehnte es ab, gegen den jetzt wehrlosen Häßling Bäcker in der Weise zu gehen, wie es gestern Herr Zenzmann getan hatte.

Was ist an dem Falle des Dreschgrafen überhaupt nur zweierlei interessant. Einmal daß ein Mann von seiner Weisheitsbeschaffenheit jahrzehntelang Amtsvorsteher sein konnte, dann, daß er in einer ganzen Reihe von Gerichtsurteilen als „bornehmer Aristokrat“ und „tiefreligiöser Mensch“ bezeichnet und mit einer so seltenen gegen Proletarier nie geübten Milde abgeurteilt wurde. Zum Fall Ruchstrat stellte Stadthagen zunächst aus dem Wortlaut des Urteils fest, daß alle seine Behauptungen über den Meister des Pokerns und der Lustigen Stieben in den Gerichtsverhandlungen tatsächlich erwiesen worden seien. Am Beispiel des Abg. Burlage zeigte er, wie besangen die oldenburgischen Richter gegenüber den Redakteuren des „Residenzboten“ seien, und daß sie Raube nähmen, nicht Recht sprächen, wenn sie entgegen dem alt-oldenburgischen Rechtsgrundsatz: „Niemand soll richten, der dem Angeklagten feindlich gesinnt ist.“ über sie zu Gericht saßen. Nach scharfsinnigen Untersuchungen über das Wesen der Kollektiv-Beleidigung, der Beleidigung eines ganzen Standes, deren Begriff er für vollkommen haltlos erklärte, verspottete er wichtig den Don Quixote-Eifer des Zentrumskämpfers Burlage gegen den „Simplizissimus“-Schmutz, indem er ihn an die Verleumdungen der „Germania“ und anderer edler Organe für „Wahrheit, Freiheit und Recht“ über das Privatleben sozialistischer Abgeordneter erinnerte. Zum Schluß stellte er noch einmal die zwei Tatsachen einander gegenüber: Der Redakteur Biermann wird wegen der angeblich ehrlosen Verleumdung des Justizministers zu einer unerhört harten Gefängnisstrafe verurteilt, die durch die Art der Strafvollstreckung zu einer Tortur des Mannes ausartet; der Justizminister Ruchstrat findet für die sicherlich ehrlose Beleidigung der wehrlosen Wittstetterin Frau Biermann mildere Richter, die ihn in eine Geldstrafe von 100 M. nehmen. Aber Herr Zenzmann wird weiter bestreiten, daß es Klassenjustiz gibt.

Diese Rede Stadthagens löste endlich dem Staatssekretär Nieberding die Zunge. Er teilte mit, daß die Reichsbehörden in Oldenburg angefragt hätten, ob in der Behandlung Biermanns und Schwennerts die Reichsgesetze gewahrt seien und vollkommen befriedigende Auskunft erlangt hätten. Die oldenburgischen Behörden sind so gut legitimiert zu dieser Auskunft wie der Königsberger Generalkonstil zum Uebersehen. Noch zwei bürgerliche oldenburger Abgeordnete ergriffen zu diesem Falle das Wort.

Herr Burlage zog sich im Gegensatz zu seinem probierenden Auftreten in der vorgestiegenen Debatte heute vorsichtig zurück und wollte nichts gesagt haben. Der Freisinnige Bargmann erklärte einerseits die oldenburgischen Richter für unbefangener, andererseits ein außeroldenburgisches Gericht für unbesangener. Einerseits die Behandlung Schwennerts für kein Staatsverbrechen, andererseits für reichsgefehdwidrig und dem Gerichtsurteil zuwiderlaufend. Wahrscheinlich wollte er beweisen, daß sich nicht nur die Nationalliberalen mit zwei Seelen absünden könnten.

Der Rest der Debatte wurde durch drei Duelle von Abgeordneten ausgefüllt. Der Reichsparteiler Stockmann schloß in der Verteidigung der preuchischen Dänenerfolgungen gegen den Dänen Jessen recht schlecht ab; der Abg. Bruhn (Antisemit) gab einige antisemitische Anekdoten vom Freisinnshelden Zenzmann zum besten, und dieser rewangierte sich durch plumpe Ausfälle gegen den — Genossen Stadthagen. Und der Zentrums-Abgeordnete Schmidt-Warburg verteidigte gegen den Freisinnigen Schrader die jetzige Fassung des Gotteslästerungs-Paragrafen. — Montag soll die Debatte fortgesetzt werden. —

Das Dessauer Kriegsgerichts-Urteil.

Das Revisionsverfahren des Oberkriegsgerichts in Sachen des Dessauer Kriegsgerichts-Urteils ist heute zu Ende gegangen. Bekanntlich waren durch das Urteil der ersten Kriegsgerichtsinstanz in Dessau der Gefreite Günther und der Musketier Voigt wegen Meuterei zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Ihrer Verurteilung lag folgender Tatbestand zu grunde:

Die beiden Angeklagten hatten sich in einem Tanzlokal bei Dessau vergnügt. In dem Tanzlokal befand sich auch der schwer angetrunkene Unteroffizier Heine. Als Heine das Lokal verließ, traf er auf zwei junge Mädchen, die „Bräute“ der beiden Angeklagten. Er sprach sie an, und als er keine Antwort erhielt, verkehrte er einem der Mädchen einen Stoß, daß es zu Boden fiel. Als im selben Augenblick auch Günther und Voigt das Lokal verließen und von dem Vorfall erfuhren, eilten sie Heine nach, um ihn zur Rede zu stellen. Der Unteroffizier gab jedoch keine Antwort, sondern zog das Seitengewehr und schlug um sich. Voigt entwandt dem Angetrunkenen die Waffe, gab sie ihm aber gleich wieder zurück. Heine riß nun dem Musketier das Seitengewehr aus der Scheide und lief mit beiden Waffen davon. Die Angeklagten verfolgten Heine und entrißen ihm wiederum das dem Voigt gehörige Seitengewehr. Bei dem Handgemenge kam der Unteroffizier zu Fall, worauf er mit seiner eigenen Waffe um sich hieb. Das Kriegsgericht sah in dieser Handlung der Angeklagten den Tatbestand des militärischen Aufruhrs, des tätlichen Angriffes und der Mätungsverletzung gegen einen Vorgesetzten und erkannte auf fünf Jahre Zuchthaus!

Die Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht gelangte zu einer ganz wesentlichen Aenderung des erstinstanzlichen Urteils. Bei den diesmaligen Feststellungen des Oberkriegsgerichts handelte es sich darum, festzustellen, ob die beiden Verurteilten weiter gegangen seien, als aus Notwehr unbedingt nötig war. In dieser Beziehung hatte die Dessauer Kriegsgerichtsinstanz eine ganz eigenartige Stellung genommen. Sie hatte erklärt, daß Voigt und Günther die Notwehr überschritten hätten; einem Vorgesetzten gegenüber gäbe es keine Notwehr, sondern nur eine „Abwehr“; ein juristischer Begriff, der gar nicht existiert und der erst von dem Kriegsgericht in Dessau entdeckt worden ist. Das Dessauer Kriegsgericht war der Ansicht, daß die beiden Angeklagten sich überhaupt nicht hätten zur Wehr setzen dürfen, sondern daß sie den Säbelhiebs des Heine einfach passiven Widerstand hätten entgegensehen müssen. Das Dessauer Kriegsgericht hat allerdings auch Heine bestraft, und zwar wegen Ueberschreitung der Notwehr, aber im Verhältnis zu der gegen Voigt und Günther erkannten ungewöhnlichen Strafe nur zu einem Minimalstrafmaß von drei Monaten Gefängnis.

Bei der jetzigen Verhandlung handelte es sich, wie gesagt, darum, festzustellen, ob die beiden Verurteilten in ihrer Notwehr zu weit gegangen seien. Ferner fragte es sich, ob der Aussage des Unteroffiziers Heine irgend welche Bedeutung beizumessen sei. Das Kriegsgericht der ersten Instanz hatte angenommen, daß Heine nicht vollständig betrunken ge-

wesen sei und daß der zweite Angriff gegen ihn keinen Akt der Notwehr dargestellt habe, daß vielmehr der gemeinlich unternehmende Angriff von Voigt und Günther den Charakter des Aufzuges gegen einen Vorgesetzten getragen habe. In der heutigen Vernehmung erklärte jedoch Heine selbst, daß er sich auf die damalige Situation absolut nicht mehr besinnen könne, da er vollständig betrunken gewesen sei.

Unter diesen Umständen gelangte dem auch der Vertreter der Anklage zu einem wesentlich anderen Standpunkt als das Kriegsgericht der ersten Instanz. Er erklärte, daß die Angeklagten nur in der Notwehr gehandelt hätten und nicht weiter gegangen seien, als unbedingt notwendig gewesen wäre. Sie hätten dem Unteroffizier zwar zweimal das Seitengewehr abgenommen, es ihm aber jedesmal sofort wieder zurückgegeben. Der Angeklagte Günther habe sich in der Lage befunden, das Dienstmädchen Regel schützen zu müssen. Er habe es doch nicht deshalb schuldig lassen können, weil der Täter sein Vorgesetzter gewesen sei. Hingegen habe das ganze Verhalten des Heine bewiesen, daß er seiner Sinne absolut nicht mehr mächtig gewesen sei.

Trotz dieser Auffassung plädierte jedoch der Vertreter der Anklage nicht etwa auf Freisprechung, sondern nur eine Herabsetzung der in der ersten Instanz erkannten Strafe.

Auch dieser Strafantrag wird der Öffentlichkeit ungeschwehrt erscheinen. Der öffentliche Ankläger hat angenommen, daß die Angeklagten nur in der Notwehr gehandelt haben, er hat angenommen, daß der Vorgesetzte sinnlos betrunken war und die tollsten Exzesse beging. Trotz alledem verlangte er, daß im Interesse der „eisernen Disziplin“, die unter den Soldaten nun doch einmal herrschen müsse, auf eine hohe Freiheitsstrafe erkannt werde, eine Freiheitsstrafe, die noch doppelt und mehr so hoch ist, als die gegen Heine beantragte Strafe von sechs Monaten Gefängnis!

Der öffentliche Ankläger begründete im Interesse der Disziplin diese Strafe damit, daß auch disziplinwidrige Elemente dem Heere angehört und daß diese durch drakonische Strafen eingeschüchtert werden müßten. Dies Argument kam um so weniger für den vorliegenden Fall in Betracht, als sowohl Günther wie auch Voigt von ihren militärischen Vorgesetzten das Zeugnis tüchtiger, einwandfreier Soldaten ausgesprochen worden ist. Trotz alledem sollen im Interesse der Disziplin auch Unschuldige zu schweren Strafen verurteilt werden!

Wenn auch durch das heute gefällte Urteil des Oberkriegsgerichts dem Urteil der ersten Instanz seine furchtbare Schärfe genommen worden ist, so wird trotz alledem die öffentliche Meinung und deren Vertretung auch an dem neuen Urteil ansdrücklichste Kritik üben müssen, denn im Grunde genommen befugt das Urteil doch nur wiederum, daß es gegen militärische Vorgesetzte auch bei den größtmöglichen Ausschreitungen derselben eine Notwehr nicht geben könne!

Die konservative Interpellation über die Handelsverträge ist mit Absicht erst jetzt eingebracht worden, um dem Reichstags die Veröhnung des Reichstags zu ermöglichen, daß er zuerst im preußischen Abgeordnetenhause Rede stand. Darum verzichteten auch die konservativen auf eine Beratung der Interpellation in den nächsten Tagen.

Als Herrgott selbst, nicht als seinen Stellvertreter dünkte sich der Unteroffizier Rehbod vom 108. sächsischen Infanterie-Regiment in Leipzig; denn er ließ die Rekruten eines Tages im Späthjahr, nachdem er sie, wie so oft, gehörig gezwiebelt hatte, im Kreise um ihn herum niederknien, wobei sie ihm mit gefalteten hochgehobenen Händen anbeten mußten. Aber nicht nur diesen Unfug verübte Rehbod, sondern er traktierte die Rekruten unter Beschimpfungen auch mit Schlägen und Prüfen. Kamentlich hatte er es auf den Rekruten Raumann II abgesehen, den er mit Kolbenstößen, Faustschlägen und Fußtritten so regalierte, daß dieser mehrere Tage dienstunfähig war. Das führte dann schließlich zur Verhaftung Rehbods und zu seiner Verurteilung zu fünf Jahren Gefängnis und Degradation. Kamentlich wegen der letzteren legte er Verurteilung beim Oberkriegsgericht ein; aber dieses verwarf sie nicht nur, sondern attestierte Rehbod noch, daß er tatsächlich ein Leuteschinder niedriger mit Gefinnung sei.

Ausland.

Frankreich.

Zur Kabinettskrise.

Paris, 14. Januar. Die von Jaurès in der Kammer eingebrachte Tagesordnung, von welcher das Schicksal des Kabinetts abhängen wird, lautet wie folgt: Die Kammer, entschlossen, die Reformen betreffend die Einkommensteuer, Trennung zwischen Kirche und Staat und die Arbeiter-Altersklassen durchzuführen und gewiß, jede Opposition zurückzuweisen, vertraut der Regierung hinsichtlich der Durchführung des Programms und geht zur Tagesordnung über. — Combes hat diese Tagesordnung angenommen.

Die ministerielle Lage wird in allen politischen Kreisen eifrig besprochen. Verschiedene Minister haben, wie es heißt, Combes erlaubt, im Namen des Gesamtministeriums zu demissionieren, da sie der Ansicht sind, daß das Kabinett bei der jetzigen Lage nicht mehr die notwendige Autorität besitzt, ihre Reformen durchzuführen. Es sei daher besser, zurückzutreten. Combes soll die Erklärung abgegeben haben, er werde der Kammer nochmals sein politisches Programm unterbreiten, das er bereits in Augeres dargelegt hat. Er wird erklären, daß er die Schwierigkeiten des Programms würdige und wird die Kammer ersuchen, ihm zu folgen. Schließlich soll der Minister noch gesagt haben, daß er, wenn er wirklich gefürchtet werden sollte, möglichst nach links rücken werde.

Dänemark.

Der Sturz des Ministeriums Deunher, der nun eine vollendete Tatsache ist, erfolgte nicht, wie man das in einem parlamentarisch regierten Lande für selbstverständlich halten sollte, durch das Parlament. Leider bietet die Geschäftsordnung des dänischen Reichstags keine Handhabe, brennende politische Fragen sofort auf die Tagesordnung zu setzen, wie das z. B. in der französischen Deputiertenkammer möglich und üblich ist. Wäre das im dänischen Reichstag möglich, so hätte die politische Situation viel besser gelöst werden können und die Ministerkrise hätte wahrscheinlich ein anderes und dem Volkswillen mehr entsprechendes Ergebnis gehabt, als es jetzt der Fall ist. Die Entscheidung wurde in den Fraktionsversammlungen der Linkenpartei getroffen. Das Volksting mußte abwarten, was die herrschende Partei zu beschließen für gut fand, und konnte an den beiden Entscheidungstagen nur ganz kurze und inhaltslose Sitzungen abhalten. Die Sitzung am Donnerstag wurde um 1 Uhr mit derselben Tagesordnung wie am Donnerstag: „Mitteln des Vorstehenden“ eröffnet, aber sofort auf 1 1/2 Uhr vertagt. Aber auch dann lag noch keine offizielle Mitteilung von der schon längst vollzogenen Demission Deunhers vor. Die Sitzung wurde geschlossen und die nächste auf den anderen Tag mit derselben Tagesordnung festgesetzt. Die Linke hatte bereits am Vormittag in ihrer Fraktionsversammlung Deunher und damit auch Jöhnke und Hage zur Amtsniederlegung gezwungen. Der radikale Flügel der Fraktion, 21 Abgeordnete, hatte jedoch eine Resolution eingebracht, in der bei Bildung des neuen Ministeriums Garantien für eine demokratische und antimilitaristische Politik verlangt wurden. Der Vorsitzende, der zum Finanzminister auferkorene Anders Nielsen, verhinderte die Abstimmung darüber mit

der Begründung, daß die Frage nicht zuvor im Parteivorstand diskutiert worden sei, worauf Jahnke, der Vorsitzende der Antragsteller, erklärte, daß man sich unter diesen Umständen auf eine Sprengung der Partei vorbereiten müsse. Eine solche scheint denn auch nach dem jetzt Vorgefallenen unvermeidlich zu sein.

Parlamentarisches.

Die Geschäftsordnungskommission des Reichstages beschäftigte sich heute während der Plenarsitzung mit einer Reihe von Anträgen auf Genehmigung zur Strafverfolgung gegen Abgeordnete während der Dauer der Session. Es lagen vor gegen den Abg. Scheidemann (Soz.) zwei Privatklagen wegen Verleumdung durch die Presse, eine ebenfalls gegen den Abg. Schmidt-Franfurt (Soz.), eine gleiche gegen den Abg. Gerstenberger (Z.) und schließlich ein Strafantrag gegen den Abg. Dreesbach (Soz.) wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz, weil er nach Auflösung einer Versammlung noch eine Ansprache gehalten haben soll. In allen diesen Fällen verurteilte die Geschäftsordnungskommission die Genehmigung.

Vom ostasiatischen Kriegsjahresplan.

Russische Beunruhigungsversuche.

Aus Tokio sind Nachrichten eingetroffen, die beweisen, daß die russische Kavallerie, die während des ganzen Krieges eine überaus traurige Rolle gespielt hat, endlich den Versuch unternommen hat, durch Umgehungsmanöver und Streifzüge die Japaner zu beunruhigen. Nach den Tokioer Meldungen sind stärkere Kavallerie-Abteilungen sowohl um die östliche wie um die westliche Flanke der Japaner hinaus vorgezogen und haben versucht, die Eisenbahnverbindungen zwischen der Hauptfestung der japanischen Mandchuri-Armee und Port Arthur resp. Niutschwang zu zerstören. Es ist ihnen in der Tat auch gelungen, leichtere Zerstörungen an der Eisenbahnlinie vorzunehmen. Die Japaner haben dann jedoch diese Streifkommandos, deren eines, das gegen Niutschwang manövrierte, gegen 2000 Mann stark gewesen sein soll, angegriffen und zurückgeschlagen. In einem Gefecht sollen die Russen 80 Mann, in einem anderen sogar 200 verloren und sich fluchtartig zurückgezogen haben. Nach einer Lesart soll dieses russische Angreifen speziell zu dem Zweck unternommen werden, die Artillerie abzufangen, die dem japanischen Hauptheer von Port Arthur aus zugeführt wird. Diese Versuche sind nicht erreicht worden und werden auch schwerlich erreicht werden, da die Japaner alles aufbieten, um den russischen Vorstößen sofort energisch entgegenzutreten.

Der Zar für die Fortdauer des Krieges.

Der Zar hat einen Tagesbefehl an Armee und Flotte erlassen, in dem er die Fortdauer des Krieges proklamiert. Der Tagesbefehl lautet:

Petersburg, 14. Januar. Port Arthur ging in die Hände des Feindes über. Ein Monate währte der Verteidigungskampf; über sieben Monate war die ruhmreiche Garnison von der Außenwelt abgeschnitten. Der Hilfe beraubt, ohne Murren die Entbehrung und die moralischen Qualen während der Entwicklung der Erfolge des Gegners ertragend, Leben und Blut nicht schonend, hielt eine handvoll (7) russischer Leute in der festen Hoffnung auf Entsatz die wütenden Angriffe des Gegners aus. Mit Stolz verfolgte Rußland ihre Heldentaten, die ganze Welt beugte sich vor ihrem heldenhaften Sinne. Doch täglich leuchteten sich ihre Reihen. Die Kampfmittel gingen unter dem Andrängen stets neuer feindlicher Kräfte aus, sie mußten ihre Heldentat vollendend, der Uebermacht erliegen. Friede der Asche und ewiges Andenken den unvergesslichen Russen, welche bei der Verteidigung von Port Arthur umlamen. Fern von Rußland starbt Ihr für Rußlands Sache, erfüllt von der Liebe zu Kaiser und Vaterland. Euch Lebenden sei Ruhm! Gott heile eure Wunden und schenke Euch Kraft und Geduld, die anerkennende neue schwere Prüfung zu tragen! Unser Gegner ist lässig und stark, unfähig schwer ist der Kampf mit ihm 100000 Werten fern von den Quellen unserer Kraft. Aber Rußland ist machtvoll. In seinem tausendjährigen Leben gab es noch schwerere Prüfungen und noch drohere Gefahren, und jedesmal ging es aus dem Kampf neugestärkt und mit neuer Macht hervor. Unsere Mißerfolge sind schwer. Zudem wir unsere Verluste beklagen, wollen wir uns nicht vertreiben lassen. Mit ganz Rußland vertraue ich, daß die Stunde des Sieges bald andrückt; ich bitte zu Gott, daß er die mir teuren Truppen und die Flotte segne, damit sie vereint den Feind niederwerfen und die Ehre und den Ruhm Rußlands stützen.

Aus dieser Proklamation geht hervor, daß der Zar trotz aller Mißgeschicke, die seine ungeliebten Truppen getroffen haben, gar nicht daran denkt, den Krieg aufzugeben. Der Friedens-Zar erklärt vielmehr, daß er zuversichtlich hoffe, daß bald in neuen Schlachten seine Truppen und seine Flotte vereint den Feind niederwerfen und die Ehre und den Ruhm Rußlands wieder herstellen würden.

In der Proklamation zeigt sich also die krasse Feindschaft, die bisher von dem „friedensfreundlichen“ Rußland getrieben worden ist. Jedermann, der Jar nicht zuleht, weiß, daß der Krieg in Ostasien provoziert wurde, nicht durch die Eroberungsgier der Japaner, sondern durch die völkerrechtswidrigen Eroberungen der Russen. Die Japaner haben nur einen sie bedrohenden Streich durch rasche Offensive pariert. Trotz alledem geht die russische Feindschaft soweit, „Gott“ für die russische Ehre zu engagieren. Schon bisher hat man ja mit Heiligenbildern und Anrufung Gottes den ungeheuerlichsten Mißbrauch in Rußland getrieben, ohne daß dadurch der Sieg an die Fahnen des freien zarischen Eroberertums geheftet worden wäre. Auch diese neuen Feindschaften werden natürlich an dem Verlauf des Krieges nicht das geringste ändern.

Aus der Proklamation geht jedenfalls soviel hervor, daß sich der Zarismus noch immer stark und ungebrosen fühlt, daß er es sich zutraut, sowohl den siegreichen Feind in Ostasien die Stirne zu bieten, als der Volksempörung im Innern. Es ist ein gewagtes frevelhaftes Spiel, das der Zarismus betreibt. So gut wie fest steht es für den Beobachter des bisherigen Kriegsverlaufes, daß dieses dreiste Spiel um Zehntausende von Menschenleben in Ostasien täglich Schiffbruch erleiden wird, daß Rußland zu seinen bisherigen schmachlichen Niederlagen noch furchtbarere Niederlagen erleiden wird. Und der Wunsch aller Kulturfreunde des Bestens kann es nur sein, daß der Zarismus auch im Innern ebenso lässig zusammenbrechen möge, wie auf den Schlachtfeldern der Mandchuri!

Aus Industrie und Handel.

Der russische Finanzbericht für 1905.

Der russische Finanzminister hat, wie alljährlich, auch diesmal pünktlich zum russischen Neujahrstag, der jetzt bekanntlich 13 Tage später fällt als der unserige, einen ausführlichen Etat- und Finanzbericht aufgestellt, der von dem Wolffischen Bureau in einem vier Spalten langen Telegramm übermittelt wird. Auf einen eigentlichen Wert

können diese Berichte mit ihren Budgetaufstellungen keinen Anspruch machen. Sie sind unter Mittels Leitung des russischen Finanzministeriums zu einem bloßen Mittel geworden, alljährlich der Welt in gedrängten Worten zu verkünden, wie prächtig es um die russischen Finanzen und um die Entwicklung des ganzen russischen Wirtschaftslebens bestellt ist; und es ist kein Grund vorhanden, anzunehmen, daß der jetzige Finanzminister bei der Abfassung seines Berichts nach anderen Grundsätzen verfahren sein sollte als sein Vorgänger. Die Buchhaltung im russischen Finanzministerium und seinen Unterabteilungen ist von anderer Qualität und Art als in konstitutionellen Staaten. Wiederholt ist im letzten Jahrzehnt von russischen Nationalökonomien selbst, vornehmlich von Putni und Jsaieff, nachgewiesen worden, daß die Angaben des russischen Budgets absolut unzuverlässig sind, den Rechnungsnachweisungen der Reichskontrolle widersprechen und zum Teil auf den wunderlichsten Rechnungsumständen beruhen. Ein von Herrn Witte sehr beliebtes Kunststück war es zum Beispiel, die für die Reparatur der Staatseisenbahnen ausgegebenen Summen nicht als Reparaturkosten buchen zu lassen, sondern auf Kapitalkonto als für Neuanlagen ausgegebene Beträge.

Dazu kommt diesmal ein Umstand, der den Wert des Berichts noch zweifelhafter erscheinen läßt als sonst. Nach einer Verfügung des Zaren vom Jahre 1890 sollen in die gewöhnlichen Finanzvoranschläge während eines Krieges die besonderen Kriegskredite und Ausgaben nicht einzeln gestellt werden, sondern solche Summen, wie sie der Frontstärke der Truppen in Friedenszeiten entsprechen, d. h. also völlig fingierte Ziffern. Tatsächlich bringt der Budgetbericht denn auch über die bisherigen Kriegskosten nur wenige unkontrollierbare und unzuverlässige Angaben.

Veranschlagt werden im Bericht die ordentlichen Staatseinnahmen für das Jahr 1905 mit 1 977 045 618, außerordentliche Einnahmen 17 588 638, hiervon aus den Vorräten der Staatsrentei 14 838 638 Rubel; ordentliche Ausgaben 1 916 065 571, außerordentliche Ausgaben 78 598 685; der Etat balanciert in Einnahmen und Ausgaben mit 1 904 084 236 Rubel. Die ordentlichen Einnahmen übersteigen also die ordentlichen Ausgaben um 60 980 047 Rubel. An Einnahmen werden erwartet: Direkte Steuern 139 361 354, indirekte Steuern 390 888 500, Gebühren 105 324 374, Staatsregalien 592 791 800, Staatseigentum und Kapitalien 579 994 897, diverse 159 735 193 Rubel. Von den außerordentlichen Ausgaben entfallen für Staatsschulden 303 018 190, höchste Staatsinstitutionen 3 418 045, für den Heiligen Synod 28 952 790, Hofministerium 16 127 920, Ministerium des Reichens 5 704 055, Kriegsministerium 367 054 867, Marineministerium 116 037 050, Finanzministerium 341 640 893, Ministerium für Ackerbau und Domänen 47 322 933, Ministerium des Innern 108 603 833, Unterrichtsministerium 43 068 486, Verkehrsministerium 448 299 104, Seehandels-Schiffahrt und Häfen 12 346 698, Justizministerium 49 854 620, Staatskontrolle 9 173 326. Interessant ist, daß nach den Angaben des Berichts die Einnahmen aus dem Branntwein-Verkauf während der ersten neun Monate des Jahres 1904 um 6,9 Millionen Rubel, die Zolleinnahmen um 7 Millionen Rubel zurückgegangen sind.

Ueber die Kriegsausgaben heißt es im Bericht:

Die Gesamtsumme der bis zum Schlusse dieses Jahres in allen Ressorts eröffneten außerordentlichen Kriegskredite beträgt 621 000 000 Rubel. Ein Teil dieser Summe wird noch einen Teil der Ausgaben zum Beginn des neuen Jahres decken. Ein anderer Teil dieser Summe wurde verwandt für verschiedene Anschaffungen, für welche auch noch Zahlungen im nächsten Jahre geleistet werden müssen. Im Januar 1904, d. h. vor Ausbruch des Krieges, verfügte die Reichsrentei über einen freien Vorrat von 352,4 Millionen Rubel. Nach Ausschluß von 105,8 Millionen Rubel für Deduktion außerordentlicher Ausgaben, die im Staatsbudget für 1904 aufgeführt sind, erreichte der völlig freie Vorrat der Staatsrentei die Höhe von 246,6 Millionen Rubel. Die allerhöchst vorgesehene Einschränkung der Staatsausgaben brachte der Staatsrentei 348,3 Millionen Rubel. Außerdem ergab die im April erfolgte Emission 5prozentiger Schatzscheine und 3,6prozentiger im August insgesamt 432 Millionen Rubel, und somit betragen die Mittel der Staatsrentei zusammen mit oben erwähnten 356,6 Millionen Rubel und 148,3 Millionen Rubel außer den budgetmäßigen Ressourcen 736,9 Millionen Rubel. Aus dieser Summe sind auszufleiden 19,5 Millionen Rubel für die im Budget 1904 unvorgesehenen Ausgaben, wie Zinsen für neu kontrahierte Anleihen u. dgl., die übrigen 717 Millionen bilden die Mittel, welche im Jahre 1904 zur Deckung der Kriegsausgaben benutzt und zum Teil bestimmt waren. Diese Hilfsmittel wurden nach vorliegenden Angaben für 10 Monate nicht geringer durch die Resultate der Realisierung des Budgets für das abgelaufene Jahr, obgleich die ordinären Staatseinnahmen im Jahre 1904 nicht so erfolgreich eingehen können, wie dies im Jahre 1903 der Fall war.

So heißt es wörtlich im Wolffischen Telegramm; die Zahlen stimmen jedoch nicht. Entweder giebt das Telegramm sie unrichtig wieder, oder es sind bei der Abfassung des Berichts dem Verfasser possierliche Rechenfehler unterlaufen. Es kann, falls die Endsumme richtig ist, und diese scheint richtig ausgeworfen zu sein, der Vorrat der Reichsrentei nur 156,6 Millionen Rubel, der durch die Einschränkung der Staatsausgaben erzielte besondere Ueberfluß nur 148,3 Millionen Rubel betragen.

Die heutige Finanzlage wird darauf folgendermaßen geschildert:

Nach Ablauf von 11 Monaten nach Beginn des Krieges ist der Finanzminister in der Lage, zu bestätigen, daß das Währungs-system des Staates seine volle Integrität und Festigkeit bewahrt hat. Der durch das Gesetz fixierte Wechselkurs ist infolge des ungehinderten Umwechslens von Kreditbilletten gegen Gold unverändert geblieben; das Bedürfnis des inneren Umlages an Wertpapieren in Metall und Papier wurde ohne jede Schwierigkeit befriedigt. Der allgemeine Goldvorrat ist im Vergleich mit dem von Ende 1903 auf die bedeutende Summe von 77,3 Millionen angewachsen und die Summe des der Reichsbank und der Krone gehörenden Geldes hat sich um 184 Millionen Rubel vergrößert. Andererseits hat der Gelddruck sich im Sinne der Abnahme der Summe der Goldbilletten im Umlauf und der Zunahme der Emission von Kreditbilletten verändert. Bei einem auf Gold basierten Währungs-system ist genügender Goldbestand Grundbedingung einer festen Valuta. Um so größere Bedeutung hat die der Regierung zur Verfügung stehende Summe der Goldvorräte in außerordentlichen Zeiten, wenn auf reichlichen Metallzufluß aus dem Auslande schwer zu rechnen ist und die Ausgaben außerhalb des Landes sehr bedeutende sind.

Das Exposé weist dann darauf hin, daß im Hinblick darauf im vorliegenden Jahre für nötig erkannt wurde, die Goldvorräte durch anordnende Anleihen zu vergrößern. Durch Realisierung der fünfprozentigen Schatzscheine im Auslande stieg der Goldbestand von 1038 Millionen zu Ende 1903 am 14. Juli 1904 auf 1237 Millionen. Zum 21. Dezember 1904 hatte sich der Goldvorrat der Reichsbank und des Staatschatztes im Vergleich zum Vorrat vom 14. Juli nicht vermindert. Diese Lage des Goldbestandes, der schon nicht mehr unter dem Einfluß der Verstärkung der Anleihen steht, muß als günstiges Symptom erscheinen. Die Summe des Goldvorrates, welcher nach Deckung der emittierten Kreditbilletts zurückbleibt, beträgt 711,1 Millionen Rubel und die Sicherung der Billets erreicht 150 Proz.

Zum Schluß wird dann noch auf die Vermehrung der Spar-Kassen-Einlagen, die gute (?) Getreide-Ernte, die günstige (?) Entwicklung der Eisen-, Maschinen- und Kohlenindustrie, die aktive Handelsbilanz hingewiesen und mit folgenden niedlichen Sätzen geschlossen:

Die prompte Deckung der großen Extra-Ausgaben des Jahres 1904, der günstige Ablauf des Budget-Voranschlags für 1905, die Stabilität der Währung und die günstigen Verhältnisse der Getreideernte bei reicher Ernte ohne über-

mäßige Schwierigkeiten des Handels und der Industrie legen Zeugnis ab für den in wirtschaftlicher Hinsicht befriedigenden Verlauf des ersten Kriegsjahres; immerhin sei eine Einwirkung der Kriegszeit auf die wirtschaftlichen Verhältnisse unbestreitbar. Ebenso unbestreitbar sei aber auch, daß die wirtschaftlichen Kräfte des Reichs schon mehrfach ehrenvoll aus den Prüfungen schwerer Kriegsnot hervorgegangen sind. Auch jetzt werde hoffentlich das Reich nach vollbrachten Waffentaten gestärkt und verjüngt zur friedlichen Wirksamkeit zurückkehren.

Das Rheinisch-westfälische Kohlenyndikat hielt gestern in Offen seine „Jahresbesitzer-Versammlung“ und „Vertratsung“ ab. Nach Eröffnung der Versammlung der Jahresbesitzer erklärte der Vorsitzende, daß das Kohlenyndikat keinen Anlaß habe, zu dem Ausstand im Ruhrkohlenrevier Stellung zu nehmen; es sei zur Veratung der Streitfragen auch nicht zuständig, sondern lediglich der Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamts-Bezirk Dortmund. Für das Syndikat käme nur die Frage in Betracht, ob und inwieweit die bisherige Förderbeschränkung aufrecht erhalten werden solle. Er schlage Aufhebung jeglicher Beschränkung vor. Die Versammlung stimmte dieser Ansicht bei und beschloß demgemäß. Ferner wurde die Abgabe und die Entschädigung für den Mehr- und Minderabfuhr in der bisherigen Höhe von 1,50 M. und die Strafe für jede Tonne der von den Beteiligten nicht gelieferten Mengen, ebenfalls wie bisher, auf 2 M. festgesetzt, dagegen von der Festsetzung der Beteiligungsdanteile für die Monate Februar und März 1905 in Anbetracht der gegenwärtigen Lage abgesehen.

Nach dem darauf erstatteten Geschäftsbericht des Vorstandes, betrug für das ganze Jahr 1904 die Gesamtbeteiligung 7387 334 Tonnen, die Förderung 67 255 901 Tonnen, der Abfuhr aber nur auf 66 431 809 Tonnen.

An die dem Syndikat angehörenden Jechen hat der Syndikatsvorstand folgendes, weit mehr für die Außenwelt als für die Jechen selbst berechnetes Rundschreiben gerichtet:

„Die vor einigen Tagen auf der „Druckstraße“ ausgebrochene Arbeiterbewegung hat weitere Kreise gezogen und ist auf andere Jechen übergesprungen, wodurch auch die Förderung bei einer größeren Zahl der unserer Vereinigung angehörenden Jechen zum Teil ganz unterbrochen, zum Teil stark beeinträchtigt worden ist, so daß während der nächsten Tage die Ablieferungen unregelmäßig sein werden. Dauer und Umfang der Bewegung ist bei der gegenwärtigen Lage nicht zu ermessen. Wir glauben aber, daß die Bewegung nicht von Dauer sein wird, und hoffen, daß binnen kurzem die Förderung sich wieder so gestalten wird, daß der Versand in gewohnter Weise aufgenommen werden kann.“

Gewerkschaftliches.

An die deutschen Metallarbeiter!

Kollegen! Wie Ihr aus der Tagespresse wißt, befinden sich im Ruhrgebiet nahezu 70 000 Bergarbeiter im Ausstand und es ist nicht abzusehen, welche Kreise diese Bewegung noch ziehen wird, und zwar nicht nur unter den Bergarbeitern selbst, sondern auch durch Uebergreifen auf die mit dem Bergbau verbundenen oder die von ihm abhängigen Industrien. In den in nächster Verbindung mit dem Bergbau stehenden Industrien gehört die Metallindustrie und besonders die Eisen-, Stahl- und Metall-Rohproduktion! Diese ist genau wie der Bergbau ein Teil der Montanindustrie. Jahresbesitzer und Hüttenleute reichen sich die Hand zum Kampf gegen die Arbeit. Anstatt den billigen Forderungen der Arbeiter gerecht zu werden, verweigern die Jechenverwaltungen kategorisch jede Verhandlung; die Hüttenbesitzer schränken ihre Betriebe ein und setzen dadurch Tausende von Arbeitern aufs Pflaster. Man hofft die Standhaftigkeit der Vergleute zu brechen, indem man die Feuerarbeiter der Hüttenwerke gegen sie ausspielt und diese zwingen will, einen nachteiligen Einfluß auf die Vergleute auszuüben.

Kollegen! Können wir ruhig zusehen, wie man unsere eigenen Berufsgegenossen gegen eine uns nahe verwandte Arbeiterkategorie ausspielt?

Nein! Und abermals: Nein!

Wir dürfen, wir wollen nicht ruhig zusehen, wir wollen uns sein mit den kämpfenden Vergleuten, wir wollen sie in ihrem Ringen unterstützen!

Darum auf, Kollegen! Gebe ein jeder sein Scherlein, trage ein jeder dazu bei, daß unseren Arbeitsbrüdern im Bergbau der Kampf erleichtert wird. An unsere Mitglieder besonders appellieren wir. Sie sollen in diesem Bestreben mit gutem Beispiel vorangehen. Allenthalben, wo sich Verwaltungsstellen und Mitgliedschaften unseres Verbandes befinden, müssen sofort außerordentliche Mitgliederversammlungen einberufen werden mit der Tagesordnung:

Die Bedeutung des Kampfes der Bergarbeiter und Erhebung eines obligatorischen Extrabeitrages zu Gunsten derselben.

Allen Beschlüssen auf Erhebung von Extrabeiträgen zu diesem Zwecke erteilt der Vorstand von vornherein die statutarische Zustimmung.

Kollegen! Noch nie habt Ihr gefehlt, wenn es galt, für die allgemeine Arbeiterfrage Opfer zu bringen. Auch diesmal rechnen wir auf Eure Solidarität, auch diesmal zählen wir umso mehr auf Eure Opferfreudigkeit, weil wir hier mit den Bergarbeitern gegen einen gemeinsamen Gegner kämpfen.

Kollegen! Ernst ist die Situation! Was heute den Bergarbeitern zustoßt, kann morgen über uns kommen, darum auf und stellt Euch in den Dienst der allgemeinen Sache! Nicht nur aber beschränkt Euch auf diese Solidaritätsbezeugung, sondern benutze auch die Gelegenheit zur Auffklärung; werde allenthalben neue Kämpfer für den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Mit kollegialem Gruß
Stuttgart, den 14. Januar 1905.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Etwaige Geldsendungen sind an L. H. Werner, Stuttgart, Adreßstr. 16b zu richten.

Die arbeiterfreundliche Presse wird um Abdruck gebeten.

Berlin und Umgegend.

Die Holzarbeiter werden voraussichtlich am Dienstag die Arbeit aufnehmen. Am Montag findet noch einmal eine Versammlung der Streikenden und Ausgesperrten statt, um den Beteiligten die erforderlichen Informationen über eine dem Verträge entsprechende Aufnahme der Arbeit zu erteilen. In den Betrieben, wo noch Differenzen bestanden, sind dieselben meistens geregelt, so bei Großschmied und Kammgarn, wo die Forderungen der Arbeiter nunmehr bewilligt sind.

Die Stellungnahme zum Verbandstag des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands stand auf der Tagesordnung einer außer-

ordentlichen Generalversammlung aller zum Zweigverein Berlin gehörigen Jahrestellen und Sektionen des Verbandes, welche am 13. Januar bei Heller, Kopenstraße, stattfand. Die Funktionäre (Vertreter) haben sich dahin geeinigt, daß nach Wahl-Abteilung der Jahrestellen und Sektionen diesen entgegen gekommen werden. Die Maurer-Jahrestelle Berlin als 1. Abteilung wählt acht Delegierte, die Jahrestelle Charlottenburg als 2. Abteilung einen Delegierten, die Jahrestellen Rixdorf und Wilmersdorf als 3. Abteilung einen Delegierten, die Jahrestellen Schmargendorf, Friedenau, Steglitz, Groß-Lichterfelde, Zehlendorf, Marienfelde und Mariendorf als 4. Abteilung einen Delegierten, die Jahrestellen Friedrichsberg, Weißensee, Panitzsch, Tempelhof, Johannisthal, Ober-Schöne-weide, Friedrichsfelde, Reinickendorf und Zehlendorf als 5. Abteilung einen Delegierten. Die Sektion der Ruper bildet eine Wahl-Abteilung für sich und wählt drei Delegierte. Die Sektion der Gips- und Zementindustrie wählt ebenfalls als besondere Wahl-Abteilung drei Delegierte. Für die Zahl der Delegierten, die in den verschiedenen Abteilungen zu wählen sind, ist die Zahl ihrer Mitglieder maßgebend. Die Wahl soll am 20. Januar stattfinden. Alle Wahl-Abteilungen müssen deshalb an diesem Tage Versammlungen abhalten, denn reglementsmäßig müssen die Delegiertenwahlen an einem Tage vorgenommen werden. — Die allgemeine Zweigvereins-Versammlung hatte sich nun zu den von den Abteilungen bereits als Kandidaten aufgestellten Kollegen zu äußern. Ein Einwand wurde nur gegen den in der 4. Abteilung aufgestellten Kandidaten Preger erhoben, weil er gesagt haben soll, er sei im Verbandsrat nur noch wegen der Unterstützung. Die Kandidaten sind: In der 1. Abteilung Franz Leonhardt, Fritz Kabe, Fritz Goldbach, Otto Hanke, Emil Thöns, Hermann Silberschmidt, Wilhelm Schulz, Wilhelm Kersten, Fritz Kulak, Franz Jahnke, Georg Wolf, Reinhold Hasse und Karl Siegemann; in der 2. Abteilung Georg Borlich, Wilhelm Wendorf, Hermann Reubauer, Ernst Kurnaske; in der 3. Abteilung Albert Schulze und August Wittig; in der 4. Abteilung Otto Preger und Hermann Stof; in der 5. Abteilung Fried. Kriege, Karl Böcker, Oskar Thura und Krause; in der Sektion der Ruper Neumann, Kelpin, Vogel und Lemphal; in der Sektion der Gips- und Zementindustrie Paul Sähne, Rudolf Grundmann, R. Frisch und Wilhelm Lamm.

In das Wahlkomitee wurden Wulf, Förster, Lehning, Kracht, Weier, Franke und Franzlat gewählt. Dann verhandelte man über die Anträge zum Verbandstag. Es wurden verschiedene Anträge auf Statutenänderung angenommen, die dem Verbandstag unterbreitet werden sollen. Unter anderem werden dadurch folgende Bestimmungen verlangt: „Mitglieder, welche sich in Strafhaft befinden, zahlen einen Wochenbeitrag von 25 Pf.“ — Zu § 18d: „Solche Mitglieder, welche länger als 4 Wochen arbeitslos sind, sind nach Ablauf der vierten Woche vom Beitrag befreit.“ — Zu § 17: „Mitglieder des Verbandes dürfen anderen gewerkschaftlichen Berufsorganisationen nicht angehören. Verträge dagegen sind gleichbedeutend mit dem Austritt aus der Organisation.“ Dieser Antrag soll sich nur gegen diejenigen richten, die geneigt sind, aus eigenmächtigen Gründen die Organisation schnell zu wechseln. — § 31b soll eine andere Fassung insofern erhalten, als Beginn und Beendigung der Krankenunterstützung nicht an das Datum (1. März bis 30. November) gebunden sein soll, sondern an den Beginn und die Beendigung der Krankheitsdauer, für welche Beiträge gezahlt werden. Nach einem weiteren Beschluß sollen Invalidentner und Invalididentner, welche eine Rente beziehen, die die Höhe der Krankenunterstützung der Ortskrankenkasse erreicht, einen Beitrag von 25 Pf. zahlen. (Werbung des § 2e.) — Weiter erwartet die Versammlung vom Verbandstag, daß er Beratungen anstellt darüber, wie es möglich sei, die Akkordarbeit mehr als bisher zu bekämpfen. Und schließlich verlangt die Versammlung vom Verbandstag, er solle eine Form finden und protokolllarisch festlegen dafür, unter welchen Umständen die aus dem Verband ausgeschlossenen Kollegen den Pflichten der Solidarität und den Anforderungen der Organisation genügen können, um später wieder in den Verband Aufnahme zu finden.

Ächtung, Plätterinnen! Eine Lohnreduzierung von 10 bis 40 Proz. ist den Plätterinnen der Firma Gotheim, Ellsabethstr. 22, angefündigt worden. Die Plätterinnen, welche fast sämtlich organisiert, lehnten bei einer Aussprache mit dem Chef die Lohnkürzung ab, dieselben gaben zu, daß die Preise für einzelne Sachen höher wie bei anderen Firmen sind, dafür aber die Wäsche bedeutend schwerer zu verarbeiten ist.

Eine Werkstubeinsicht, die von allen Kolleginnen, auch den Heim-arbeiterinnen besucht war, welche sich mit dieser Angelegenheit befaßte, wählte eine Kommission von drei Kolleginnen, welche dem Chef mitteilen soll, daß die Plätterinnen sich keinen Pfennig abziehen lassen, da sie sich bei den jetzigen Löhnen schon genug quälen müssen, um zu ihrem Geilde zu kommen.

Wenn aber Herr Gotheim, wie er sagte, nicht weiter bestehen kann, weil er nicht mehr konkurrenzfähig ist, er auch dann lieber die Fabrik zumachen will, wenn die jetzigen Preise weitergezahlt werden sollen, trotzdem aber die Fabrik von Jahr zu Jahr größer geworden ist bei den so kolossalen Preisen, so sehen diesem die Plätterinnen mit ruhigem Gemüthe entgegen, für sie ist dann in allen anderen Geschäften stets ein Weg frei, da tüchtige Plätterinnen alle Tage verlangt werden. Die Arbeiterinnen sind gewillt, unter den alten Bedingungen weiterzuarbeiten, es kommt also ganz auf den Chef an, ob er den Frieden erhalten will oder nicht. Die Plätterinnen kämpfen in diesem Falle um ihre Existenz, für sie steht ihre Lebensfrage auf dem Spiele.

Die Arbeiterinnen wollen für die bisher gezahlten Löhne lieber einen Kampf aufnehmen, anstatt sich von dem Unternehmertum ausbeuten zu lassen, sie wollen einen Streik vermeiden, wenn es jedoch nicht anders geht, so werden dieselben auch darüber nicht zurückschrecken, da erstens der Verband der Wäsche- und Strawattenarbeiter Deutschlands hinter ihnen steht, gleichzeitig die gesamte Arbeiter-schaft Deutschlands.

Am zu dieser ganzen Angelegenheit Stellung zu nehmen, findet am Montag, den 16. Januar, abends 8 Uhr, im Schützenhaus, Linienstraße 5, eine öffentliche Versammlung statt. Wir bitten die Genossen und Genossinnen, für diese Versammlung zu agitieren. Die Ortsverwaltung. J. A.: Paul Keller.

Ausland.

Der Prozeß von Sbruil hat nun dazu geführt, daß noch fünf der Verhafteten entlassen wurden, sodas sich nur noch neun in Haft befinden. Das ist ein weiterer Beweis dafür, daß die Behörden in dieser Sache mit einem ganz unnötigen Heberceiß gegen die Streikenden vorgegangen sind, wozu sie allerdings durch die ungeheuerlichen Exzesse der arbeiterfeindlichen Presse angezogen wurden. Die Gerichtsverhandlungen sind bis zum 20. Januar vertagt worden.

Sozialdemokratischer Agitations-Verein für den Reichstag Wahlkreis Züllichau, Schwiebus, Kroßen, Zommerfeld. Dienstag, 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Großer, Dienstadtstr. 30, vom 1. Tr.: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Wahl des gesamten Vorstandes. 3. Wahl von Delegierten zur Kreis-Versammlung. 4. Vereinsangelegenheiten und Aufnahme neuer Mitglieder. In dieser Versammlung werden die Mittel zum Rasterball ausgeben. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Arbeiter-Zamariterfessionne. Montag abends 9 Uhr: Fortsetzung des Studiums in der Filiale Brunnenstr. 154: Vortrag über Ertrinken, Ertrinken, verschiedene Formen der Bewußtlosigkeit. Nachher praktische Übungen, Wasser verschlucken. Neue Teilnehmer können jederzeit eintreten. Einschreibegeld sowie Monatsbeitrag je 25 Pf. Bibliothek steht zur Verfügung.

Bergarbeiter-Bewegung im Ruhrrevier.

Essen, 14. Januar. (W. L. V.) Am heutigen Tage betrug die Zahl der Ausständigen (Morgen- und Nachmittagsdicht)

zusammen 60 126. Verteilt auf 104 Jechen bezw. Schachtanlagen, gegen 65 858 von gestern. Zu den bereits im Ausstand befindlichen Jechen sind nachmittags neu hinzugekommen: „Mont Genis“ 1 angefahren 82 von 200 Mann unter Tage, 20 von 35 über Tage. „Carolus Magnus“ 116 von 159 unter Tage. „Bernie“ 7 von 376 unter Tage. „Deutschland, Schacht Eulenburg“, 32 von 217 unter Tage. „Konstantin der Große“ 3, 46 von 265 zusammen über und unter Tage. Wie gestern auf der Zeche „Matthias Stinnes“ in Carnap und Zeche „Concordia“, so kam es auch heute wieder dortselbst zu Streikentmülken zwischen Ausständigen und Gewerksdarmen. Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ meldet, schritt die Gendarmrie mit blanker Waffe ein. Die Streikenden verbarrikadierten sich in den Häusern und warfen die Gewerksdarmen mit Steinen. Die Wirtshäuser wurden der Ruheförderung wegen geschlossen. Die Gendarmen halten die Hauptstraße besetzt.

Die Meldungen der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ über die Bergarbeiter-Bewegung haben sich bisher sämtlich als falsch erwiesen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Frankische Deputiertenkammer.

Paris, 14. Januar. (W. L. V.) Im Hause, das dicht gefüllt ist, herrscht große Erregung.

In fortgesetzter Beratung der Interpellation über die Politik des Kabinetts greift Dejeante (Allemanischer Sozialist) die den bürgerlichen Parteien angehörenden Republikaner an. Ministerpräsident Combes erklärt: Die Regierung hat die Angeberei gemißbilligt, die im Jahre 1901 im Kriegsministerium eingerichtet wurde. (Widerspruch im Zentrum.) Redner kommt dann auf die Listen von Ehrenlegionsmitgliedern zu sprechen, die eine Verstrafung der Angeberei fordern, und sagt: Die meisten von diesen Protektoren zählen zu den Oppositionsparteien, diesen Parteien, die einen Stichzahn protegierten. (Beifall links.) Ich wundere mich, daß diese Protekte nicht diejenigen über politische Persönlichkeiten ausgestellt sind, die von Generalstab gesammelt worden sind. (Widerspruch rechts.) Aber, was die Opposition will, ist eine Agitation im Heere zu unterhalten und einen Staatsstreich vorzubereiten. (Beif. Beifall links.) Redner geht dann zur Frage der Reformen über. Er erinnert an die Ausführung des Vereinsgesetzes und an die Verdrückung der Kongregationen, die sich, wie er sagt, des Nichterstandes und des Heeres bemächtigt hätten und über das Avancement der Offiziere verfügten. (Beifall links.)

Combes erinnert daran, welche Beleidigungen und Verleumdungen sein Kampf gegen die Kongregationen ihm eingetragen habe, und weist die Behauptung zurück, daß er Zwietracht unter die Republikaner gesät habe; er führt aus, seine Regierungsmethode sei auf ein tiefgehendes Einvernehmen zwischen den Gruppen der Republikaner und der Regierung gegründet gewesen. Redner fährt dann fort: Finanzielle Notwendigkeiten zwangen dazu, gewisse Ausschüsse in betreff der Schließung aller kongreganistischen Unterrichtsanstalten zu bewilligen. Solche Notwendigkeiten sind es auch, die die Schließung der Standespflege treibenden Kongregationen verhindern, aber wir haben einen Gesetzentwurf vorbereitet, wonach ihre Aufhebung im Verlauf von fünf Jahren erfolgen soll; er bedarf nur noch der Unterzeichnung des Finanzministers. (Bewegung.) Die Regierung trägt nicht die Schuld daran, wenn die Militärreform und die Einkommensteuer im Jahre 1904 nicht votiert worden sind. Die Interpellationen sind es, die die Arbeiten der Deputiertenkammer aufgehalten haben. Combes appelliert dann an die Mehrheit, im Jahre 1905 nach dem Budget die Einkommensteuer, das Militärgesetz, die Arbeiterpensionierung und schließlich die Entlastung der Straße zu votieren, und sagt weiter, die Regierung sei bei der letztgenannten Reform vortrefflich vom Papst unterstützt worden, der, jede Schicksalszeit vergessend und das Recht des Parlaments verlebend, es gewagt habe, das Verhalten des Präsidenten der Republik zu verurteilen. (Beifall links.)

Weiterhin geht Combes auseinander, in welchen Feinden die Kammer die von ihm aufgezählten Gesetzentwürfe werde erlebigen können und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß eine Mehrheit zur Votierung dieser Vorlage vorhanden sei. Redner schließt: Ich sehe mich einer Koalition ungebildiger Ehrgeiziger gegenüber, aber ich glaube, ein neues Ministerium wäre genötigt, sich auf die Rechte zu stützen. Die Kammer wird es aussprechen, ob sie den Vorkämpfsmarsch fortsetzen oder sich der Reaktion hingeben will. Was die Regierung betrifft, so hat sie stets im Interesse der Republik gehandelt. (Anhaltender Beifall links.)

Das dissentierende Radikale, w'rst dem Ministerpräsidenten vor, daß er die Angeberei beschütze und Kapellen, die im Widerspruch zum Konkordat ständen, in den Wahlkreisen seiner Freunde zulasse.

Raub, Republikaner, fragt, welche Maßnahmen die Regierung gegen General Reigne wegen seines Briefwechsels mit Badecart getroffen habe.

Combes erwidert, die Regierung habe über die Frage noch nicht beraten.

Ribot tadelt Combes, weil er sich hinter dem Präsidenten Lombet verberge. Jaurès wirft Ribot vor, daß er einen Skandal um eine Agitation entfessele, ohne ein politisches Programm zu haben. Im Saale erhebt sich jetzt, um 8 1/2 Uhr, ein solcher Sturm, daß Präsident Doumer die Sitzung unterbricht.

Paris, 14. Januar, 11 Uhr abends. Die Deputiertenkammer hat mit 291 gegen 277 Stimmen die von Combes vertorfene einfache Tagesordnung abgelehnt.

Selbstmord eines Herrenhausmitgliedes.

Rönlingsberg i. Br., 14. Januar. (W. L. V.) Das Mitglied des Herrenhauses, Graf zu Eulenburg aus Wallingen, hat sich heute auf dem Hofe des Fregels erschossen. Der Körper ist in den Blüten verschwunden. Nach einem später aufgefundenen Zettel ist die Tat auf Furcht vor geistiger Umnachtung zurückzuführen.

Hamburg, 14. Januar. (W. L. V.) Im Beherbergerhause, Alseckerstraße 17, entstand heute nachmittags Feuer, welches sich in kurzer Zeit auf die oberen Etagen dieses und des Nachbarhauses ausbreitete. Fünf Personen wurden durch das Sprungfeuer bezw. die Rettungsleiter gerettet, zwei erlitten beim Herabspringen leichte Verletzungen; eine Person, welche vor Anlauf der Feuerwehrl in ihrer Angst aus der dritten Etage sprang, wurde schwer verletzt nach dem Krankenhause gebracht. Das Feuer wurde nach kurzer Zeit gelöscht.

Jena, 14. Januar. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Der Tod Abbes. Vom Rathaus und den Verstätten der Stiftungsbetriebe flattern die Trauerfahnen. Dienstag, nachmittags 3 Uhr, findet nach der Feuerbestattung Trauerfeier im Volkshause statt.

Budapest, 14. Januar. (W. L. V.) Die Ortschaft Suetto im Cedenburger Komitat ist zum größten Teil niedergebrannt. Das Feuer wurde durch orkanartigen Sturm gelöscht.

Der Attentäter gegen das Denkmal Friedrichs des Großen ergreifen.

Philadelphien, 14. Januar. (Meldung des „Reuterschen Bureau“.) Es bestätigt sich, daß die Person, welche heute verhaftet wurde, den Anschlag auf das Denkmal Friedrichs des Großen verübt habe. Sie wurde von drei Leuten aus Washington identifiziert. Die Verhaftung war wegen verfrühter Verhaftung erfolgt. Der Verhaftete trug eine Höllemaschine (?) bei sich.

Reichstag.

118. Sitzung vom Sonnabend, den 14. Januar 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky, später Lieberding.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation Kuer u. Gen. (Soz.) über

den Vergarbeitsfreier im Ruhrrevier.

Auf die Frage des Präsidenten, ob und wann der Herr Reichsminister die Interpellation beantworten wolle, erklärt

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Herr Reichsminister ist bereit, die Interpellation insoweit zu beantworten, als sie sich auf die Anwendung von Reichsgesetzen bezieht. Die Beantwortung wird erfolgen durch den preussischen Bundesratsbevollmächtigten, den preussischen Handelsminister Müller. Der Minister Müller ist aber heute an das Abgeordnetenhaus durch die dortigen Verhandlungen gebunden. (Lachen und Unruhe bei den Sozialdemokraten). Er kann daher erst in den nächsten Tagen die Interpellation im Reichstage beantworten. Ich werde mir erlauben, dem Herrn Präsidenten mitzuteilen, an welchem Tage das der Fall sein wird.

Präsident Graf Kellermann: Sobald mir diese Mitteilung zugeht, werde ich die Besprechung der Interpellation auf die Tagesordnung setzen.

Damit ist dieser Gegenstand für heute erledigt. Die zweite Lesung des Justizgesetzes wird beim Titel: Gehalt des Staatssekretärs fortgesetzt.

Abg. Stadthagen (Soz.): Die Herren vom Zentrum befreiten es, daß sie im Landtage anders auftraten, als wie im Reichstage. Ihre Stellungnahme zu dem Gesetz gegen die ländlichen Arbeiter hat das aber bewiesen. Das Gesetz gegen den Kontraktbruch der ländlichen Arbeiter ist im preussischen Abgeordnetenhaus in der Kommission allerdings gegen sieben Stimmen abgelehnt worden; im Plenum brauchen nur einige Herren vom Zentrum zu fehlen und es wird doch angenommen. Auch kommt es gar nicht allein darauf an, daß man gegen ein Gesetz stimmt, welches zum Schaden der ländlichen Arbeiter gemacht wird, sondern es kommt darauf an, daß man positiv mit uns für Arbeiterschutz-Gesetze, auch für die ländlichen Arbeiter, sorgt. — Es gibt hunderte von Fällen, die beweisen, daß wir mitten in der Klassenjustiz drin sind. Wenn der Abgeordnete Leuzmann das nicht sieht, so liegt das eben daran, daß seine Sehkräft für diese Fälle nicht geschärft ist. Wertwärtig war die Stellungnahme des Abg. Leuzmann zum Fall Hässener. Die bekannte Photographie war zuerst in der „Rheinischen Zeitung“ erschienen, und die Sache hat sich nachher nach jeder Richtung hin befähigt. Auch der Abgeordnete Leuzmann mußte ja zugeben, daß alles Wesentliche richtig wäre. Er wartete aber dann trotzdem mit einigen Bemerkungen auf, wie ich sie von einem freisinnigen Abgeordneten nicht erwartet hätte. Auch verstehe ich nicht, wie er in dieser Weise gegen einen Wehrlosen, nämlich gegen den Grafen Pädler, hier sprechen konnte. Für die Sozialdemokraten ist es immer Prinzip gewesen, hier, an dieser Stelle, nicht gegen einen Wehrlosen zu sprechen. Im Falle Pädler ist für uns das Interessante, daß ein solcher Mann jahrgelung als Amtsvorsteher unter dem Beifall seiner Standesgenossen amtierten konnte. Man tut ihm durchaus Unrecht, wenn man von ihm behauptet, daß er im Interesse seiner Standesgenossen handelte. Graf Pädler war durchaus immer in der Gesellschaft, in der er sich wohl fühlte und wohl fühlen konnte.

Graf Pädler ist in Gerichtsurteilen als „vornehmer Aristokrat“, als „sehr religiöser Mensch“ bezeichnet worden. Braucht man sich da zu wundern, wenn er so vorgegangen ist? Jetzt ihn zu attackieren, wo er im Gefängnis sitzt, widerspricht mir. Wer angegriffen werden muß, sind die Wehrlosen wegen ihrer eigenartigen Anwendung des Vereinsgesetzes. Den Anarchisten, den polnisch sprechenden Arbeitern sind im Widerspruch zum Vereinsgesetz Versammlungen verboten worden. Wer Lust an solchen Späßen fand, ging in die Pädler-Versammlungen, und wenn wirklich Leute darunter waren, die sich durch die Pädler-Reden zu Gewalttätigkeiten provozieren ließen, so würde das nur beweisen, wie tief ihr Bildungsniveau sein muß. Dafür gehört aber nicht Graf Pädler auf die Anklagebank, sondern die bürgerlichen Parteien (Rechts und im Zentrum), die wenig oder nichts für die Bildung des Volkes, besonders auf dem platten Lande, tun. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gleichzeitig zeigt der Fall Pädler, welche Höhe des Geistes ein Amtsvorsteher erreichen kann.

Herr Koych gab gestern zu, daß das Gesetz über die Entschädigung unschuldig Verhafteter zwei Klassen von Freigesprochenen schafft, nämlich die endgültig Freigesprochenen und diejenigen Freigesprochenen, an denen noch etwas haften bleibt, weil ihnen die Entschädigung verweigert wird. Herr Koych sieht jetzt ein, daß es besser gewesen wäre, wenn man gegen dieses Entschädigungsgesetz gestimmt hätte. Diese Erkenntnis kommt ihm etwas spät. Meine Fraktion hat von vornherein gegen das Gesetz gestimmt, weil sie der Ansicht war: lieber gar kein Gesetz, als ein derartig mangelhaftes Gesetz. Ich fürchte, wir werden jetzt lange auf eine Reform dieses Gesetzes warten können.

Herr Vurlage hat scherzhaft behauptet, ich sei nicht berufen, über odenburgische Angelegenheiten zu sprechen, weil ich nicht einmal wisse, ob Odenburg ein Fürstentum, ein Herzogtum, oder ein Großherzogtum sei. Ich habe Odenburg nur das Reich des Herrn Ruchstrat genannt. Jedenfalls ist es kein Reich der Gerechtigkeit, sondern der Ungerechtigkeit. Herr Leuzmann, der ständig übertritt und sich dabei auch noch die Uebertreibungen anderer aneignet (Heiterkeit), hat behauptet, ich hätte gesagt, die odenburgischen Richter seien Gallunken. Wie soll ich dazu kommen? In meiner Rede steht kein Wort davon. Richter sind Richter; weshalb soll ich sie anders nennen. Herr Vurlage läßt mich sagen, sämtliche Richter Odenburgs seien nicht imstande, objektiv zu urteilen. Ich habe nur gesagt: in dieser Angelegenheit sind sie nicht imstande, objektiv zu urteilen. Und hierfür ist Herr Vurlage selber der beste Beweis. Herr Vurlage erklärt, der odenburgische Richterstand stehe zu hoch, um durch Anwürfe, wie sie der „Residenzboten“ erhoben, beleidigt zu werden. Aber wenn das Blatt solche Angriffe gegen die odenburgischen Richter erhoben hat, sind sie doch aber Partei in der Sache.

Es steht auf jeden Fall in der Reichs-Strasprozedur, daß Richter, die selbst Partei sind, nicht als Richter fungieren können. Haben nun, wie doch angenommen wird, die Angeklagten den gesamten Odenburger Richterstand beleidigt, so sind die Richter entschieden Partei gewesen. In der alten Odenburger Gerichtsordnung steht, niemand solle richten, der den Angeklagten feindlich gesinnt ist. Nun, die Angriffe, die der Abgeordnete Vurlage hier gegen den Odenburger „Residenzboten“ gerichtet hat, zeigen, daß es jedenfalls nicht Freundschaft ist, die ihn mit den Angeklagten verbindet. (Heiterkeit.) Also selbst dieser nach seinen eigenen Worten so objektiv urteilende Richter zeigte sich in dieser Sache befangen. (Heiterkeit.) Der Abg. Vurlage hat gesagt, wenn unsere Auffassung richtig sei, brauche man ja nur den ganzen Richterstand zu beleidigen, um dann überhaupt keinen Richter zu finden. Das ist insofern ganz richtig, als überhaupt die Kollektivbeleidigungen ein Nonens sind. Ursprünglich stand auch das Reichsgericht auf diesem Standpunkte, z. B. als es sich um eine Beleidigung des ganzen Justizrats handelte. Da lehnte es den Tatbestand der Beleidigung ab, weil man nur einzelne Personen beleidigen könne. Das Reichsgericht ist von dieser vernünftigen Auffassung erst abgegangen, als die erste Kollektivbeleidigung gegen Offiziere vor sein Forum kam. Dann wurde die neue Auffassung auf die Beleidigung gegen den Richterstand übertragen. Aber die Sache liegt ja so, daß durch jede abweichende Kritik sich Leute getroffen fühlen. Es kann streng genommen, heute zum Beispiel niemand mehr über die

sündigen Menschen schelten, da sich sonst jedermann beleidigt fühlen kann, der nicht frei von Sünden ist.

Der Abg. Vurlage behauptet, die Erregung über den Prozeß wäre in Odenburg nicht vorhanden. Er kennt also offenbar nur die Stimmung in den Kreisen der Richter, die natürlich sehr befreidigt über das Urteil sind. Aber die Stimmung in der Bevölkerung kennt er ganz offenbar nicht.

Eine große Volksversammlung in Wank hat eine Resolution angenommen, in der es hieß: daß das Vertrauen zu dem odenburgischen Strafrecht durch die Vorgänge der letzten Zeit schwer erschüttert sei. Der Strafvollzug gegenüber dem Redakteur Schwejnert widerspreche dem Gesetze und man erwarte von dem neu zu erwählenden Landtage, daß er den Minister Ruchstrat zum Rücktritt zwingen werde. — Herr Vurlage hat sich aufgehalten über den „Residenzboten“, er behauptete, daß in ihm aller Schmutz aus dem „Simplizissimus“ und ähnlichen Blättern abgelagert werde. Das zeigt, wie nahe die Gefahr liegt, daß ein Redakteur von den Richtern nicht wegen der von ihm begangenen Tat, sondern nach seiner politischen Gesinnung beurteilt wird. Diese Klassenjustiz hat sich in Odenburg deutlich offenbart. Es sieht durch die Aussage des Ministers Ruchstrat fest, daß er gepostet hat, und weder er noch die Odenburger Richter haben zugeben wollen, daß Polern ein Glücksspiel ist, obwohl schon eine ganze Anzahl Odenburger Einwohner auf Grund der Annahme, daß Polern ein Glücksspiel ist, verurteilt sind. Leute übrigens, die sich durch Wig und Karikatur getroffen fühlen, sind die wenigsten objektiven Richter, denn sie zeigen, daß die Karikatur getroffen hat. Die Karikatur hat dann ihren Zweck erreicht, wenn sie den Betroffenen zur Selbsterkenntnis und — Befinnung bringt.

Im übrigen bin ich der Ansicht, daß der „Simplizissimus“ dem Reichs-Justizamt nicht untersteht (Heiterkeit) und daß der Justizsekretär nicht aufgefördert werden kann, für einen besseren Inhalt des „Simplizissimus“ zu sorgen. (Große Heiterkeit.) Sollte der Abg. Vurlage auf eine strafrechtliche Verfolgung des „Simplizissimus“ haben hinweisen wollen, so würde ich das im Interesse der Pressefreiheit und Kulturentwicklung bedauern. Will aber Herr Vurlage nur den Schmutz bekämpfen, so sollte er lieber darauf achten, daß die „Germania“ und die ihm nahestehende Provinzpresse nicht ständig von der Wahrheit abweicht, um einzelne meiner Freunde und mich mit Schmutz zu bewerfen. Ich freue mich allerdings nur über die Verleumdungen der Gegner, denn ich sehe daraus, daß meine Gegner noch tiefer stehen, als ich je angenommen habe. (Heiterkeit.) Enttäuscht sich aber Herr Vurlage über solchen Schmutz, so mag er vor der eigenen Tür lehren, den Augiasstall seiner eigenen Partei säubern.

Nun zu Frau Biermann. Niemand, auch der Abg. Vurlage nicht, hat etwas vordringen können, was sie in unserer Meinung herabsetzen könnte. Man kann ihr doch keinen Vorwurf daraus machen, daß sie glaubt, ihr Mann habe recht. Sie sieht um ihren Mann im Gefängnis einer ungeseligen Tortur unterworfen, wird zu ihrem Mann nicht zugelassen, darf nur selten und nur durchs Gitter mit ihm sprechen. Hilfflehend bittet sie den Minister um Milde. Der empfängt sie mit den Worten: „Ihr Mann ist nicht mehr wert, wie der Rot an meinen Stiefeln.“ Es nimmt mich wirklich wunder, daß man solche Liebenswürdigkeiten hier noch verteidigt. Die einzige Behr der Frau gegen diese Beleidigung ist das Wort: „Herr Minister, Sie sprechen von meinem Mann!“ Dieser Hinweis der Mutter, der Gattin hätte jedem ehrenhaften Manne genügen müssen; der Minister aber erklärte ihr: „Ihr Mann ist ein Lump!“ (Lebhafte Zurufe links: Phil! Gemeinheit!) Dagegen war die Frau allerdings wehrlos, sie hatte keine Hundepetische bei sich — ich hätte bedauert, aber vorhanden, wenn sie sie gebraucht hätte. (Große Unruhe rechts, Bravo! links.) Was hätte die Frau tun sollen? Hätte sie ihm ins Gesicht speien oder ihn etwa nach Ihren Verheerungen (nach rechts) fordern lassen sollen? Jedenfalls war es ehelos, einer Frau, einer Gattin gegenüber so zu handeln, wie der Justizminister getan hat.

Herr Vurlage führte weiter aus, Biermann habe wegen seiner ehelichen Gesinnung bei der Beleidigung eine strenge Strafe verdient. Gut! Aber warum ist wegen dieser ehelichen Beleidigung, die der Justizminister beging, auf die minimale Geldstrafe erkannt worden? Warum lernte nicht der Herr Justizminister wegen dieser ehelichen Handlung Korbschrecken. (Heiterkeit.) Aber freilich beim Strafvollzug gegen ihn wäre wohl gleichmäßig verfahren werden. — Herr Vurlage wollte deshalb nicht Frau Biermann als wehrlos gelten lassen, weil sie ja den „Residenzboten“ zu ihrer Verfügung gehabt hätte. Welch ein Widerspruch! Erst bellag sich Herr Vurlage über den Schmutz, der im „Residenzboten“ angehäuft wird, und dann will er, daß Frau Biermann ihn dort zusammenlehre und aufstiehe. (Heiterkeit.) Der Justizminister handelte ehelos, als er sich gegenüber dieser Frau zu Beleidigungen hinreißt. Und dann noch der Hohn des Herrn Vurlage, sie sei nicht wehrlos. Ist das nicht ehelos? Entspricht das der Hochachtung, die man der Frau entgegenbringen soll? Herr Vurlage verweist auf den unparteiischen Prozeßbericht in Nummer 1 der „Juristen-Zeitung“, dort ist das Prozeßurteil veröffentlicht. Wie so oft bei Beleidigungsprozessen steht nicht alles drin, sondern nur das womit die Richter ihr Urteil begründen wollten. Deshalb ist die Spielbarkeit des Justizministers nicht in vollem Umfang gewürdigt worden. Wenn es also im Urteil heißt: das Polern ist nach Ansicht des Gerichts kein Glücksspiel. Ob jedoch Polern, wenn um solche Beträge wie hier gespielt wird, ein Glücksspiel ist, kann dahin gestellt bleiben, weil die Art des Spieles jedenfalls keine Unterlage für die Behauptung des Angeklagten bietet, so ist damit anerkannt, daß der Minister um sehr hohe Beträge gepostet hat, und nur festzustellen unterlassen, daß die „Art des Spielbetriebes“ derart war, daß Rächte und Lüge hindurch gepostet wurde.

Der odenburgische Bundesratsbevollmächtigte glaubte hier feststellen zu müssen, Herr Ruchstrat hätte in jedem Prozeß einen äußeren Erfolg erzielt. Einen äußeren Erfolg konnte der odenburgische Justizminister erringen, weil die Gerichtsverhandlung in Odenburg stattfand. Innerlich ist der Justizminister schlimmer verurteilt als die Angeklagten mit ihren zehn und zwölf Monaten Gefängnis. Diese Beurteilung über den äußeren Erfolg bestätigt übrigens meine Anschauung, daß es sich bei den Herren um Ruchstrat nicht um Recht, sondern um Rache handelte.

Herr Vurlage charakterisierte den „Residenzboten“ als schmutziges Organ für Privatklatsch. Ist es das, so soll er von uns nicht verteidigt werden. Wir sind es nicht, die es lieben, Privatklatsch in der Öffentlichkeit breitzutreten. Das tun die konservativen Blätter — ihre Mitarbeiter Lindenber, Ohm und Gddschke will ich nur erwähnen — und noch jetzt die „Post“. Herr Biermann soll ehelos sein, weil er anderen Leuten die Ehre abgeschnitten hat. Ueber den Begriff der „Ehre“ werden wir uns ja nicht verständigen können; weil ich eine andere, höhere Auffassung von ihr habe als Herr Vurlage. Ich glaube, daß die Ehre, die jemand in sich hat, ihm nicht abgeschnitten werden kann. Aber wenn Herr Vurlage die grundlose Schraufmeiung durch Biermann so streng verurteilt, warum beurteilt er nicht ebenso die Verleumdung des Verteidigers Dr. Sprenger durch Ruchstrat? Sie wurde mitten in der Verhandlung vorgebracht, um so die Richter gegen den Verteidiger und den Angeklagten einzunehmen, und sofort auf der Stelle als gänzlich grundlos erwiesen. Ich übergebe alle anderen zahlreichen Beleidigungen und Beschuldigungen, denen die Verteidigung sonst noch im jüngsten Ruchstrat-Prozeß ausgesetzt war. Ich möchte zum Schluß nur noch die Frage an den Herrn Reichsminister richten, was er zu tun gedenkt, um in den von mir angeführten Fällen Abhilfe zu schaffen. Was gedenkt er ferner zu tun, um auf dem Gebiete des Koalitions-

rechts die Uebergriffe gegen die Arbeiter zu verhindern. — Herr Abgeordneter Leuzmann, wo liegt in den von mir angegebenen Fällen die Uebertreibung, die Sie uns vortarfen? Und wo blieb Ihre Kritik? Aber in diesen Fällen, da haben Sie nichts gesehen, da hatten Sie keine Ahnung! — Was gedenkt der Herr Reichsminister ferner zu tun, damit Beamte, die ein Verbrechen begehen, auch für ihre Verbrechen auf die Anklagebank kommen? (Lebhafte Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär im Reichsjustizamt Dr. Lieberding: Der Herr Vordredner hat hier die schärfsten Vorwürfe gegen einige Strafankstalten gerichtet. Er hat in erster Linie dabei von Odenburg gesprochen, hat aber wohl auch andere Anstalten gemeint, da er sonst nicht in dieser Form die Anfrage an den Herrn Reichsminister gerichtet hätte. Der Herr Reichsminister hat bereits vor Weihnachten, als einige solche Vorwürfe durch die Presse gingen, eine Anfrage an die großherzoglich odenburgische Regierung gehen lassen. Ich habe erst gestern die Antwort der Regierung gelesen und bin zu der Erklärung berechtigt und verpflichtet, daß in dem Strafvollzuge nichts geschähen ist, was sich nicht vereinigen ließe mit dem Inhalte des Strafgesetzbuches. Wenn in der Presse etwas anderes behauptet wurde, so beruht das auf Unwahrheit oder auf Uebertreibung. Wenn in anderen Anstalten etwas Gesetzwidriges vorgekommen sein sollte, so kann ich den Abg. Stadthagen nur bitten, in jedem einzelnen Fall eine Mitteilung an den Herrn Reichsminister ergehen zu lassen. Dieser wird dann das Seine tun, um die Sache in Ordnung zu bringen. Jede Willkür und ungleichmäßige Behandlung in dieser Beziehung verurteilt der Herr Reichsminister aufs schärfste.

Abg. Vargmann (f. Vp.): Ich bin meinem Freunde Leuzmann dankbar dafür, daß er mir einen Teil meiner Aufgabe in seiner vorzüglichen Rede vorweggenommen hat. Ich werde diesen Teil nicht wiederholen, weil sonst der Reichstag zu viel Odenburgisches zu hören bekommen würde. (Sehr richtig! rechts.) Ganz auf das Wort vergiessen kann ich aber nicht, da von mir als Vertreter des ersten odenburgischen Kreises erwartet wird, daß ich mein Urteil über den Prozeß hier ausspreche. Nach meiner Meinung ist es ausgeschlossen, daß irgend einer der odenburgischen Richter sich von anderen Motiven hat leiten lassen, als von denen seiner Pflicht. Trotzdem bin ich mit dem Abg. Leuzmann darin einverstanden, daß es besser gewesen wäre, die Sache von vornherein, einem nicht-odenburgischen Gericht zu überweisen, schon um den Schein der Parteilichkeit zu vermeiden. Ich will zunächst auf eine Mitteilung aufmerksam machen, die hier bereits gemacht worden ist, die nämlich, daß entgegen der Auffassung des Landgerichtes andere odenburgische Gerichte, nämlich Schöffengerichte, auf Grund des Polerspiels zu Beurteilungen gekommen sind. Es ist dringend zu wünschen, daß das Reichsgericht eine klare Entscheidung darüber gibt, ob Polerspiel ein Glücksspiel sei oder nicht. — Ich will nun auf den Strafvollzug eingehen. Nachdem der Bundesrat die vorjährige Resolution des Reichstages, wonach allen Befangenen die Selbstbefähigung und Selbstbeschäftigung gewahrt werden sollte, soweit nicht eine eheliche Gesinnung zugrunde liegt, abgelehnt hat, Schwejnert gibt reichlich dazu Veranlassung. Dieser Redakteur ist durch Arbeitszwang und mangelhafte Nahrung nach den Zeitungsberichten während des Prozesses körperlich und geistig so herunter gewesen, daß er der Verhandlung nicht folgen konnte. Ich will auch aus der kalten Wohnstube seine Staatsaktion machen, aber es ist doch eine Rücksichtslosigkeit sonderbar, einem Befangenen, der ohne sein Zutun das Mittageessen verfaulen mußte, die Mahlzeit ungenügend nachher zu geben. Mit den Vereinbarungen der Bundesstaaten stand das Verfahren gegen Schwejnert jedenfalls nicht im Einklang. Denn danach soll auf den Bildungsgrad und Beruf des Befangenen Rücksicht genommen werden. Es muß dafür aber Sorge getragen werden, daß die aufgestellten Grundsätze nicht durch die Gefängnisverwaltungen illusorisch gemacht werden. (Weisfall links.)

Abg. Vurlage (J.): In bezug auf den Strafvollzug stehe ich ganz auf dem Standpunkt der Resolution Gröber. — Es ist mir nicht eingefallen, die Verhältnisse in Odenburg rosig zu schildern, ich habe nur Tatsachen berichtet. Gänzlich fehlt der Vorwurf, daß die Richter im Prozeß Ruchstrat als Untergebene des Ministers sich nicht als befangen erklärt hätten. Wenn sie sich nicht für befangen hielten, hätten sie ihre Pflicht verlegt, wenn sie sich doch für befangen erklärten. Herr Leuzmann sagte, das Gericht hätte sich betragen müssen, nachdem die Verteidiger ihr Amt niedergelegt hatten. Die Sache lag aber so, daß bei dieser Niederlegung die Verhandlung bereits beendet war, es lag also kein Grund zur Verurteilung vor. — Ich habe den Simplizissimus nicht für ein unsittliches und schmutziges Blatt erklärt, sondern ich habe gesagt, daß sich im Simplizissimus auch Schmutz findet, und das hat mir Herr v. Gerlach selbst bestätigt. Herr Stadthagen hat bestritten, über die Richter in Odenburg allgemein abschällig geurteilt zu haben. Er hat aber wirklich gesagt, das Verfahren habe erwiesen, daß die Richter nicht das Recht suchten, sondern ihre Rache für die Kränkungen, die auch sie trafen, kühlten wollten. Wenn Herr Stadthagen ferner auf eine Resolution einer Volksversammlung zum Beweise hinwies, daß ich die Stimmung der odenburgischen Bevölkerung nicht kannte, so beweist eine kleine sozialdemokratische Versammlung noch nichts für die Stimmung des Volkes. Aus Odenburg ist kein sozialdemokratischer Vertreter im Reichstag und im Landtage (s. 4 Sozialdemokraten unter 40 Abgeordneten). — Herr Stadthagen hat wieder behauptet, Minister Ruchstrat habe zur Frau Redakteur Biermann gesagt, er achte ihren Mann noch nicht so wie den Rot an seinen Stiefeln; Minister Ruchstrat selbst aber hat öffentlich festgestellt, er habe gesagt: die Beleidigungen, die gegen ihn gerichtet seien, achte er nicht mehr als den Rot an seinen Stiefeln. (Sehr! hört! im Zentrum.) Ich glaube also, daß man ruhig sagen kann, die Frau war nicht wehrlos. Ich bin im übrigen der Ansicht, daß der odenburgische Prozeß nunmehr schon einen genügenden Teil unserer Verhandlungen in Anspruch genommen hat. (Sehr richtig! rechts. Weisfall im Zentrum.)

Abg. Schrader (f. Vp.): Den letzten Worten des Herrn Vordredners schließe ich mich ganz an. Der Herr Staatssekretär hat sich darüber gewundert, daß ihm vorgeworfen wurde, daß so viele Entwürfe noch unerledigt seien. Aber unsere Wünsche z. B. über eine Änderung des Strafvollzuges sind schon so alt, daß es wirklich Zeit wäre, eine neue Vorlage darüber auszuarbeiten. — Ich will nun ein paar Worte über den § 108 sprechen. Wir wollen durchaus keine Schimpffreiheit. Unsere Gesetzbestimmungen geben uns aber keinen Aufschluß darüber, was unangreifbar sein soll. Vielmehr ist das eine rein religiöse Frage. Ueber diese aber gehen die Meinungen sehr auseinander. Es sind Beurteilungen erfolgt wegen Verleumdungen aller möglichen Dinge, z. B. wegen Angriffe gegen den Klingelbeutel. Dabei hat neulich eine Gemeinde die Abschaffung des Klingelbeutels als etwas Unwürdiges beschlossen. Sie sehen also, wie verschieden die Auffassungen sind. (Sehr richtig! links.) Ich hoffe daher, die Reichsjustizverwaltung wird die Frage eingehend prüfen und dazu gelangen, eine Vorlage über die Abschaffung oder Abänderung dieses Paragraphen auszuarbeiten. (Weisfall bei den Freisinnigen.)

Staatssekretär Dr. Lieberding: Ich werde die Debatte nicht mehr verlängern. Aber einige Worte des Herrn Vordredners mögen mich, etwas darauf zu erwidern. Der Herr Vordredner hat uns nämlich Tatsachenlosigkeit vorgeworfen. Das läßt sich leicht sagen, ohne daß man es beweisen brauchte. Der Vorwurf der Tatsachenlosigkeit gehört zu jenen parlamentarischen Bemerkungen, auf die sich schwer etwas erwidern läßt, und von denen doch immer etwas haften bleibt. Ich

Bitte deshalb, mir zu sagen, worauf sich denn der Vorwurf der Unlauterkeit bezieht. (Zuruf bei den Freisinnigen: Strafvollzug!) Strafvollzug, ja; wenn wir etwas nicht tun, was die Herren wollen, dann sind wir unautentisch. (Zuruf bei den Soz.: Nichts ist geschehen.) Wir haben doch eine ganze Reihe großer Vorlagen fertig gestellt. Wir sind weiter beschäftigt mit einer Zivilprozess-Ordnung, ich habe Ihnen erklärt, daß wir eine Strafprozess-Ordnung vorbereiten, was wollen Sie also? Ueber die angeregte religiöse Frage kann ich Ihnen allerdings keine Vorlage versprechen. (Weisfall im Zentr.) So, wie die Zusammenfassung des Hauses ist, würde eine solche Vorlage ja doch keinen Erfolg haben. Und wir arbeiten im Justizamt nur solche Entwürfe aus, von denen die Hoffnung besteht, daß sie hier auch angenommen werden. (Weisfall rechts.)

Abg. Schrader (Freis. Vgg.): Der Herr Staatssekretär hat mich wohl etwas mißverstanden: Von den großen Gesetzesvorlagen der Vergangenheit und der Zukunft habe ich nicht gesprochen. Ich habe die Beschlüsse gemeint, die von der Reichsjustizverwaltung nicht erledigt werden. Ich bin gern bereit, anzuerkennen, daß für die großen Vorlagen viel geschieht, und ich hatte selbst die Ehre, in der vorigen Session dabei mitzuwirken. Aber ich tadle es, daß man immer nur große Revisionen vornimmt und es unterläßt, Schäden, die sich an einzelnen bestehenden Gesetzen herausstellen, gleich zu beseitigen. (Weisfall bei der Freis. Vgg.)

Abg. Dr. Stodmann (Apt.): Herr Jessen hat sich gestern darüber beklagt, daß er und andere dänische Führer von den deutschen Blättern beleidigt werden. Aber alle diese Fälle schweben noch vor dem Strafgericht und ich habe zu unseren Richtern alles Vertrauen. Ich will nur einige Fälle anführen, aus denen hervorgeht, daß auch der Abg. Jessen nicht das unschuldige Lamm ist, als das er sich hingestellt hat. In seinem Blatte werden die deutschen Patrioten als Spießelieder, Sklaven und Sklavenjäger, ihre Feste als Mittelstellung zwischen Juchhaus und Tanzboden bezeichnet. Von einem Bismarckfeste ist nach einer Uebersetzung, die mir zu Gebote steht (Zuruf bei den Soz.: Wohl vom Generalkonsul! Große Heiterkeit.), in dem Blatte zu lesen: Und so verrichten sie denn vor der Affenstraße, die mit Hülsen internationaler Aruppischer Millionen gefüllt worden ist, ihren Göddendienst und feiern ihre Baalsfeste. (Hört! hört! rechts.) Dafür ist Herr Simonson, der Unterredakteur des Herrn Jessen, der jahrelang aus der Herzog-Friedrich-Stiftung zur Förderung des Deutschthums Stipendien bezog, allerdings vom Gericht bestraft worden.

Abg. Jessen (Däne): Ich fürchte schon, als Herr Stodmann das Wort ergriff, ich hätte mich mit meiner gestrigen Behauptung getäuscht, daß kein Abgeordneter das Reptilienblatt verteidigen werde. Ich freue mich, daß Herr Stodmann trotz der ausdrücklichen Aufforderung des deutschen Vereines, dem er angehört, nicht das Blatt verteidigt hat, das den Privatlatz an die Öffentlichkeit zerrt. Privatbriefe sich auf unläuterer Weise verschafft und veröffentlicht, von der Regierung aber unterstützt wird. Der Vorwurf gegen den Redakteur Simonson ist ganz hinfällig. Weil ein junger Mensch einmal Stipendien bekommen hat, deshalb braucht er doch nicht gleich die Meinung der Nachhaber zu vertreten. (Sehr gut links.)

Abg. Bruhn (Antif.) führt Klage über absprechende Neuschreibungen, welche der Berliner Landgerichtsdirektor Oppermann gegenüber der Presse getan hat. Diese Neuschreibungen seien offenbar der Ausfluß eines überspannten Standesdünkels, wie man es häufig in Juristen- und Richterkreisen findet. — Herr Venzmann sagte gestern, er sei nicht dumm, nicht ordinär und nicht ungeachtet genug, um Antisemit zu sein. Ich möchte da an eine frühere Neuschreibung des Herrn Venzmann erinnern, wenn es ihm auch nicht angenehm ist. Der verstorbene Abg. König-Witten hat im Jahre 1894 hier im Reichstag eine antisemitische Neuschreibung des Herrn Venzmann angeführt und auf dessen Abstreitungsversuche bestimmt behauptet, Herr Venzmann habe zu ihm privatim gesagt: So'n bißchen Antisemit ist wohl jeder.

Abg. Prinz Schönau-Gorlatz (natl.) bringt auf die sofortige Vorlegung eines Automobilhaftgesetzes, um der wachsenden Verunreinigung der Bevölkerung durch die Schmutzigkeit auf öffentlichen Straßen entgegenzutreten. (Weisfall.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: Ich gebe zu, daß die steigende Zahl der Automobilunfälle in der Bevölkerung eine gewisse Erregung herbeigeführt hat. In Preußen sind in den drei letzten Jahren 383 Automobilunfälle vorgekommen. Aber das Haftpflichtgesetz allein würde wenig nützen, weil gerade bei den schwereren Unfällen die Schuldigen oft durchbrennen. Ich hoffe, daß unsere Erwägungen über die beste Form des Schutzes für das Publikum recht bald zum Abschluß gelangen.

Abg. Venzmann: Ich hätte erwartet, daß mich Herr Bruhn gründlicher schänten würde, als er es getan hat. (Heiterkeit.) Er hat Anecdoten erzählt von vor 10 und 11 Jahren. Es ist wahr, daß ich 1893 mit verheiratet habe, daß Herr Liebermann v. Sonnenberg meine Privatgespräche öffentlich macht. Der Abg. König, mit dem ich sie führte, hätte sie gewiß nicht gemißbraucht, aber Herr Liebermann v. Sonnenberg hätte zufällig einen Teil des Gespräches gehört. Ich hatte dem Abg. König die Anecdote erzählt, daß ein Herr in einem Seebade an mich herangekommen sei, und als ich ihm auf seine Frage befragte, daß ich der Abg. Venzmann sei, mich zu einem Stuhl aufgefördert hätte; da hätte ich ihm geantwortet: Ich spiele nur Gottes Segen bei Goh. (Große Heiterkeit.) Und das andere Mal auch vor 11 Jahren in einem anderen Gespräch mit dem Abg. König erzählt ich diesem, ich hätte es abgelehnt, für Geld einen Vortrag für die Juden in Gogen zu halten, weil ich noch nie gegen Bezahlung einen politischen Vortrag gehalten hätte. Ob ich gesagt habe: ein bißchen ist jeder Antisemit, weiß ich nicht. (Lachen rechts.) Es ist eine so nichtigende Bemerkung, daß ich sie gesagt und nicht gesagt haben kann; doch glaube ich nicht, daß ich sie gesagt habe.

Trotzdem bleibe ich bei meinem Urteil, daß ich zu flug, zu gerecht und zu vornehm bin, um der antisemitischen Bewegung Sympathien zu schenken. Ich empfinde es als eine Ungerechtigkeit, wie ein Teil der Bevölkerung von den Antisemiten behandelt wird, als Torheit, wie Staatsbürger verachtet werden, und auch als eine Unvornehmheit, wenn eine Mehrheit eine Minderheit so behandeln will. Das ist meine Meinung. Ob ich daneben noch germanische Gefühle im Rücken habe, überlassen Sie mir. (Lachen rechts.) Aber sie sind nicht so intensiv, daß sie mich zu einer tödlichen oder unnoblen Handlung bringen könnten. (Sehr gut links.)

Nun komme ich zu meinem verehrten Herrn Stadthagen. Ich soll gesagt haben, wir hätten glücklicherweise noch keine Klassenjustiz. Ich habe nur gesagt, daß das, was Herr Stadthagen unter Klassenjustiz versteht, höchstens auf einen sehr kleinen Prozentsatz des deutschen Richterstandes passe. Aber ich gebe dem recht, was Herr von Gerlach gesagt hat, daß wir dafür sorgen müssen, daß keine Urteile gefällt werden, die dem Volke den Eindruck machen, als seien sie Ausflüsse der Klassenjustiz. Ich habe ferner nur mein Bedauern darüber ausgesprochen, daß die sozialdemokratische Partei so oft hat erklären müssen, sie sei von ihren Bewährsmännern getäuscht worden. Ich hätte, sagt Herr Stadthagen, kein Wort für die eigentliche Not des Volkes gesagt. Er hätte einmal meine Rede zur Zuchttaubstille lesen sollen! Aber wenn ich alle die Dinge hier vorbringen wollte, die der Abg. Stadthagen erzählt, dann würde ich bald in denselben Ruf kommen, den der Abg. Stadthagen hier genießt. Ich danke eben für den parlamentarischen Ruf des Herrn Stadthagen! (Weisfall bei den Freis.)

Abg. Schmidt-Warburg (Zentr.): Herr Schrader behauptete, katholische Bischöfe hätten sich häufig gegen den Gotteslästerungs-Paragrafen vergangen, der Einrichtungen der Religionsgemeinschaften gegen Beschimpfungen schützt. Das ist eine ganz beweislose Behauptung, die ich auf das entschiedenste zurückweisen muß. (Zuruf links: Die Beschimpfungen Luthers durch katholische Geistesliche!) — Redner wünscht Abänderung des § 831 B. G. B., der jeden Tierhalter verantwortlich macht für den durch sein Tier hervorgerufenen Schaden. Viel wichtiger wäre eine solche Bestimmung für die Besitzer der stinkenden Angüsse, der Automobile. (Sehr wohl im Zentr.)

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr.
Schluß 5 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

117. Sitzung vom Sonnabend, den 14. Januar, vormittags 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Etats.

Abg. Graf Limburg-Sturum (L.)

Spricht sich zunächst für eine kurze und präzise Geschäftsführung aus. Die preussischen Eisenbahnen seien das großartigste Institut der Welt. Was die Anregung einer Eisenbahngemeinschaft betrifft, so sind wir gegen die Einführung der Reichs-Eisenbahn, weil dadurch die Selbständigkeit der Einzelstaaten vermindert würde. Durch eine Eisenbahntarif-Reform darf keine Verminderung der Eisenbahn-Einnahmen herbeigeführt werden, damit nicht etwa infolge davon eine Erhöhung der Einkommensteuer eintreten muß mit einer Progression nach oben, was die Sozialdemokraten als den Anfang des Zukunftsstaates betrachten. Redner empfiehlt eine Erhöhung der Ministerpensionen. Eine Kontrolle der Sparamkeit kann das Abgeordnetenhaus nicht üben, das muß der höheren Verwaltung überlassen bleiben. Wir begreifen die geplante Einrichtung eines Landes-Gewerbeamts als eine Maßnahme zur Förderung des Handwerks. Wir werden die Regierung unterstützen in dem Bestreben, die Konzentration des Großkapitals, insbesondere des Kohlenkapitals, zu verhindern. Wir werden ebenso die Regierung unterstützen in der Zurückweisung von Anarchisten, die vom Ausland zu uns kommen. (Weisfall rechts.) Redner dankt dem Justizminister und dem Minister des Innern, daß sie nicht im Reichstag erschienen sind, um auf die Angriffe der Sozialdemokraten zu antworten. Bedauerlich ist die Verzögerung des Abschlusses der Handelsverträge, wodurch zwei Jahre unnötig vergehen, ohne daß die Zustände in der Landwirtschaft gebessert werden. Redner schließt mit dem Ausdruck der Freude darüber, daß der Kronprinz eine Braut aus dem alten deutschen Hause gewählt habe, das schon viele tüchtige Fürsten hervorgebracht habe. (Weisfall rechts.)

Abg. Herold (Z.) tritt für eine feste Abgrenzung der Finanzen des Reichs und der Einzelstaaten ein. Für die Verneuerung der Materialbeiträge ist der richtige Maßstab das Einkommen und nicht die Kopfzahl der Bevölkerung. Das Eisenbahnnetz muß in schnellerem Tempo als bisher ausgebaut werden.

Bei den Kommunalsteuern muß der Staat einen Teil der Lasten mit übernehmen, da ja auch die Kommunen Staatslasten tragen. (Der Reichsanzwiler erhebt im Saal.) Die Erträge aus den Domänen gehen von Jahr zu Jahr zurück. Daher ist es höchste Zeit, daß der Landwirtschaft geholfen werde, und deshalb müssen endlich die Handelsverträge abgeschlossen werden. Ueber den Ausstand im Ruhrrevier möge die Regierung umfangreiche Erhebungen unter Zuzugung von Arbeitern anstellen lassen, damit ein klares objektives Bild über die Ursachen des Ausstandes gewonnen werde. Insbesondere ist diese Ursache auf Maßnahmen des Kohlenyndikats betreffend die Stilllegung der Werke zurückzuführen. Redner begrüßt die Errichtung eines Landes-Gewerbeamts und kritisiert die beabsichtigte Veräußerung der Dispositionsfonds in den gemischt-sprachigen Landesteilen. Verfehlt seien die Kampfmittel gegen die Polen, die man durch Milde dazu bewegen sollte, daß sie sich als preussische Untertanen wohl fühlen. Der katholischen Kirche solle man volle Bewegungsfreiheit lassen und nicht ihre Lebensfähigkeit usw. beschränken.

Ministerpräsident Graf v. Bülow:

Der Abg. Graf Limburg-Sturum hat von bitteren Enttäuschungen bezüglich des Abschlusses der Handelsverträge gesprochen. Es ist ungelungen, ohne sehr große Schwierigkeiten, mit sechs auswärtigen Staaten, mit Italien, Belgien, Anhalt, Rumänien, der Schweiz und Serbien Handelsverträge zu vereinbaren. Mit Oesterreich-Ungarn sind die Handelsvertragsverhandlungen so weit gefördert worden, daß die Einsegnung in den aller nächsten Tagen fallen muß. Wenn wir die sechs fertiggestellten Handelsverträge dem Reichstage vorlegen würden, bevor die Situation mit Oesterreich-Ungarn vollständig geklärt ist, so würden wir die Verhandlungen mit diesem im hohen Grade erschweren. Bei der Wichtigkeit des Abschlusses der Handelsverträge würde es nach meiner Ansicht unverantwortlich gewesen sein, wenn ich die Fertigstellung dieses Werkes aus diesem Grunde gefährdet hätte, um die parlamentarische Behandlung der Handelsverträge um 8 oder 14 Tage früher zu ermöglichen. (Sehr richtig! links.) Ich würde mich dadurch dem Vorwurf ausgesetzt haben, daß ich aus Ueberzeugung schwerwiegende wirtschaftliche Interessen gefährdet hätte. Die Frage der Kündigung der Handelsverträge wird dadurch ihre Lösung finden, daß wir sechs Handelsverträge fertiggestellt haben und hoffentlich auch den siebensten in kürzester Frist unter Dach bringen werden. Die Wirtschaftspolitik der Regierung ist von dem Bestreben geleitet, einerseits den Schutz der nationalen Arbeit zu gewährleisten, andererseits an dem Grundsatz festzuhalten, langfristige Handelsverträge abzuschließen. Dieses Ziel ist in den letzten 10 Jahren im wesentlichen für Handel und Industrie, nicht aber für die Landwirtschaft erreicht worden, und für diese ist die Erhöhung des Schutzes unbedingt notwendig. Dieser erhöhte Schutz für die Landwirtschaft soll nach der Absicht der Staatsregierung die Signatur der neuen Handelsverträge sein. (Weisfall rechts.) Die Schwierigkeiten der Vertragsverhandlungen waren außerordentlich groß, und die Staatssekretäre des Innern und des Aeußeren haben so viel diligentiam prästiert, daß sie mit Volldampf gearbeitet und hohe Anerkennung verdient haben. Ich bitte deshalb das hohe Haus, nicht durch zu scharfes Drängen die Verhandlungen zu erschweren, sondern Vertrauen zu der Regierung zu haben, daß sie die Interessen des Landes und aller Erwerbsstände gewissenhaft wahrnehmen wird. Wenn die Polen mit ihrer Agitation nachlassen, dann werden wir zu einer Verständigung kommen. Solange aber auf uns geschossen wird, werden wir weiter schießen. Die Geschichte hat bewiesen, daß eine Politik der Schwäche gegen die Polen zum größten Schaden für uns geführt hat. (Sehr richtig! rechts.)

Auf den Streik im Ruhrrevier wird der Handelsminister ausführlich zurückkommen. Bei Streiks haben die Behörden die doppelte Pflicht, dafür zu sorgen, daß unter allen Umständen Ordnung und Ruhe aufrecht erhalten werden und daß die Gesetze gleichmäßig angewendet werden, sie müssen aber auch eine Einigung zu erstreben suchen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Ich bin daher bereit, die Behörden zu einer vermittelnden Tätigkeit zu veranlassen. Ich erwarte, daß die Arbeiter sich von Ausschreitungen fern halten, daß aber auch die Arbeitgeber den Beschwerden der Arbeiter Verständnis und Entgegenkommen zeigen werden. Ich hoffe, daß auf beiden Seiten die besonnenen Ueberlegung die Oberhand behalten und daß ohne schwere Katastrophen für beide Teile und das Land eine friedliche Verständigung erzielt wird. (Weisfall.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.)

weist zunächst darauf hin, daß der Finanzminister trotz des glänzenden Aufstiegs des Etats vor einer Steigerung der Ausgaben warnt. Redner kann sie die Besteuerung der Gesellschaften mit beschränkter Haftung die Zustimmung seiner Freunde nicht in Aussicht stellen, da das eine Doppelbesteuerung der Mitglieder dieser Gesellschaften bedeuten würde. Eine Erhöhung der Steuer für die großen Einkommen über 4 Proz. hinaus würde den Verzug der Besitzer großer Vermögen zur Folge haben. Wenn der Minister höhere Einnahmen aus den Steuern plant, warum entlastet er dann nicht die unteren Stufen? Redner begrüßt es, daß die Regierung zur Beilegung des Streiks im Ruhrrevier beitragen wolle. Es ist fraglich, ob das gute Recht auf Seiten der Arbeiter ist, da sie ihre Forderungen erst nach Ausbruch des Streiks aufgestellt haben. Das Reich müßte auf größere Sparsamkeit hingewiesen werden, da zwar nicht Preußen und Bayern,

wohl aber die kleinen Bundesstaaten an den Anforderungen des Reiches zugrunde gehen. Auch wir wünschen das baldige Zustandekommen des deutsch-österreichischen Handelsvertrags. Für die Industrie kommt nicht allein die Stabilität der Verhältnisse auf 12 Jahre, sondern auf das Wie der Verträge in Betracht. Wegen die großpolnischen Bestrebungen müssen wir uns wehren. Der Abg. Herold stellt die Verhältnisse auf den Kopf, wenn er meinte, die Polen würden von uns angegriffen. Wir begreifen die geplante Einrichtung eines Landes-Gewerbeamts, wünschen aber eine energiereichere Förderung des gewerblichen Genossenschaftswesens. Redner bedauert die in letzter Zeit häufig vorgekommene unzulässige Kritik der Schwurgerichts-Präsidenten an dem Wahrspruch der Geschworenen. Die Führer des Bundes der Landwirte haben zum Teil die Kanalvorlage zu einer Verheerung der Bevölkerung benutzt, die alles Erlaubte übersteigt. Wir haben den dringenden Wunsch, in die nächsten Wahlen unter einem neuen Wahlsrecht einzutreten. Einem neuen Schulgesetz werden wir zustimmen, wenn es dem Kompromiß entspricht. Notwendig ist vor allem eine Reform des Lehrerbefolgungsgesetzes. (Weisfall bei den Nationalliberalen.)

Finanzminister Freier v. Rheinbaben

erklärt die Heranziehung der Gesellschaften mit beschränkter Haftung für begründet. Eine Heranziehung bei einer Affoziation von Familienmitgliedern ist nicht beabsichtigt. Ich will keine Steuern auf Vorrat. Aber wenn bei der Einkommensteuer-Reform hauptsächlich ein Steuerertrag bei funderreichen Familien stattfinden soll und dadurch ein Anfall entsteht, so muß dieser Anfall doch gedeckt werden. Die Einkommensteuer soll keineswegs mit einem riesigen Plus ausgeschlachtet werden. Bei der Eisenbahnverwaltung können wir ein ganz reines Gewissen haben, da z. B. die Gütertarife in der letzten Zeit um 16 Proz. ermäßigt sind. Diese Ermäßigung der Tarife hat eine Steigerung des Güterverkehrs von 9 Milliarden Tonnenkilometer auf 25 Milliarden Tonnenkilometer zur Folge gehabt.

Justizminister Schönstedt

erklärt, daß er die Kritik der Schwurgerichtspräsidenten an dem Wahrspruch der Geschworenen nicht für zulässig halte, und daß er auf eine an ihn gerichtete Beschwerde erwidert habe, daß sich der Vorsitzende auf die Rechtsbelehrung zu beschränken habe. Der Anregung, die Juristen mehr als bisher in der Nationalökonomie auszubilden zu lassen, siehe er durchaus sympathisch gegenüber.

Abg. Zehr. v. Jedlich (rtl.):

Die Beilegung des Streiks im Ruhrrevier wird hoffentlich geschehen. Die Arbeiter müssen vor allen Dingen die Drohung mit einem allgemeinen Ausstande zurücknehmen. Bei unserer Einkommensteuer halte ich große Schwierigkeiten für ausgeschlossen. Wir werden dazu kommen müssen, die Einkommensteuer zu qualifizieren. Ein festes Verhältnis zwischen Reich und Bundesstaaten würde dadurch geschaffen werden können, daß ein bestimmter prozentualer Beitrag an das Reich für eine Reihe von Jahren festgesetzt würde. Der sehr bedenklichen Abwanderung von Lande nach den Städten muß durch geeignete Maßregeln entgegengetreten werden. Den armen Landgemeinden, die gezwungen sind, hohe Zuschläge zur Einkommensteuer zu erheben, muß geholfen werden. Das geplante Volksschulunterhaltungs-Gesetz müßte zu einem Dotationsgesetz für die ärmeren Gemeinden gestaltet werden. Redner fragt an, ob die Vorlegung dieses Gesetzes noch in diesem Frühjahr erfolgen werde, und ob bald ein Gelegenheitskurs zur Entlastung des bäuerlichen Grundbesitzes vorgelegt werden würde. Wünschenswert wäre eine größere Dezentralisation unserer gesamten Verwaltung und eine stärkere Heranziehung der Selbstverwaltungsgorgane zu den allgemeinen Staatsaufgaben. (Weisfall rechts.)

Auslandminister Dr. Studt

erklärt, daß er die Vorlegung des Volksschulunterhaltungs-Gesetzes in dieser Session mit Rücksicht auf das große Arbeitspensum des Landtages nicht empfehle; die Regierung habe die Absicht, den Landtag im Spätherbst zur Beratung dieses Gesetzes einzuberufen.

Handelsminister Müller:

Nach den amtlichen Mitteilungen beteiligen sich an dem Streik im Ruhrrevier 55 000 Bergarbeiter. Von einigen Tausen wird ein Wiederantritt der Arbeit gemeldet, und ich hoffe, daß damit die Einleitung zu einer Verbesserung der Lage gegeben ist. Der Streik ist zwar plötzlich eingetreten, aber es deuteten schon manche Anzeichen im letzten Jahre auf eine Streikbewegung hin. Die Klagen beziehen sich zunächst auf die Löhne, die noch nicht wieder auf der Höhe stehen, welche sie zur Zeit der Hochkonjunktur hatten. Während der Durchschnittsverdienst 1900 1322 M betrug und 1901 1224 M, ist er 1902 auf 1101 gesunken, 1903 aber wieder auf 1205 gestiegen. Dann wird geklagt über zunehmende schlechte Beschäftigung. Wenn bei 5500 Unterbeamten eine oder die andere Ausdauerung vorkommt, so ist das nicht verwunderlich, es handelt sich aber nach meiner Ueberzeugung da ebenso um Ausnahmen, wie die Soldatenmishandlungen Ausnahmefälle bilden. Heftige Angriffe werden gegen das Rullen von Förderwagen gerichtet, das erfolgt, wenn Steine darin sind. Das Rullen ist dem westfälischen Revier eigentümlich, in manchen anderen Gegenden kommt es nicht vor. Es bezieht sich im Höchsten auf 8 Proz. der Förderer, meist auf weniger als 1 Proz. Auf der Rede „Bruchstraße“ war die Zahl der genullten Wagen in den letzten Monaten des vergangenen Jahres rund 130 Proz., also nicht ungewöhnlich hoch.

Die Warnkrankheit ist, wie ich hier wiederholt ausgesprochen habe, von uns energig bekämpft worden, viel energischer als in anderen Ländern. Wir haben zur Bekämpfung der Krankheit mindestens 7—8 Millionen ausgegeben. Der Erfolg ist ein sehr großer und die Erregung unter den Arbeitern nur dadurch hervorgerufen, daß die scharfe Kontrolle sie stark belästigte; die sehr angreifende Kur hat die Leute geradezu erschreckt gemacht! — Wenn die Stilllegung der Feste wie früher nur aus dem Absterbungsprozess hervorgegangen wäre, würde keine derartige Erregung entstanden sein. Die Streitigkeiten sind vielmehr dadurch entstanden, daß dieselbe Gesellschaft auf ihrer Feste „Bruchstraße“ die Förderung erhöhte und dafür andere Feste eingehen ließ. Durch die Steigerung der Arbeiterzahl wurde natürlich die Seilschaft verlängert. — Auf anderen Feste sind in früheren Jahren schon derartige Einrichtungen nur durch den Einpruch der Arbeiter verhindert. Auf den Feste „Oberhausen“ und „Bruchstraße“ legte sich das Oberbergamt ins Mittel. In letzterem Falle hielt das Oberbergamt die Jahresverwaltung an, vor Einführung der längeren Seilschaft eine ordnungsgemäße Kündigung der alten Arbeitsbedingungen zu vollziehen. Die Arbeitszeit beträgt meist acht Stunden, dazu kommt die Seilschaft von meist einer, seltenen 1/2 bis 3/4, vereinzelt mehr als einer Stunde. Nur wo die Seilschaftzeiten verlängert werden sollten, erhoben die Organisationen Einpruch. Die Arbeiterschaft der Feste wurde bei ihrem Erlöschen um Vermittelung vom Oberbergamt auf meine Veranlassung an das Berggewerbegericht gewiesen, machte davon aber keinen Gebrauch, sondern trat in den Ausstand. Vor jezt ab soll Anträgen auf Vermittelung sowohl vom Oberbergamt als auch vom Berggewerbegericht Dortmund Folge gegeben werden. — Der Oberbergamtspräsident stellt zurzeit auf meine Veranlassung fest, ob Vermittelung gewünscht wird. Die Verwaltung muß sich natürlich in völliger Neutralität halten. (Sehr richtig! links.) Wenn die Bewegung weiter um sich greife, wäre das Jahr verhängnisvoll nicht nur für den Bergbau und die Bergarbeiter, sondern auch für alle Kohlenverbraucher und unsere ganze Industrie. Auf jeden Arbeiter, der feiert, können viele andere Arbeiter, die schwer geschädigt werden. — Gehe Gott, daß das nicht eintritt! (Weisfall.)

Weitere Verhandlung Montag 11 Uhr. — Schluß 4 1/2 Uhr.

Die Verluste in Südafrika.

Die Kolonialdirektor Dr. Stübel in der gestrigen Kommissionsitzung erklärte, waren bis zum Gefecht bei Groß-Nabas am 4. Januar cr. 772 Mann entweder getötet worden oder ihren Wunden resp. Krankheiten erlegen. Außerdem wurden 316 Personen verwundet oder als vermisst gemeldet.

Die Stärke der in Südafrika befindlichen Truppen belief sich nach den Erklärungen des Kolonialdirektors auf 519 Offiziere, 11 068 Mann und 154 Beamte. Von diesen annähernd 12 000 Mann befinden sich zurzeit noch immer mehr als 10 000 Mann in Südafrika. Sie werden jedoch durch neue Verstärkungen, die demnächst abgehen sollen, auf eine noch höhere Ziffer gebracht werden. Mit den neuen Verstärkungen sollen nämlich abgehen 45 Offiziere, 21 Beamte und 1051 Mann.

Aus diesen Mitteilungen ergibt sich, welche ungeheure Summen uns Südafrika noch kosten wird. Schon daraus, daß noch immer neue Nachschübe nach Südafrika abgehen, ersieht man, daß die Regierung der Auffassung ist, daß in absehbarer Zeit an eine Verminderung der Truppenzahl gar nicht zu denken ist. Höchst wahrscheinlich wird auch der Krieg, wenigstens der Kleinkrieg, noch unabhsehbare Zeit dauern. Zwar soll nach den letzten eingelaufenen Nachrichten die Drottentottenmacht, die unseren Truppen bei Groß-Nabas geschloffen gegenübertrat, durch neuere Gefechte zerstreut worden sein. Allein dadurch ist das Schicksal des Krieges durchaus noch nicht besiegelt. Es wird nimmehr der Kleinkrieg beginnen, der nach den Urteilen der Kenner Südafrikas noch bedeutend schwieriger sein soll, als der Krieg großen Stils.

In den letzten Gefechten, sind gefallen 1 Offizier und 6 Mann, 12 wurden schwer und 13 leicht verwundet.

Der Kolonialdirektor über die Ausrottungsstrategie Trothas.

Die Erklärungen, die in der gestrigen Kommissionsitzung der Kolonialdirektor Stübel über die Ausrottungsstrategie Trothas abgegeben hat, sind absolut unbefriedigend. Von unseren Genossen ist denn auch bereits in der Sitzung die entsprechende Kritik an diesen tendenziösen Erklärungen geübt worden. Die Regierungsvertreter vermochten gegen die Verurteilung des nach der Parole „Bardon wird nicht gegeben“ geführten Gefechtes des Generalissimus Trothas nichts vorzubringen. Schleierhaft bleibt es einseitigen und wird es vielleicht immer bleiben, ob General Trotha seinen Ausrottungskrieg gegen die Hereros aus eigener Nachvollkommenheit geführt hat, oder ob er damit nur Befehle befolgte, die ihm aus Berlin gegeben wurden. Daß General Trotha in allerletzter Zeit, wie ja Kolonialdirektor Stübel erklärte, Befehle zugegangen sind, daß nimmehr Gefangene gemacht werden dürften, beweist noch keineswegs, daß er bislang anders lautenden Befehlen aus Berlin gefolgt ist!

Uebrigens scheint General Trotha den Vernichtungszug, den er gegen die Hereros geführt hat, nimmehr auf die Hottentotten ausdehnen zu wollen! In den Meldungen über die letzten Gefechte wird nämlich nur von gefallenen Hottentotten gesprochen. Daß Verwundete in Gefangenschaft geraten seien, wird nicht erwähnt. Daß dies nicht auf eine mangelhafte Berichterstattung zurückzuführen ist, geht aus den Mitteilungen hervor, die General Trotha über den Herero-Feldzug in der letzten Zeit erstattet hat. In diesen Meldungen wird jedesmal über die Zahl der gefangenen Hereros berichtet. Wenn also in dem Hottentotten-Feldzug Gefangene gemacht worden wären, so würde General Trotha dies unfehlbar ebenfalls mitgeteilt haben. Da er es nicht mitgeteilt hat, kann nur angenommen werden, daß Gefangene nicht gemacht wurden, denn die Annahme, daß die Hottentotten sofort alle tödlich getroffen worden sein sollten, ist vollständig unsinnig. Deshalb ist es notwendig, daß nicht nur über die nun einmal geschehenen und nicht wieder gut zu machenden Fehler im Herero-Feldzug Kritik geübt wird, sondern daß von der Regierung gefordert wird, daß sie sofort dem General Trotha die strikte Anweisung zugehen läßt, gegenüber den Hottentotten anders zu verfahren, als es ihm mit den Hereros beliebt! Die elementarsten Grundsätze der Menschlichkeit und auch die Rücksicht auf die Soldatenehre unserer in Südafrika kämpfenden Truppen verlangt es, daß die verwundeten Hottentotten zu Gefangenen gemacht, nicht aber kurzerhand in das Jenseits spediert werden!

Die amtliche Berichterstattung und die Scherl-Presse.

In der Kommissionsitzung wurde auch scharfste Beschwerde darüber erhoben, daß die Scherl-Presse in der Lage gewesen sei, früher Nachrichten nicht nur über strategische Bewegungen, sondern auch über die Namen der Gefallenen und Verwundeten zu machen, als die amtliche Berichterstattung. Der Kolonialdirektor suchte sich damit herauszureden, daß er erklärte, wahrscheinlich seien eben Scherl früher direkte private Nachrichten zugegangen, als dem Answärtigen Amt. Diese Ausrede fällt glatt zu Boden gegenüber der Tatsache, daß der „Lokal-Anzeiger“ über die Verluste bei Groß-Nabas 24 Stunden früher Nachricht zu geben vermochte, als die amtliche Stelle. Diese Nachrichten aber konnten Scherl nur zugegangen sein durch die Benutzung der Heliographenlinie, die nach dem Telegramm Trothas durch anderweitige wichtige Meldungen derartig in Anspruch genommen war, daß es ihm nicht möglich war, auch noch Mitteilungen über die Verluste unserer Mannschaften zu geben. Die Sache kann sich also nur so zugetragen haben, daß diese so überlastete amtliche Heliographenlinie zwar für den General Trotha keine Mitteilungen über die Mannschäftsverluste übermitteln konnte, wohl aber für Herrn August Scherl! Die Regierung wird also gezwungen werden müssen, auf die konkret zu stellende Frage auch eine konkrete Antwort zu geben, statt sich mit allgemeinen Redensarten um den Kern der Beschwerde herumzudrücken.

Die letzten Verluste in Südafrika.

Gefallen: Jähdrich der Landwehr Tiple aus Binz auf Mügen, Sergeant Bruno Baer, geb. 21. 10. 77, zu Niddorf, Unteroffizier Karl Böschel, geb. 30. 8. 78 zu Ziegenhain, Gefreiter Leopold Sprengel, geb. 1. 10. 81 zu Jinten, Gefreiter Otto Juengel, geb. 3. 10. 81 zu Leipzig, Gefreiter Josef Weinberger, geb. 9. 3. 77 zu Kronwitz, Gefreiter Otto Andres, geb. 11. 2. 82 zu Mahnsdorf, Gefreiter Bernhard Müller, geb. 4. 8. 82 zu Leutenberg, Reiter Josef Hannig, geb. 20. 9. 81 zu Frankenstein, Reiter Guido Lau, geb. 20. 12. 79 zu Hartmannsdorf, Reiter Franz Rorta, geb. 17. 1. 80 zu Kappel, Reiter Franz Bawer, geb. 12. 5. 82 zu Hammover, Reiter Gustav Dehler, geb. 8. 5. 82 zu Waldschaffen, Reiter Max Roschad, geb. 8. 4. 83 zu Lawitz.

Verwundet: Vizefeldwebel Friedrich Paul Thamm, geb. 11. 9. 78 zu Venßen (leicht), Sergeant Franz Wöhnisch, geb. 4. 10. 76 zu Neurode (leicht), Sergeant Hermann Rauch, geb. 16. 1. 77 zu Schöningen (leicht), Unteroffizier Hermann Haag,

geb. 23. 4. 80 zu Fiedleben (leicht), Unteroffizier Georg Kaiser, geb. 15. 8. 81 zu Dajtrof (leicht), Unteroffizier Richard Gräfe, geb. 20. 12. 81 zu Leipzig-Sellerhausen (leicht), Gefreiter Karl Schmidtkonz, geb. 22. 3. 77 zu Weihenburg (leicht), Gefreiter Hermann Schmidt, geb. 11. 6. 83 zu Redden (leicht), Gefreiter Otto Bransner, geb. 28. 6. 82 zu Borsigshain (schwer), Reiter Georg Ernst, geb. 26. 11. 82 zu Wilsberg (leicht), Reiter Paul Jaron, geb. 25. 6. 79 zu Laurahütte (leicht), Reiter Josef Viederstein, geb. 9. 6. 82 zu Duisburg (leicht), Reiter Franz Starzynski, geb. 26. 11. 81 zu Lboritz (schwer), Reiter Josef Rodwal, geb. 26. 12. 80 zu Sarginowo (schwer), Reiter Wilhelm Wödmann, geb. 13. 6. 81 zu Münden-Glabbach (leicht), Reiter Wilhelm Ambelang, geb. 7. 4. 84 zu Jima (leicht), Reiter Remigius Kägele, geb. 13. 9. 82 zu Stelpling (schwer), Reiter Eduard Heilig, geb. 11. 6. 81 zu Reibach (leicht), Reiter Dito Schütz, geb. 6. 6. 82 zu Spandau (leicht), Reiter Max Lange, geb. 6. 1. 80 zu Naaloven (leicht), Reiter Anton Medel, geb. 3. 6. 82 zu Welschenmest (leicht), Reiter Georg Engel, geb. 26. 2. 82 zu Lüttich in Belgien (schwer), Reiter Theodor Stiller, geb. 8. 3. 81 zu Sarenfell (leicht), Reiter Franz Berges, geb. 27. 1. 81 zu Alt-Damm (leicht), Reiter Karl Henning Haat, geb. 11. 5. 83 zu Jyehoe (leicht).

Vermis: Reiter Ernst Albat, geb. 15. 7. 84 zu Gudwainen, Reiter Karl Mägerstädt, geb. 26. 10. 81 zu Wiesbaden.

In Gefecht bei Stamprietfontein am 1. Januar gefallen: Unteroffizier Georg Rüscher, geb. 16. 12. 83 zu Schwandeb, früher im Telegraphen-Bataillon 1.

Berlin, 12. Januar. Amtliche Meldung. Nach Meldung des Generals von Trotha hat Oberst Deimling, von Gibeon kommend, am 3. Januar bei Haruchas, südlich Gochas, am 5. bei Gochas, am 7. anscheinend bei Irururibis siegreiche Gefechte gehabt. Der Feind ist vermutlich nach Osten geschickt. Die Verbindung zwischen Oberst Deimling und Major Meiser ist hergestellt.

Berlin, 12. Januar. Amtliche Meldung. Nach einem Telegramm aus Windhuk wurden in den Gefechten bei Groß-Nabas am 2., 3. und 4. Januar noch verwundet: Sergeant Julius Wendler, geboren 18. 4. 79 zu Gunzenhausen (schwer), Sanitätsunteroffizier Otto König, geboren 22. 12. 81 zu Wehrstedt (schwer).

Nach Meldung Generals von Trotha hat Major von der Heyde am 10. Januar den Vormarsch nach dem unteren Sturmsfeld-Damrumbas mit 82 Wehregenen und zwei Geschützen begonnen. Vierte Kompanie Feldregiments 1 von Abteilung Estorff bricht am 12. Januar auf, um das Gelände zwischen Etelbusch und Sturmsfeld-Damrumbas zu säubern. Jacharias Yerana, Kapitän der Hereros zu Dhimbingue (110 Kilometer westlich Windhuk), hat sich mit einigen Begleitern dem Major von Estorff in Owinawa-Rana ergeben. Seine Leute sollen wegen großer Ermüdung erst in einigen Tagen dort eintreffen.

Ein Telegramm aus Windhuk meldet: In den Gefechten bei Groß-Nabas am 2., 3. und 4. Januar verwundet: Sergeant Julius Wendler, geboren 18. 4. 79 zu Gunzenhausen (schwer), Sanitätsoffizier Dito König, geboren 22. 12. 81 zu Wehrstedt (schwer).

Partei-Nachrichten.

In der „Leipziger Volkszeitung“ finden wir auf die Erklärung des Parteivorstandes und der Berliner Proklommission die nachfolgende Bemerkung:

Auf die vorstehende Kundgebung haben wir zu erwidern: Es ist eine unbestreitbare und auch unbestrittene Tatsache, daß die Redaktion des „Vorwärts“ die vom Genossen Nebel in der Sitzung des Reichstages vom 10. Dezember v. J. gegen den Jostariff-Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ gerichtete Erklärung gemißbilligt, aber diese Mißbilligung verschwiegen und vielmehr den vom Genossen Nebel verleugneten Artikel auch ihrerseits wiederholt angegriffen hat. Am verletzendsten gestaltete die Redaktion des „Vorwärts“ diese Angriffe, als der Verfasser des Jostariff-Artikels, ein im Dienste der Partei mit Arbeit überlasteter Genosse, wegen einiger Kraftausdrücke von der Brotwuchererpresse als „Halberrädler“ geschmäht wurde, also in einem Augenblicke, wo die einfachste Pflicht des Anstandes jedem Parteiblatt verboten, in dieselbe Herde zu hauen. Der „Vorwärts“ jedoch erlahm gerade diesen Augenblick, um auf einen, wie er sagte, „krankhaft überreizten Genossen“ Vorwürfe zu häufen, wie „kalte und triviale Schimpfereien“, „Kraftmeierium“, „Athletentum in Worten“, das „durch inhaltlose Phrasenhaftigkeit den sozialistischen Kampf abschwäche“, genug Vorwürfe, deren Sinnlosigkeit gerade auch vom Standpunkt des „Vorwärts“ sich schon daraus ergibt, daß sie, wenn sie einen Sinn hätten, den „Vorwärts“ ungleich scharfer treffen würden als die „Leipziger Volkszeitung“. Diese Angriffe des „Vorwärts“ haben den Genossen Wehring zu seinem Abwehrartikel in Nr. 208 unseres Blattes veranlaßt. Es soll keineswegs verkannt werden, daß Genosse Wehring in begeisterte Empörung mit einzelnen Wendungen die Grenzen überschritten hat, die er im allgemeinen Interesse der Partei hätte beobachten sollen. Jedoch war er als politischer Leiter der „Leipziger Volkszeitung“ zur schärfsten Abwehr der vom „Vorwärts“ in geschäftigster Weise angegriffenen Polemik nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet. Auch können die Aufsichtsinstanzen der „Leipziger Volkszeitung“, denen das Wohl der Partei ebenso am Herzen liegt wie den Aufsichtsinstanzen des „Vorwärts“, in einigen formellen Verstößen, die in der berechtigten Abwehr einer grundlosen Herausforderung begangen worden sind, nur eine ungleich geringere Gefährdung der Partei erblicken, als in der Kampfweise, die der „Vorwärts“ seit langer Zeit gegen die „Leipziger Volkszeitung“ beobachtet hat.

Leipzig, 12. Januar 1905.
Das Proklomitee. Das Agitationskomitee.
Die Vertrauensleute des 13. Reichstags-Wahlkreises.
Der Vorstand des Wahlvereins für den 12. Reichstags-Wahlkreis.

Soweit die „Leipziger Volkszeitung“ — Die Leipziger Parteigenossen, welche die obige Erklärung unterschrieben, haben sich nicht bei uns als der unterrichteten Stelle informiert, ehe sie sich die neuen sachlichen Beschuldigungen gegen uns zu eigen gemacht haben. Es ist daher erklärlich, daß sie die ihnen gewordenen durchaus irrigen Informationen für wahr gehalten haben. Wir unsererseits stellen fest, daß die Anklagen der obigen Erklärung, die bestimmt sind, für den gegen uns gerichteten Angriff mildernde Umstände zu erwirken, von Anfang bis zu Ende gegenstandslos sind. Die Redaktion ist aber gern bereit, falls die Leipziger Parteigenossen den Wunsch haben sollten, die von ihnen unterzeichneten beweislosen Beschuldigungen nachträglich noch zum Gegenstand eines Beweisverfahrens zu machen, ihnen jederzeit Verstand zu leisten. Wir sind überzeugt, daß sie über das vollständige Material unterrichtet, dann selbst zu der Erkenntnis kommen, die wir im Interesse der Partei und der Wahrheit für erwünscht halten.

Für die Öffentlichkeit scheint uns die Weiterführung der Diskussion keinerlei Interesse zu haben.

Pölicellisches, Gerichtliches usw.

Aufhebung eines freisprechenden Urteils wegen unstatthafter Verteidigung!

Gegen den Geschäftsführer der „Wainzer Volkszeitung“, Friedrich Döller, wurde vom Landgericht Mainz das Hauptverfahren wegen zweier selbständiger Fälle von Verleumdung eines Eisenbahn-Vorinspektors in Darmstadt eröffnet. Die erste Strafkammer erkannte jedoch am 27. Mai v. J. auf Freisprechung. Genosse Döller lungierte zu dieser Zeit in Stellvertretung als verantwo. licher Redakteur. Er hatte dem Redakteur Mendel ausdrücklich zur Pflicht gemacht,

ihm alle von auswärts eingehenden Manuskripte vor dem Abdruck erst zur Durchsicht vorzulegen; dieser hatte das jedoch bei den beiden inkriminierten Artikeln unterlassen. Die Strafkammer erkannte, daß beide Artikel objektiv beleidigend seien, kam aber auf Grund rechtlicher Erwägungen zu der Auffassung, daß der Angeklagte Döller, der übrigens als Autor mit dessen Zustimmung den Arbeitersekretär Anton Sparr aus Darmstadt benannte, obwohl er verantwortlich zeichnete, doch nicht für die Aufnahme und den Abdruck der Artikel verantwortlich gemacht werden könne. Die Feststellung, daß die Artikel ohne jede Kenntnis des Angeklagten in das Blatt gekommen seien, schließt zugleich die Annahme aus, daß derselbe dolos gehandelt habe, er habe aber auch nicht fahrlässig gehandelt, da er den Autor benannte.

Gegen dieses Urteil wendete sich die Revision der Staatsanwaltschaft, die in erster Linie die Verteidigung des Redakteurs Mendel als unstatthafter bezeichnete, da derselbe als Teilnehmer in Frage komme; er hat die Artikel ohne Kenntnis des Angeklagten in Druck gegeben und war daher an der inkriminierten Handlung strafbar beteiligt. Nachdem der erste Richter hinterher die Eidesunfähigkeit dieses Zeugen erkannte, hätte er das unbedingt im Urteil wärdigen müssen; er würde auch dann nicht zu dem Schlusse gekommen sein, die Veröffentlichung sei ohne Kenntnis des Angeklagten erfolgt.

Die Revision der Staatsanwaltschaft wurde vom Reichsowalt für begründet erachtet und vertreten.

Der erste Strafsenat des Reichsgerichts hob nach dem Antrage des Reichsanwalts das Urteil nebst den demselben zugrunde liegenden tatsächlichen Feststellungen auf und verwies die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurück.

Soziales.

Eine interessante Organisation. In Holland hat man sich im letzten Jahre viel mit dem „Bund der Marinematrosen“ beschäftigt, den der Marineminister Eijs, der den „starren Mann“ spielt, um jeden Preis vernichten will.

Unter Marinematrosen sind die Seeleute der Kriegsschiffe zu verstehen, nicht die Mannschaften, welche die Waffen bedienen. Die Matrosen kämpfen nicht, sie fahren nur, stehen jedoch unter den Kriegsgefechten. Sie sind aber alle freiwillige und verpflichten sich für längere Zeit zum Dienst. Die meisten treten schon sehr jung, mit 14 bis 15 Jahren, in die Marine.

Diese Marinematrosen haben in den letzten Jahren eine Organisation gegründet, welche, da die Unzufriedenheit sehr groß war, schnell wuchs. Am 1. Januar 1903 zählte sie 1575 Mitglieder, das waren 60 Proz. der Matrosen, welche älter als 18 Jahren waren, und nur diese werden angenommen.

Während der Streikbewegungen im „roten Quartal“ (die Monate Januar-April 1903) hatte man bei diesen Leuten einige Sympathien mit der Streikbewegung entdeckt und nun machten die Autoritätsmenschen im Haag alle Anstrengungen, um diese Organisation zu unterdrücken. Schon lange hatte es die Herren geärgert, daß die Matrosen ihre Beschwerden durch die sozialdemokratischen Abgeordneten in der Kammer vorbringen ließen, und daß die bekanntesten Mitglieder Sozialdemokraten waren.

Allererst entlich man eine Anzahl der führenden Elemente, dann verboten alle Schiffskommandanten das Blatt „Het Anker“, offizielles Organ des Bundes. Da das alles nichts half, wurde größeres Geschick aufgefunden. Der Staatsanwalt in Alkmaar, der Gerichtsbezirk, binnen welchem der Matrosenbund seinen Sitz hat, stellte den Antrag, dem Matrosenbund die Rechtspersönlichkeit zu nehmen, weil im Organ des Bundes Artikel gefanden hätten, welche mit der militärischen Disziplin, der die Bundesmitglieder unterworfen sind, nicht vereinbar wären. Diesen Antrag wurde stattgegeben.

Rum fing der Kampf des Marineministers gegen die Organisation von neuem an. Alle Vorstandsmitglieder wurden entlassen und jeder Matrose, der an Bord im Besitz einer Nummer des „Anker“ gefunden ward, flog hinaus. Selbst das Briefgeheimnis, obgleich verfassungsgemäß unantastbar, war tatsächlich für die Matrosen der Kriegsschiffe abgeschafft.

Und was ist nun das Resultat dieser Kampagne? Der Mangel an Matrosen wird, je länger je mehr fühlbar, da sich von denjenigen Matrosen, deren Dienstzeit abgelaufen ist, fast kein einziger wieder neu einschreiben läßt. Am 1. Januar 1902 zählte das Seemannspersonal 3105 Mann, am 1. Januar 1903: 3109. Am 1. Januar 1904 war es auf 2876, am 1. Juli 1904 auf 2768 Mann gesunken.

Der Matrosenbund zählte am 1. Januar 1903 1413 Mitglieder, am 1. Januar 1904: 1575, am 1. Januar 1905: 1471!

Der Verlust an Mitgliedern ist ausschließlich dem Austritt aus der Marine zuzuschreiben. Der große Erfolg der Vaterlandstreiter ist also ein andauernder Matrosenmangel.

Dieser Kampf zwischen den Matrosen der Kriegsmarine und der Regierung erregt in Holland die allgemeine Aufmerksamkeit.

Eine staats- und balleterhaltende Fällung unternimmt Herr Dr. Max Möller im „Gangh. Korresp.“, um die königliche Institution, gemeinhin Ballettschule genannt, von Vortwürfen zu reinigen. Wir hatten jüngst aus dem Munde des bekannten Kulturhistorikers und schweizerischen Staatsarchivars Dr. Otto Hennemann in Rhin, „Die Wehreden und Sünden der Sittenpolizei“, jene Anschuldigungen wiedergegeben, die sich mit der „Ausbildung“ und dem Schicksal der jungen Mädchen befaßten, die schon im im Alter von neun bis elf Jahren der Ballettschule übergeben werden. Der Verfasser vergleicht dieses Institut mit einem „Remontemarkt“, und berichtet, daß die meisten der armen Mädchen sittlich untergehen. Herr Möller, der Autor literarisch minderwertiger Theaterstücke, sah sich veranlaßt, den Eindruck dieser Anlagen abzuschwächen. Er schreibt:

Noch unsinniger aber ist die Behauptung eines sozialdemokratischen Blattes, daß die königliche Ballettschule vom sittlichen Standpunkte aus zu tadeln sei. Das Blatt drückte sich etwas derber aus. Soviel mir bekannt ist, denkt die Leitung des Instituts nicht daran, hierauf zu reagieren; ich erwähne den Fall hier nur, weil er charakteristisch ist für die Art, mit der manche Blätter alle königlichen Institutionen beurteilen. Das Blatt bringt eine großartige Schilderung der Verhältnisse, die mit folgendem Krumpfe schließt: „Die geeigneten Befundenen werden sodann zu bestimmten Familien gegeben usw.“

Danach müßte man also annehmen, daß die Kinder ihrem Familienkreis entzogen würden, da sie ja zu „bestimmten“ Familien gegeben würden. In der Tat aber leben die meisten Kinder ganz ruhig bei ihren Eltern; daß dafür gesorgt wird, daß Waisen in einem Familienschuß kommen, ist, wie überall, so auch hier anerkannt.

Zur Erleichterung seiner gewiß peinlichen Aufgabe verschweigt er also nicht nur den Inhalt der Schilderungen des Herrn Dr. Otto Hennemann an Rhin, sondern unterschlägt den Namen des Anklägers überhaupt, um jene Schilderungen als „Behauptungen eines sozialdemokratischen Blattes“ darzustellen. Um Herrn Möller eine Rechprüfung zu erleichtern, tragen wir noch, daß jene Stellen, die sein höchstes Mißfallen erregt haben, in dem genannten Buche, das in zweiter Auflage 1897 im Verlage von Max Spöhr in Leipzig erschienen ist, auf Seite 164 und 165 zu finden sind.

Marktpreise von Berlin am 13. Januar. Nach Ermittlungen des Igl. Vollsitz-Berichts. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen*) gute Sorte 17,00—17,58 M., mittel 17,56—17,51 M., geringe 17,52—17,50 M. Roggen**) gute Sorte 13,50—00,00 M., mittel 00,00—00,00 M., geringe 00,00—00,00 M. Futtergerste*) gute Sorte 15,90—14,80 M., mittel 14,70 bis 13,60 M., geringe 13,50—12,40 M. Hafer*) gute Sorte 16,50—15,60 M., mittel 15,50—14,70 M., geringe 14,60—13,80 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 45,00—30,00 M., Speiseerbsen, weiße 30,00—30,00 M., Linen 60,00—30,00 M., Kartoffeln 10,00—7,00 M., Weizenroggen 5,00—4,50 M. Heu 9,20—7,40 M. Für ein Kilo granum Butter 2,50—2,00 M. Eier per Schock 4,50—3,20 M. *) Drei Wogen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Extra-
Preise

WARENHAUS

A. WERTHEIM

Montag
Dienstag
Mittwoch

soweit der Vorrat reicht:

Gemüse-Konserven

Die Preisliste über Lebensmittel und Cigarren wird kostenlos zugesandt.

Stangenspargel III $\frac{1}{2}$ Dose 85 Pf.	Bruchspargel ohne Köpfe $\frac{1}{2}$ Dose 60 Pf.	Abschnittspargel $\frac{1}{2}$ Dose 43 Pf.	Feine Schoten $\frac{1}{2}$ D. 55, $\frac{1}{2}$ D. 33 Pf.
Stangenspargel III $\frac{1}{2}$ " 48 Pf.	Bruchspargel ohne Köpfe $\frac{1}{2}$ " 35 Pf.	Kaiserschoten $\frac{1}{2}$ " 1,15 Mk.	Junge Schoten $\frac{1}{2}$ Dose 48 Pf.
Stangenspargel II $\frac{1}{2}$ " 1,15 Mk.	Bruchspargel I $\frac{1}{2}$ " 90 Pf.	Kaiserschoten $\frac{1}{2}$ " 63 Pf.	Schoten $\frac{1}{2}$ " 38 Pf.
Stangenspargel II $\frac{1}{2}$ " 63 Pf.	Bruchspargel I $\frac{1}{2}$ " 50 Pf.	Kaiserschoten II $\frac{1}{2}$ " 1 Mk.	Gemischt. Gemüse $\frac{1}{2}$ " 63 Pf.
Stangenspargel Ia $\frac{1}{2}$ " 1,30 Mk.	Bruchspargel extra stark $\frac{1}{2}$ " 1,10 Mk.	Kaiserschoten II $\frac{1}{2}$ " 55 Pf.	Kohlrabi in Scheiben $\frac{1}{2}$ " 26 Pf.
Stangenspargel Ia $\frac{1}{2}$ " 70 Pf.	Bruchspargel extra stark $\frac{1}{2}$ " 60 Pf.	Schoten extra fein $\frac{1}{2}$ " 85 Pf.	Spinat $\frac{1}{2}$ " 48 Pf.
Stangenspargel extra stark $\frac{1}{2}$ " 1,65 Mk.	Riesenbruchspargel $\frac{1}{2}$ 1,30 Mk.	Schoten extra fein $\frac{1}{2}$ " 48 Pf.	Wirsingkohl $\frac{1}{2}$ " 32 Pf.
Stangenspargel extra stark $\frac{1}{2}$ " 88 Pf.	Riesenbruchspargel $\frac{1}{2}$ 70 Pf.	Schoten I $\frac{1}{2}$ Dose 74, $\frac{1}{2}$ D. 42 Pf.	Grünkohl $\frac{1}{2}$ " 32 Pf.

Frucht- u. Fisch-Konserven

Saure Kirschen ohne Steine $\frac{1}{2}$ Dose 95 Pf.	Mirabellen $\frac{1}{2}$ Dose 62 Pf.	Schmorgurken $\frac{1}{2}$ Dose 80 Pf.	Delikatessheringe $\frac{1}{2}$ Dose 78 Pf.
Saure Kirschen ohne Steine $\frac{1}{2}$ " 53 Pf.	Mirabellen $\frac{1}{2}$ " 36 Pf.	Schmorgurken $\frac{1}{2}$ " 45 Pf.	Delikatessheringe $\frac{1}{2}$ " 50 Pf.
Saure Kirschen mit Steinen $\frac{1}{2}$ " 65 Pf.	Heidelbeeren $\frac{1}{2}$ " 65 Pf.	Rheinisch. Kraut Dose ca. 1 Pfd. 45 Pf.	Anchovis Dose 36 Pf.
Saure Kirschen mit Steinen $\frac{1}{2}$ " 38 Pf.	Birnen ganze Frucht $\frac{1}{2}$ " 54 Pf.	Dunstfrüchte	Neunaugen Dose 80 Pf.
Kaiserkirschen ohne Steine $\frac{1}{2}$ " 1 Mk.	Pflaumen ganze Frucht $\frac{1}{2}$ " 45 Pf.	in Gläsern	Aal in Gelee Dose 80 Pf.
Kaiserkirschen ohne Steine $\frac{1}{2}$ " 55 Pf.	Pflaumen halbe Frucht $\frac{1}{2}$ " 60 Pf.	Stachelbeeren, Johannisbeeren	Sardinen Glas 24 Pf.
Reineclauden $\frac{1}{2}$ " 80 Pf.	Pflaumen halbe Frucht $\frac{1}{2}$ " 35 Pf.	Pflaumen halbe Frucht Glas	Anchovis Glas 24 Pf.
Reineclauden $\frac{1}{2}$ " 45 Pf.	Preisselbeeren $\frac{1}{2}$ " 62 Pf.	Kirschen mit Steinen	Sardinen in Öl Dose 30 u. 42 Pf.
Erdbeeren naturell $\frac{1}{2}$ " 1 Mk.	Dose ca. 5 Pfd. 1,50, 10 Pfd. 2,95	Heidelbeeren, Birnen	Französ. Oelsardinen
Erdbeeren naturell $\frac{1}{2}$ " 55 Pf.	Apfelmus $\frac{1}{2}$ Dose 55 Pf.	Ostsee-Bratheringe Dose 45 Pf.	$\frac{1}{4}$ 80 Pf. $\frac{1}{2}$ 1,35 $\frac{1}{4}$ in Tomaten 78 Pf.
Aprikosen halbe Frucht $\frac{1}{2}$ " 1,10	Apfelmus $\frac{1}{2}$ " 1 Mk.	Bismarck-Heringe Dose 45 Pf.	Chancerelles 70 Pf. 1,20 Mk.
Aprikosen halbe Frucht $\frac{1}{2}$ " 60 Pf.	Gemischte Marmelade	Heringe in Aspic Dose 36 Pf.	
Pfirsiche halbe Frucht geschält $\frac{1}{2}$ " 1,20	Eimer ca. 3 Pfd. 90 Pf. 10 Pfd. 2,10		

Hülsenfrüchte u. Backobst

Victoria-Erbsen Pfund 13 Pf.	Mittel-Linsen Pfund 17 Pf.	Gemischt. Backobst 28, 42 Pf.	Französische Pflaumen Pfund 25, 28, 33, 42 Pf.
Kleine Erbsen " 12 Pf.	Grosse Bohnen " 22 Pf.	Amerik. Ringäpfel Pfund 36 Pf.	Italien. Makkaroni Pfund 38 Pf.
Glasierte Erbsen " 16 Pf.	Mittel-Bohnen " 18 Pf.	Prünellen " 55 Pf.	Deutsche Makkaroni " 30 Pf.
Spalt-Erbsen gelb " 14 Pf.	Kleine Bohnen " 17 Pf.	Kaliforn. Aprikosen 55, 65 Pf.	leicht gefärbt
Algier-Erbsen grün gespalten " 27 Pf.	Rangoon-Reis " 15 Pf.	Kaliforn. Pfirsiche Pfund 55 Pf.	P $\frac{2}{2}$ Eierschnittnudeln " 38 Pf.
Grüne Erbsen " 14 Pf.	Patna-Reis " 18 Pf.	Kalifornische Pflaumen Pfund 28, 32, 37, 42 Pf.	Hausmacher Art
Grosse Linsen " 22 Pf.	Java-Reis Pfund 22 u. 28 Pf.		

Gebraunt. Kaffee Pfund 90 Pf. Mischung II 1,05 III 1,25 IV

Block-Schokolade Pfund 68 Pf. Deutscher Kakao Pfund 1,05 Mk.

Cervelatwurst in Rinddarm Pfund 1,10	Italien. Äpfel Pfd. 10 Pf.	Wolghahühner 1,35 u. 1,60
Salamiwurst in Rinddarm Pfund 1,10	Krachmandeln Pfd. 80, Datteln Kar. 38 Pf.	Enten Stück 2,10 Mk.
Schinkenwurst Pfund 1 Mk.	Traubenrosinen Pfund 65 Pf.	Puten Pfund 72 Pf.
Gänsebrust (Spickgans) Pfund 1,40		Geflügel und frisches Obst sind von der Zusendung ausgeschlossen.

Moselweine

Obermoseler $\frac{1}{2}$ Flasche 50 Pf.
1902 ^{er} Burger " 65 Pf.
1902 ^{er} Lieserer " 80 Pf.
1902 ^{er} Zeltinger " 90 Pf.
1902 ^{er} Piesporter " 1,15 Mk.
1902 ^{er} Enkircher Steffansberg $\frac{1}{2}$ Flasche 1,25 Mk.
1900 ^{er} Piesporter Auslese " 1,95 Mk.

Rhein- u. Pfalzweine

1902 ^{er} Lorcher $\frac{1}{2}$ Flasche 75 Pf.
1900 ^{er} Niersteiner " 1 Mk.
1902 ^{er} Binger Rochusberg " 1,25 Mk.
1900 ^{er} Rudesheimer Rottland " 1,65 Mk.
1900 ^{er} Rudesheimer Bischofsberg " 1,80 Mk.
1900 ^{er} Deidesheimer Riesling " 1,85 Mk.
1893 ^{er} Liebfraumilch $\frac{1}{2}$ Flasche 2,80 Mk.

Bordeauxweine

1902 ^{er} Pauillac $\frac{1}{2}$ Flasche 75 Pf.
1900 ^{er} Médoc Vertheuil " 90 Pf.
1900 ^{er} Chât. Petit Puch " 1 Mk.
1899 ^{er} Libardac Listrac " 1,15 Mk.
1899 ^{er} Beychevelle " 1,30 Mk.
1899 ^{er} Chât. Citran " 1,55 Mk.
1899 ^{er} Chât. Grand Puy " 1,70 Mk.
1899 ^{er} Chât. Palmer " 1,95 Mk.

Diese Artikel werden nach auswärts nur auf Kosten des Empfängers versandt.

Pour le mérite.

„Pour le mérite“ der Menschheit ging's: Sie fielen rechts und sie stürzten links. Durch berkende Mauern, von Flammen umloht, Durch Bäche von Blut schritt der grinsende Tod; Und er schwang seine Sense zu fausendem Schnitt — Pour le mérite!

Und sie würgten wie Bestien sich, knirschend vor Wut, — Das Messer des Schlächters ertrank im Blut. In Salvengelatter erstickte das Ach, Die pfeifende Bombe durchschlug das Dach. Und die Kranken, die Wunden mußten mit Pour le mérite.

Rotfunkelnden Aug's schlich der Hunger herum. — Der brüllende Bär ward endlich stumm. Ueber stürzende Türme, den sinkenden Wall Stieg empor der blutige Sonnenball. Und der blutige Ball steht im Zenith — Pour le mérite!

Nun schmückt die Beiden, die pflichtbewußt Das Herz ermordet in ihrer Brust, Der funkelnde Stern. — Doch wie brandender Bischof, Aus Winseln und Stöhnen und Fluchen gemischt, Amrdöhnt ihre Häupter ein anderes Lied: Pour le mérite?

Ja, ein anderes Lied, von dem besseren Ruhm! In den Festen wankt das Zäsurentum. Aus den rauchenden Trümmern Port Arthurs gelst Ein Schrei, und ihn hört die erschauernde Welt: Wo bleibt der Held, der die Freiheit erstritt Pour le mérite?!

Clara Müller-Jahnke.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Parteiengenossen und Genossinnen! Am Mittwoch, den 25. Januar, findet im „Noabiter Gesellschaftshaus“ eine Volksversammlung statt. Genossin Clara Jeklin wird über Militarismus und Militärjustiz einen Vortrag halten. Es soll Protest eingelegt werden besonders gegen die grausamen Freiheitsstrafen, denen Söhne des Volkes zum Opfer fielen. In Anbetracht dessen sollte es niemand veräumen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Vertrauensperson.

Erster Wahlkreis. Heute, Sonntag, mittags 2 Uhr, findet eine Vorstellung in der Urania statt. Zur Aufführung gelangt: Die Weltausstellung in St. Louis. Billets sind noch in beschränkter Anzahl vor der Urania zu haben.

Charlottenburg. Am Dienstag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Volkshaus, Rosinenstr. 3, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. In derselben wird Genosse Paul Hirsch vom preussischen Parteitag Bericht erstatten. Wir erwarten zahlreiches Erscheinen seitens der Mitglieder. Für Frauen und Gäste ist die Galerie reserviert.

Tempelhof. Hierdurch werden die Mitglieder nebst Familie zu dem am heutigen Sonntag im Lokale des Genossen R. Müller, Becklerstr. 1/42 abzuhaltenden Stiftungsfest eingeladen. Gleichzeitig machen wir die Mitglieder darauf aufmerksam, daß am Dienstag im selben Lokale eine Versammlung stattfindet, in welcher Genosse R. D. Waage seinen zweiten Vortrag über „Entwicklungsgeschichte des Weltalls und der Erde“ halten wird.

Niederschönhausen. Die Genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß vom 15. bis 30. Januar die kommunalwählerischen im Gemeindebüro ausliegen. Jeder, der ein Jahr am Orte wohnt, hat nachzusehen, ob sein Name in der Liste enthalten ist.

Wilmerdorf. Die Gemeinde-Wählerlisten liegen in unserem Ort von 9—2 Uhr im Rathaus, Zimmer 20, aus.

Für diejenigen, die keine Zeit haben, sind folgende Genossen bereit, die Listen einzusehen: Halensee: Koleyh, Friedenauer Ortsteil: Pieplad; für die übrigen Bezirke: Liebe, Wilhelmstraße 8, Sekke, Brandenburgische Str. 100, Stabinsch, Wadensche Str. 18, Römer, Umlandstr. 106, Ritzke, Gasteinerstr. 6, Rau, Barbier, Pfalzburgerstr. 64.

Friedenau. Dienstag findet die Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins bei Grube, Kaiser-Allee 85 statt mit einem Vortrag über die Entwicklung der modernen Gesellschaft.

Rummelsburg. Dienstag findet im Café Bellevue eine Volksversammlung statt. Genosse Krauer wird den Bericht vom preussischen Parteitag geben.

Wahlverein Tege. Am Dienstag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Rob. Schmidt, Schlieperstr. 64, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Genosse Wermuth spricht über „Die Ursachen der Weltkrisen“. — Der wichtigsten Tagesordnung wegen ersucht der Vorstand um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder. Die Versammlung beginnt pünktlich um die festgesetzte Zeit.

Zehlendorf. Dienstag, abends 8 Uhr, findet die Versammlung des Wahlvereins bei Giese, Zeltowerstr. 23, statt. Genosse Ed. Buch spricht über den ostasiatischen Krieg.

Röpenitz. Dienstag, abends 8 Uhr, Versammlung des Wahlvereins im „Kaiserhof“. Referent: Genosse Ströbel. Es stehen außerdem noch wichtige Punkte auf der Tagesordnung.

Erzner. Genosse Hoffmann-Berlin spricht Dienstag in der außerordentlichen Versammlung des Wahlvereins bei Kurzhals, Ede Wilhelm- und Hübnerstraße, über „Verbrechen und Strafen in der heutigen Gesellschaft“.

Krausnick Buchholz. Dienstag findet die regelmäßige Versammlung des sozialdemokratischen Vereins statt, in der der Gemeindevorsteher Genosse Rudig-Panlow einen Vortrag über Aufgaben der Gemeindepolitik halten wird. Da von jetzt ab Handzettel zu den Versammlungen nicht mehr verbreitet werden, so ist es Pflicht der Mitglieder, die aushängenden Plakate und den Hinweis im „Vorwärts“ zu beachten. Gäste willkommen.

Zeltow. Die nächste Versammlung des Wahlvereins findet Dienstag abend 7 Uhr im Lokale des Herrn Dery, Zehlendorferstr. 11, statt.

Lokales.

Kaufmannsgericht. Die zweite Beratung des Ortsstatuts wurde am Sonnabend von dem Ausschuss fortgesetzt. Bei § 16 beantragten unsere Genossen: „einheitliche Stimmzettel drucken zu lassen, und auch bei der Wahl amtliche Wahlurter, wie bei den Reichstagswahlen, zu verabsolgen, um das Wahlsgeheimnis nach jeder Richtung hin zu wahren.“ Trotz eingehendster Begründung unserer Genossen wurde der Antrag mit 6 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Zu § 23 wurde der Antrag gestellt, daß es den Parteien gestattet sein soll, wenn nur 2 Weisiger anwesend sind, die Vertagung der Verhandlungen fordern zu können. Dieser Antrag wurde angenommen. Im Ortsstatut des Gewerbegerichts ist ein derartiger Paragraph nicht vorhanden und es haben sich auch keine Gründe ergeben seit dem Bestehen derselben, um in dieser Weise zu verfahren. § 30 wurde in der veränderten Form der ersten Lesung angenommen und sollen die Weisiger 6 Mark Entschädigung für Zeitverschwendung erhalten. Bei § 34 erneuerten unsere Genossen ihren Antrag erster Lesung auf Gebührenfreiheit; im Falle der Ablehnung die Höhe des Weisigerhonorars als angemessen zu erachten. Beide Anträge wurden durch die Stimmen unserer Genossen abgelehnt, es sind also dieselben Gebühren wie beim Gewerbegericht zu zahlen. Bei § 41 (Tätigkeit des Kaufmannsgerichts als Einigungsamt) wurde von unseren Genossen folgender in erster Lesung abgelehnter Antrag

wieder erneuert: „Sind weibliche Angestellte am Streit beteiligt, so können auch weibliche Vertrauenspersonen zugezogen werden, insbesondere können Frauen als Weisiger gemäß § 67 Abs. 5 des Gewerbegerichts-Gesetzes hinzugezogen werden.“ Dieser Antrag wurde vom Magistratsvertreter bekämpft; es sei im Gesetz nur von Vertrauensmännern die Rede, und seien also Frauen folgedessen schon hierdurch ausgeschlossen. Nach langer Beratung, in der unsere Genossen die Rechte der weiblichen Angestellten energisch vertreten, gelangte der Antrag mit einer kleinen Abänderung mit sechs gegen fünf Stimmen zur Annahme. Der Vierte Abschnitt des Statuts setzt die Rechte des Ausschusses in Bezug auf Abgabe von Gutachten und Stellung von Anträgen fest. In § 53 stellen unsere Genossen den Antrag, daß vor der Abgabe von Gutachten und der Stellung von Anträgen Auskunftspersonen beiderlei Geschlechts zu hören seien. Der Antrag wurde mit 6 gegen 5 Stimmen angenommen. Bei § 54 lag unser Antrag vor, daß 10 Weisiger Anträge stellen können. Dieser beschiedene Antrag wurde gegen die Stimmen unserer drei Genossen abgelehnt. Es können also nur 20 Weisiger dem Ausschuss Anträge unterbreiten. Mit dieser sechsten Sitzung hatte der Ausschuss endlich seine Beratungen beendet. Zum Berichterstatter wurde der Vorsitzende Vamberger gewählt.

Eine Trennung der Armenverwaltung wird in nächster Zeit vollzogen werden und zwar dergestalt, daß die Unterabteilungen Waisenverwaltungen sowie Obdach- und Arbeitshaus selbständige Deputationen bilden. Das Arbeitsfeld sowohl der Armenverwaltung selbst, als das der Waisenhaus-, Obdach- und Arbeitshausverwaltung hat sich in dem 40jährigen Zusammenarbeiten so völlig verändert, daß eine Trennung dringend erforderlich ist. Die Waisenverwaltung hat eine solche Trennung bereits beschlossen und auch die Obdach- und Arbeitshausverwaltung sahle gestern einstimmig einen entsprechenden Beschluß. Interessant war die Mitteilung des Vorsitzenden Fischbeck, daß schon um bedwegen die Trennung unbedingt notwendig sei, weil genau genommen alle Verhältnisse und Anordnungen des Kuratoriums und dessen Vorsitzenden rechtlich ungültig seien, da sie vom Vorsitzenden der Armenverwaltung, Herrn Stadtrat Ränfsterberg, hätten gegengezeichnet werden müssen.

Ein gründlicher Wandel scheint sich in der Geschlechts-Krankeinstellung des städtischen Obdachs zu vollziehen, seitdem der neue leitende Arzt dort seinen Einzug gehalten hat. Wir berichteten vor kurzem über den von Herrn Sanitätsrat Wehselemaun gestellten und vom Kuratorium akzeptierten Antrag auf zahnärztliche Behandlung der Geschlechtskranken im Obdach. In der letzten Kuratoriumssitzung wurde ein Zahnarzt provisorisch angestellt, da die ordentliche Anstellung erst etatsmäßig vom 1. April ab geschehen kann. Aber noch bemerkenswerter ist eine andere Neuerung: Der frühere ärztliche Leiter hat es wiederholt für unmöglich erklärt, daß die freien geschlechtskranken Frauen von den polizeilich überwiesenen getrennt werden könnten; ebenso unmöglich war es, kranke Syphilitische isoliert unterzubringen. Jetzt hat der neue Leiter einen Antrag gestellt, der im weitesten Umfange die berechtigten Wünsche erfüllt. Es werden in Zukunft 45, ja wenn es sein muß, 65 Betten für freie Kranke weiblichen Geschlechts zur Verfügung stehen, ohne daß dieselben mit Prostituierten zusammen zu sein brauchen. Auch die mit Quecksilber behandelten Kranken werden künftig von den anderen möglichst getrennt gehalten. Früher war dies alles überfällig; es wurde behauptet, daß nicht einmal bei der Operation beschmutzte Finger Krankheiten übertragen könnten und der Anspruch „Seife ist die Hauptwaage“ hatte in der Probestraße wenig Geltung.

Wir freuen uns aufrichtig, daß es jetzt ganz anders geworden ist und hoffen, daß den von dem jetzigen leitenden Arzt vorgeschlagenen Verbesserungen im Kuratorium immer so einmütig zugestimmt wird, wie bisher.

Es wurde beschlossen, die gestrichenen Fensterheben in dieser Station durch matte Scheiben zu ersetzen, so daß die Sonnenstrahlen auch in die Krankenäle hineintönnen. Die Säle für freie Frauen sollen sofort entsprechend geändert werden, wegen Aenderung der übrigen Säle, sowie wegen Verbesserung der Ventilation und gründlicher Renovierung, die aus den Extraordinarium zu bewilligen wäre, wird dem Magistrat und dem Stadtverordnetenkollegium eine Vorlage zugehen. Von der städtischen Anstalt in der Probestraße hat sogar ein Magistratsmitglied sagen müssen, daß sie nicht auf der Höhe stehe. Hoffentlich wird sie bald in einen der Stadt würdigen Zustand gebracht. Unsere Parteiengenossen werden auch weiter die Augen offen halten.

Die Heilstätte Lichtenberg der Landes-Versicherungsanstalt Berlin hat die bisher jeden Mittwoch abend Jadenstraße Nr. 64 für entlassene Patienten abgehaltene Sprechstunde auf Donnerstag, abends von 7—8 Uhr, verlegt. Das Untersuchungslokal befindet sich im neuen Gebäude der Landes-Versicherungsanstalt Am Köpenicker Park 8.

Ständige Baracken sollen statt der Kolbaraden endlich im städtischen Obdach errichtet werden. Sonnabend sahle das Kuratorium endgültig einen dementsprechenden Beschluß. Die neuen Schlafäle werden auf dem Gartengrundstück des Obdachs an der Diesterwegstraße erbaut werden und bis zum nächsten Spätherbst fertig sein. Von sozialdemokratischer Seite wurde dazu beantragt, zwei Säle, welche dicht an der Diesterwegstraße liegen, völlig abgetrennt mit besonderem Eingang für schwangere und nAchtlieh obdachlose Frauen und Mädchen einzurichten. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme. Ebenso soll nach Möglichkeit darauf gehalten werden, daß betrunzene Frauen von den übrigen getrennt werden. Die Zahl der nAchtlieh Obdachlosen ist jetzt (Männer und Frauen zusammengezählt) auf 2700 gestiegen.

Die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn macht folgende Verkehrsneuerungen bekannt: Vom 16. d. Mts. ab wird jeder zweite Wagen der Linie 80 unter der Nummer 81 vom Schloßplatz aus durch die Köpenicker-, Alexanderplatz-, Landsberger-Allee nach dem Zentral-Viehhof und jeder zweite Wagen der Linie 9 unter der Nummer 8 von der Breslauerstraße durch die Andreasstraße, Grüner Weg bis zum Ritziner Platz geführt. Diese Neuerung tritt zunächst vorläufigweise auf die Dauer von längstens einem Jahr in Kraft. Die Züge der neuen Linie 81 verkehren in Abständen von 15 Minuten und ergänzen sich mit denselben der Linie 80 zwischen Schloß-

platz und Charlottenburg zu einem 7 1/2-Minutenbetrieb. Die Wagen der Linie 8 folgen ebenfalls in Zwischenräumen von 15 Minuten und ergänzen sich mit den Zügen der Linie 9 zwischen Koabit und Andreasstraße, Ede Breslauerstraße, zu einem 7 1/2-Minutenverkehr.

Die ewig blühende. Gegen eine Einigung aller liberalen Gruppen oder ein Bündnis mit der Sozialdemokratie hat sich in einer gestern in der Hasenheide abgehaltenen liberalen Versammlung neben dem Reichstags- und Landtags-Abgeordneten Kopsch auch das jüngste Mitglied der freisinnigen Reichstags-Fraktion, der neu-gewählte Abgeordnete für den Kreis Perleberg, Lehrer Werten, entschieden erklärt. Von einem Versammlungsteilnehmer, Herrn Löwenstein, wurde bemängelt, daß die freisinnige Volkspartei bei der Landtagswahl im Kreise Charlottenburg den Sozialdemokratien nicht genügend entgegengekommen sei und dadurch die Wahl des konservativen Felsch verschuldet habe. Zugleich wurde ein Zusammengehen mit der gesamten Linken gefordert. Diesen Anschauungen widersprach Reichstags-Abgeordneter Werten entschieden. Ein größeres Entgegenkommen den Sozialdemokraten gegenüber hätte bei der Landtagswahl für die Liberalen Selbstmord bedeutet; durch nichts werde die Reaktion mehr gestärkt, wie durch die Sozialdemokratie in ihrem ganzen Auftreten. Aber auch ein Zusammengehen aller liberalen Gruppen mit Ausschluß der Sozialdemokratie sei unter den jetzigen Verhältnissen nicht angängig, nachdem sich die Nationalsozialen der freisinnigen Vereinigung angeschlossen haben. „Die Nationalsozialen“, erklärte der Redner, „sind politische Wegelagerer, die in Oldenburg es fertig brachten, alle verdienten Liberalen, wie Albert Träger und andere, zu verdrängen und wenige Wochen nachher sich an uns herandrängten, um mit uns zusammenzugehen. Solche Leute haben an politischem Kredit so viel bei uns verloren, daß sie für uns, wie sie heute sind, nicht die Bündnisfähigkeit besitzen, die für eine Einigung aller Liberalen erforderlich wäre.“ In gleichem Sinne sprachen sich fast alle Disfussionsteilnehmer aus. — Romische Leute, die Gerechtigkeit der Sozialdemokratie gegenüber für Selbstmord halten und sich durch ihre politische Verantwörtlichkeit von Wahl zu Wahl mehr auf den Hund bringen!

Das Polizeipräsidium gibt bekannt: Das Publikum wird wiederholt darauf hingewiesen, daß die Benutzung von öffentlichen Fuhrwerken (Lohnwagen, Droschken, Omnibus, Straßenbahnen, Eisenbahnen) und von öffentlichen Wasserfahrzeugen zum Transport von Cholera, Pocken, Darm-, Typhus-, Ruhr-, Diphtherie, Pest, Lepra, Scharlach und Masernkranken sowie von Choleraverdächtigen in Gemäßheit der Polizeiverordnung vom 20. August 1893 verboten ist. Zuwiderhandlungen werden, sofern nicht die im § 327 des Reichs-Straf-Gesetzbuches vorgesehene höhere Strafe verwirkt ist, mit Geldstrafe bis zu 30 M. event. 10 Tagen Haft bestraft.

Kraftfahrarten auf unbeschränkte Zeit. Die zuständigen Minister haben sich damit einverstanden erklärt, daß die zurzeit in den einzelnen Provinzen gültigen Polizeiverordnungen über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen, soweit erforderlich, dahin abgeändert werden, daß für Kraftfahrarten, mit Ausschluß der Motorräder, die Erteilung von Kraftfahrarten auf unbeschränkte Zeit erfolgen darf, mit der Maßgabe, daß die Pflicht der Erneuerung der Karten für den Fall bestehen bleibt, daß die aus-gestellten Karten unbrauchbar geworden sind.

Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf dem Eise der Oberspreewald hat die kgl. Wasserbauinspektion Köpenick besondere Anordnungen für die Schifffahrt getroffen. Diese belagen folgendes: Auf der Spreewald-Ober-Spreewald von der Berliner Weichbildgrenze bis zur Kreis-fähre in Grünau ist als Fahrlinie die Mitte des Stromlaufes unter möglicher Verminderung des Krauentogs in Köpenick inne zu halten und von der Grünauer Kreisfähre bis zur Schmüdewitzer Brücke gilt als Fahrlinie die Strecke am rechten Ufer, dem Fluße der Müggelberge entlang. Die Inseln unterhalb der Schmüdewitzer Brücke sind bei der Fahrt stromaufwärts rechts, bei der Fahrt stromab links liegen zu lassen. Auf der Dahme-Wasserstraße von der Schmüdewitzer Brücke bis Raufangswerder muß längs dem unbewohnten rechten Ufer, von Raufangswerder bis Niederlehme in der Mitte des Flusses gefahren werden. Auf der Müggelspreewald von Köpenick bis Friedrichshagen unterhalb der Fähre gilt die Mitte des Flußlaufes als Fahr-strasse. Auf allen anderen hier nicht aufgeführten Gewässern ist das Ausfahren des Eises durch die Schifffahrt verboten.

Die Schwindelkiste eines jungen Ehepaars, das in Schöneberg auf großem Fuße lebte, lenkten die Aufmerksamkeit des Staats-anwalts auf sich. Aber das Pärchen verstand es, der Polizei zu entweichen. Im Hause Hohenstaufenstr. 32 zu Schöneberg bewohnte seit einem Jahre der 25 Jahre alte Kaufmann Paul Krause mit seiner Frau Elise, die früher Chansonette war, eine elegant ein-gerichtete Wohnung. Krause hielt sich ein elegantes Gespann, Kutscher und ab und zu auch einen Diener. Da sein Vermögen bald zur Reize ging, beauftragte er seinen Kutscher Franz Bunde, Geld auf Wechsel zu beschaffen, was dieser auch sehr ausgiebig besorgte. Es wurden dadurch zahlreiche Personen geschädigt. Man schätzte die Summe auf mindestens 50 000 M. Im vergangenen Sommer, wo er und die Frau mit dem Kutscher im Bade geweilt und viele Schulden hinterlassen hatten, waren ihm die Möbel bereits ab-gepfändert worden. Er hatte dann in Hotels gewohnt, später richtete er sich aber wieder neu ein und wurde abermals ausgepfändert. Kurz vor Neujahr fuhr er mit Diener und Kammerjungfer vor dem Hotel Wismar in Charlottenburg vor und bewohnte dort acht Tage lang mehrere Zimmer. Inzwischen hatten aber viele Geschädigte bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet, worauf diese einen Haft-befehl sowohl gegen Krause wie seinen Kutscher erlassen hat. Als der Haftbefehl bei der Schöneberger Polizei eintraf, war Krause mit seinem ganzen Hausstand verschwunden. Inzwischen erfuhr man, daß Krause im Hotel Wismar wohne, worauf die Charlottenburger Polizei das Hotel beobachtete. Da sie aber noch nicht im Besitz des Haftbefehls war, konnte sie nicht einschreiten, und als dieser endlich eintraf, war Krause nebst Frau und Kutscher verduftet und hatte nur seine Kammerjungfer und seine Sachen zurückgelassen.

Die Zahl der weiblichen Sachverständigen bei den Berliner Ge-richten ist auf ein Duzend gestiegen. Drei Damen sind als Tagato-rinnen beim Amtsgericht II beieidet, zwei als Väterrevisorinnen an-gestellt. Unter den gerichtlichen Dolmetschern sind drei, für Italienisch,

Hämisch und für Taubstumme, weiblichen Geschlechts. Von den Gewerben haben die Dampfweberei, die Webwaren-Fabrikation und die Fugbranche Frauen als Sachverständige. Von allen auf diesem Gebiete in Berlin tätigen Damen ist wohl die bekannteste Frau Pastor Dilloo, die Sachverständige für Handschriftenvergleichung.

Am einem Tage gestorben sind zwei in Musikerkreisen bekannte Männer, der 42 Jahre alte Musikalienhändler Bruno Scheithauer aus der Rosenthalerstr. 68/64 und der 59jährige Musikdirektor Otto Kramer, der in seinem eigenen Hause Richardstraße 51 zu Nizdorf wohnte. Scheithauer, der einem Gehirnschlag erlag, war Mitglied des Präsidiums des Allgemeinen Deutschen Musiker-Verbandes und des Vorstandes des Vereins Berliner Musikalienhändler. Kramer war „Stadtspieler“ von Nizdorf. Er spielte mit seiner Kapelle seit 22 Jahren bei den meisten Nizdorfer Festlichkeiten und unterrichtete eine Musikschule, die durchweg gegen 50 Schüler zählte. Kramer starb an den Folgen der Influenza.

Ein neuer Vandalismus ist in der vergangenen Nacht verübt worden. Auchlose Hände beschädigten in derselben Weise wie früher die Leffingbrücke und das Amts- und Landgericht I in der Neuen Friedrichstraße jeht die Mollte- und Alsenbrücke. Der Uebelthäter schlug an der Molltebrücke durch drei kräftige Stöße mit einem Hammer von dem Mittelfuß der Verzierung auf der Westseite zwei über handgroße Stellen heraus; auf der Ostseite, ebenfalls am Mittelfuß, an vier Stellen größere oder kleinere Stücke. An der Alsenbrücke schlug er auf beiden Seiten an mehreren Stellen auf den Granit. Dieser leistete mehr Widerstand als der rote Sandstein der Molltebrücke. Er zeigt nur mehr oder weniger tiefe Eindrücke ohne größere Abbröckelungen. Die Beschädigungen sind wohl in allen Fällen auf dasselbe Werkzeug zurückzuführen. Es gewinnt den Anschein, daß der Uebelthäter ein geisteskranker Mensch ist, der von Zeit zu Zeit seinem Zerstörungsdrange nachgibt.

Von dem Vätermeister J. in der Reichenbergerstraße hatten wir vor etlichen Tagen melden müssen, er habe seinen Lehrling Max K., der nicht länger bei ihm bleiben wollte, nicht nur die Herausgabe einer dem Jungen gebührenden, aus Geschenken herrührenden kleinen Geldsumme zunächst verweigert, sondern obenein auch den Einsegnungsanzug wieder abgenommen, den er selber dem K. im Herbst hatte machen lassen. Herr J. teilt uns jetzt mit, es sei keineswegs seine Absicht gewesen, jenes Geld dem Lehrling vorzuenthalten. Er habe nur Bedenken getragen, dem Vater bezw. dem Jungen das auf K.s Namen ausgestellte Sparlassenbuch (das Herr J. uns vorgelegt hat) sofort auszuhändigen, weil er habe fürchten müssen, daß das Geld vergeudet werden würde. Herr J. hat uns gesagt, er werde nun den Vater schriftlich benachrichtigen, daß das Sparlassenbuch selbstverständlich zur Verfügung stehe. Der ganze Streit dürfte zu beiderseitiger Zufriedenheit erledigt werden, da J. bereitwilligst auch unseren Vorschlag akzeptiert hat, auf den Anzug zu verzichten und ihn gleichfalls zurückzugeben. Meister J. hat erkannt, daß er mindestens in diesem Punkte zu weit gegangen war. Er behauert, daß in seiner Wohnung der Lehrling genötigt worden ist, den Anzug abzulegen und dazulassen, aber er meint, Max K. habe nicht gerade nötig gehabt, dann die allerhöchsten Sachen anzuziehen und so zu seinem Vater zurückzuführen. Herr J. fügt die Versicherung hinzu, er selber habe wiederholt Anlaß gehabt, mit Max unzufrieden zu sein. Er habe den Jungen zwar geprügelt, ihn aber nicht anders behandelt, als es in der Lehre üblich sei. Das letztere ist auch von J.s Gehilfen, die wir befragt haben, bestätigt worden. Womit aber natürlich nicht die Forderung widerlegt ist, daß die Handwerksmeister, unter Verzicht auf die leider immer noch „übliche“ Lehrmethode, ihre Lehrlinge ohne Prügel ausbilden sollten.

Der Landtags-Abgeordnete Rittergutbesitzer Schön aus Breslau hat vorgestern Abend einen Unfall auf dem Straßenbahnwagen erlitten. Als er um 10^{1/2} Uhr abends den Hinterrücken eines Wagens am Brandenburger Tor während der Fahrt verließ, fiel er zu Boden und erlitt eine Wunde am Hinterkopf. Der Verunglückte wurde von einem Schuttmann nach der Unfallstation in der Mauerstraße gebracht und konnte dann nach Anlegung eines Verbandes seine Wohnung im Westminster-Hotel aufsuchen.

Bedeutliche Schiebungen. Eine Frau W., die bei einem Eigentümer in der Joachimsthalerstraße im Hinterhause wohnt, ließ sich von ihrem Wirt überreden, im Vorderhause einen Laden für 2000 M. zu mieten. Der Wirt gab ihr die Versicherung, daß er als Mitglied eines Klubs und einer Freimaurerloge in der Lage sei, für deren Rechnung für 500 M. monatlich bei ihr einzukaufen. Die Mieterin erfuhr jedoch eine arge Enttäuschung. Es stellte sich heraus, daß der Hauswirt für Klub und Loge auch nicht für einen Pfennig kaufen konnte, und ihre Tageslohn beschränkte sich auf 1 M. 25 Pf. bis 5 M. Die Mieterin hat jetzt den Wirt bei der Staatsanwaltschaft am Landgericht II mit der weiteren Beschuldigung angezeigt, daß er versucht habe, ihre Unterschrift für einen zweiten Mietsvertrag zu gewinnen, nach dem sie nicht 2000, sondern 3000 M. Miete zähle. Dieser Vertrag habe nur dazu dienen sollen, beim Verkauf des Hauses einen höheren als den wirklichen Mietsvertrag vorzuzugeln. Aus demselben Grunde erhöhte der Wirt den Vertrag eines anderen Mieters von 3200 auf 4000 M. Beiden Mietern verpflichtete er sich schriftlich, ihnen nach dem Verkauf des Hauses den Ueberschuß der vorgelegten aber die wirkliche Miete herauszuzahlen. Derartige Praktiken sind ja im Häusergeschäft etwas Alltägliches, aber sie kommen höchst selten zur Kenntnis und Beurteilung des Gerichts.

Ein tolnwütiges Kind. Bei dem neunjährigen Knaben Emil C o s i o u o s k i aus Posen, der vor einigen Tagen als tollwütig verdächtig in die Charité eingeliefert wurde, ist wirkliche Tollwut festgestellt worden. Der Knabe war in seiner Heimat von einem tollen Hund gebissen worden, doch hatte man verabsäumt, rechtzeitig die hierige Tollwutstation mit dem Kinde anzuführen. Gestern stellten sich Wutkämpfe bei ihm ein und es ist fraglich, ob es der ärztlichen Kunst noch gelingen wird, ihn am Leben zu erhalten.

Sehte Posen. In der podenverderblichen Erkrankung des Glasbläfers Artur Andro wird jetzt mitgeteilt, daß die Untersuchungen in der zweiten medizinischen Klinik unabweislich schwarze Pocken festgestellt haben. Der Schuttmann und die beiden Wagenbegleiter, die den Kranken nach den Paraden brachten, wurden aus der Quarantäne wieder entlassen, werden aber von den Ärzten noch weiter beobachtet.

Die Pariser „Mimi Binjon“-Stiftung in Berlin. Durch die Bemühungen des Vereins zur Förderung der Kunst ist es gelungen, auch in Berlin eine Stiftung ins Leben zu rufen ähnlich der bekannten „Mimi Binjon“ zu Paris, die bezweckt, Arbeiterinnen, insbesondere Heimarbeiterinnen, den kostbaren Besuch guter Theater-Vorstellungen zu ermöglichen. Die nötigen Mittel fließen zum Teil aus privaten Zuwendungen, zum Teil stellen die Berliner Theater der Kommission Freibillets zur Verfügung. Heimarbeiterinnen als Bewerber mögen sich unter Angabe ihrer Adresse an das Bureau des „Vereins zur Förderung der Kunst“, NW, Albrechtstraße 11, wenden. Der Verein hat die Kommission für die beste Verdeutschung resp. für Ersatz des Wortes „Mimi Binjon“ drei Preise von 50, 30 und 20 M. ausgesetzt. Das Preisurteil gilt nur für Heimarbeiterinnen. Der Endtermin für die Einwendungen, die an obige Adresse zu richten sind, läuft mit dem 1. Februar d. J. ab.

Arbeiter-Bildungsstätte Berlin. Heute abend 7 Uhr Stiftungsfest in Stellers-Festhallen, Appenstraße 29. Das vorliegende Programm wird allen Kunstfreunden einen genutzreichen Abend bieten. Beginn 7 Uhr, daher pünktliches Erscheinen geboten. — In dieser Woche beginnen die Unterrichtskurse im Gewerkschaftshaus, Engel-Hfer 15. Nationalökonomie: Montag, den 16. Januar (Saal 1); Geschichte: Dienstag, den 21. Januar; Natur-Ekenntnis: Mittwoch, den 18. Januar; Gesetze-Stunde: Donnerstag, den 19. Januar; Rede-Uebung: Freitag, den 27. Januar; Fortschrittskursus: Sonntag, den 22. Januar.

Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß Geschicht und Rede-Uebung 8 Tage später beginnen, am 24. resp. 27. Januar. (Näheres siehe Lehrplan.)

Der Berliner Zoologische Garten hat dieser Tage einen Elch erworben, der ein den Wäldern gegenüber liegendes Gehege des neuesten Dierchhauses bewohnt. Das mächtige, absonderliche Tier, das mit seinen langen, hellen Beinen, dem kurzen Hals und der verlängerten Oberlippe einen geradezu vorwärtlichen Eindruck macht, ist ein etwa einunddreißigjähriges männliches Stück, das einen seiner 12 Zentimeter langen Spieße vor wenigen Tagen abgeworfen hat. Der vorzüglich entwickelte Hirsch stammt aus Rußland; in Deutschland lebt der Elch bekanntlich jetzt nur noch in Ostpreußen, während er in unserem übrigen Vaterlande ausgerottet ist.

Auf der Treptow-Sternwarte spricht Direktor Archenhold am Sonntag, den 15. d. M., nachmittags 5 Uhr über „Die Vielheit der Welten“, um 7 Uhr abends über „Der Mond im Treptower Riesensferntroh“. Dieser Satellit wird, abgesehen vom Tage des Vollmonds, schon vor Eintritt der Dunkelheit an mit dem Riesensferntroh den Besuchern gezeigt. Die neu eingetretenen Änderungen auf demselben machen gerade jetzt die Beobachtung besonders interessant. Das Thema für den Montagvortrag abends 9 Uhr lautet am 16. d. M. „Die Sonne“.

Das Berliner Aquarium vermochte in seinen jüngsten Erweiterungen besonders den Reptilienbeständen neue und seltene Arten zuzuführen. In erster Linie ist hierbei eine wertvolle Ergänzung der Gruppe jener ungeschlachten Panzerkriechtiere zu nennen, die man gemeinhin als Arosobilen bezeichnet, die aber mehrere Geschlechter oder Sippen umfassen. Der neue Ankauf gehört der Gattung der echten Arosobilen an, die sich in einem Duzend Spezies über Afrika, Südostasien, Nord-Australien und das tropische Amerika verbreiten, und einer Art, die dem Aquarium bisher fehlte. Das sogenannte Panzerkolobid (catafractus), denn um dieses handelt es sich, ist im Neuen noch dadurch interessant, daß es eine lange, schlanke, an die der indischen Schnabelkolobide erinnernde Schnauze besitzt und somit ein Verbindungsglied zwischen dieser Gruppe und den mehr breit schnauzigen eigentlichen Arosobilen darstellt. In Westafrika heimisch, bewohnt diese bis sechs Meter lang werdende Panzer-Schnecke die Ströme und Flüsse und stehenden Gewässer der Niederung, nähert sich von Fischen und anderen Wassertieren und scheint Menschen nur ausnahmsweise anzugehen, während es seines weichen, zarten, wohlriechenden Fleisches wegen von den Eingeborenen sehr oft gefangen wird. Nachdem die eine wirkliche Lebenswürdigkeit bildende Sammlung der Riesenschlangen letzten um mehrere aussergewöhnliche Exemplare hinterindischer Pythonen bereichert wurde, ist sie jetzt durch zwei schöne Stücke eines dem mittleren Brasilien entstammenden Schlingers erweitert worden.

Aus den Nachbarorten.

Die Anlegung der Gemeinde-Wählerlisten

In den Landgemeinden erfolgt vom 15. bis 30. Januar in einem öffentlich zur Kenntnis gebrachten Raume, gewöhnlich im Rathause. Jeder Stimmberichtigte hat während dieser Zeit die Pflicht, die Listen zu prüfen und gegen die Richtigkeit der Eintragungen sofort Einspruch zu erheben. Wer die Frist verläßt, hat sein Wahlrecht verwirkt, wenn er verfahren ist nicht in der Liste stehen sollte. Veräume auch in den Orten, wo in diesem Jahre keine allgemeinen Wahlen stattfinden, niemand, die Gemeinde-Wählerliste nachzusehen!

Johannisthal.

Bei der gestrigen Ershawahl in der dritten Abteilung zur Gemeinde-Vertretung in Johannisthal wurde mit 144 Stimmen der Parteigenosse Hedderot gewählt. Die Gegner hatten von der Aufstellung eines Kandidaten Abstand genommen.

Mit dem Antrage des Kanalisationszweck-Verbandes der Gemeinden Adlershof, Grünau, Alt-Glienide, Rudow, Johannisthal und Niederschöneweide wegen der Verlegung des Hauptdruckrohrs in der Straßen des Ortes beschäftigte sich die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung. Der vorliegende Vertrag gelangte nach einigen Änderungen zur Annahme. Abgelehnt gegen die Stimme des Antragstellers wurde der Vorschlag des Gemeindevorstehers, den Landrat des Kreises Zeltow, v. Stubenrauch, bei Streitigkeiten als letzte entscheidende Instanz gelten zu lassen; es soll der Rechtsweg offen bleiben. Ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Landrat begründete die Vertretung mit dem Verhalten des Landrats in letzter Zeit der Gemeinde gegenüber. — Zu Neuanschaffungen und Verbesserungen der Anstaltung der freiwilligen Feuerwehr wurden 400 M. bewilligt, ferner wurden 500 M. bewilligt zur Gründung eines Fonds zur Anschaffung einer neuen mechanischen Leiter. — Zu der Anregung des kommissarischen Gemeinde-Vorstehers von Ober-Schöneweide betreffend die Einrichtung eines Nacht-Fernsprechdienstes verhielt sich die Vertretung sympathisch; wegen der hohen Kosten jedoch beschloß die Vertretung eine abwartende Stellung einzunehmen. Ein Antrag v. Trüpfelder, die Sitzungen jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat abzuhalten und der Antrag Radumle (Soz.), den Beginn derselben eine Stunde später, auf 6 Uhr festzusetzen, wurden zur nächsten Sitzung verlag.

Potsdam.

Der Bau einer zweiten Brücke über die Havel, vom Blücherplatz bis zum Bahnhof, beschäftigte am Freitag in fortgesetzter Beratung abermals die Potsdamer Stadtverordneten-Versammlung. Die meisten Redner wandten sich wiederum gegen die Vorlage, welche verlangte, daß zur Ausarbeitung eines Brückenprojektes, das mit 120 000 M. veranschlagt ist, wozu die Stadt 60 000 M. beisteuern soll, die Hälfte der Kosten, nämlich 50 000 M., bewilligt werden sollten. Stadtverordneter Hennig hatte die Bewilligung dieser Summe mit dem Zusatz beantragt, daß dadurch noch keine prinzipielle Genehmigung für den Neubau der Brücke ausgesprochen werden soll. Vergebens bemüht sich die Mitglieder des Magistrats, diesen Antrag zur Annahme zu bringen, worin ihnen verschiedene Stadtverordnete Widerstand leisteten. In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag mit 27 gegen 22 Stimmen abgelehnt. Auch ein Antrag des Stadtverordneten Justizrat Dr. Friedländer, 1000 M. für ein Projekt zur Verbreiterung der jetzigen Langenbrücke, zwecks Ueberleitung der zukünftigen elektrischen Straßenbahn über dieselbe, zu bewilligen, fand nicht die Mehrheit. Dagegen wurde beschlossen, daß eine aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung bestehende Deputation in persönlicher Audienz beim Kaiser wegen der Genehmigung des elektrischen Betriebes über die Langenbrücke vorzustellen werden soll.

Ein unternehmender Buchhalter. Ein dreister Schwindel wurde am Donnerstag gegen die Reichsbank-Rebenstelle in Potsdam verübt. Dort wurde telefonisch gegen Abend angelingelt, angeblich von der Senfischen Brauerei-Konzerngesellschaft, welche mitteilte, daß binnen kurzer Frist der Buchhalter Lauterbach erscheinen würde, um gegen einen Wechsel der Brauerei 7000 M. zu erheben. Bald darauf erschien auch Lauterbach, ein 20jähriger Mann, der für 90 M. Monatsgehalt im Comptoir der Brauerei arbeitete, in der Reichsbankhalle, legte einen Wechsel vor und wollte den Betrag abbekommen. Als aber der anwesende Vorsteher der Nebenstelle ans Telefon ging, um sich noch einmal über die Richtigkeit des Auftrages zu informieren, ergriff Lauterbach die Flucht. Es stellte sich nun heraus, daß das Akzept von ihm gefälscht war und weitere Nachforschungen ergaben, daß Lauterbach in der Brauerei auch verschiedene Unterschlagungen begangen hatte. Er unterhielt mit einem jungen Mädchen in Potsdam ein Verhältnis und hatte dieses abends 7^{1/2} Uhr zur Eisenbahn bestellt, wahrcheinlich, um es zu überreden, sobald er sich in dem Besitz des Geldes befand, mit ihm zu flüchten. Dies verabredete Stelldiene hatte man aber in Erfahrung gebracht und erwartete Lauterbach auf dem Bahnhof, wo er mit mehreren Paketen erschien. Als er sah, daß man ihn erwartete, ergriff er,

die Pakete fortwerfend, die Flucht, wurde aber an der Langenbrücke eingeholt und verhaftet.

Der wegen Mordes verfolgte Hieselweber Josef Bernhardt aus Potsdam hat sich der Kriminalpolizei in Köln Freitag nachmittag freiwillig gestellt. Bernhardt tötete, wie wir berichteten, am Weihnachtsabend seine ehemalige Geliebte, die Kaufmannsrau Böttcher in der Rühlheimer Heide durch einen Revolveranschlag; seinen früheren Verlobungsring steckte an er die Hand der Toten und deckte die Leiche mit Tannenäzweigen zu. Dann flüchtete er ins Ausland; jetzt ist er zurückgekehrt.

Weissenfee.

Bei der gestrigen Ershawahl zur Gemeinde-Vertretung in Weissenfee wurde der Genosse Wilhelm Schmutz gewählt. Da die Gegner eingesehen haben, daß die dritte Wählerabteilung für sie auf immer verloren ist, so nahmen sie davon Abstand, einen eigenen Kandidaten aufzustellen.

Groß-Bichterfelde und Lankwitz sollen nun endlich, und zwar in nächster Zeit schon, in den Postbezirk Berlin einverleibt werden. Damit geht ein berechtigter Wunsch der Bewohner dieser Vororte in Erfüllung.

Brandenburg a. d. S. ist in der letzten Zeit von großen Bränden mehrfach betroffen worden. Auf den Brand der „Brandenburgia“ (Nähmaschinenfabrik) ist in der Nacht zum Freitag ein noch größerer in der Bauhoffstraße 8 gefolgt. Von diesem Brande sind die Matrasenfabrik von A. Köhler, die Eisengießerei von E. Jacobi u. Ko., die Leimofenfabrik von August Martin u. Ko., die Metallschraubenfabrik von Friedrich Bernau, die Färberei und das Materiallager der Brandenburger Kolosbedenweberei von Geng u. Ko., sowie die Stallgebäude der Gentrüschschen Erben hart betroffen worden. Die meisten Betriebe wurden eingedampft. Herr Köhler konnte nur wenige Habseligkeiten retten. Die Maschinen, Vorräte, Werkzeuge usw. sind vernichtet.

Gerichts-Zeitung.

Wie lange dauern die Polizeilamagen noch? Polizeilich verjagt, sistiert und bestrafmandatet waren die Tischler H. und P., die vor der Fabrik von Zelder u. Plathen anlässlich der Holzarbeiter-Aussperrung Streikposten gestanden hatten. Als sich in dieser Woche das Schöffengericht mit der Sache befahte, stand der als Zeuge vernommene Schuttmann da, wie schon viele seiner Kollegen in der Unzahl ähnlicher Prozesse dagestanden haben. Er hatte die Arbeiter eben sistiert und zur Anzeige gebracht, weil sie Streikposten waren. Das Urteil lautete, dem Antrage des Verteidigers Dr. Heine-mann entsprechend, auf

Freisprechung.

Was die Polizei alles als eine Befristung Arbeitswilliger ansieht, zeigte sich recht drastisch bei der Schöffengerichts-Verhandlung gegen den Gürtler H. Dieser hatte einen Arbeitswilligen mit den Worten angeredet: „Kollege, hier wird nicht gearbeitet, sondern gestreikt.“ Ein Schuttmann hört es, sistiert den „Verbrecher“ und „besorgt“ ihm das Strafmandat von 30 Mark. Obwohl der Arbeitswillige selbst bekundete, daß er sich durch die Anrede des Streikpostens in keiner Hinsicht belästigt gefühlt habe, beantragte der Staatsanwalt dennoch 15 Mark Geldstrafe. Das Gericht er-

Freisprechung.

Gänzlich ähnlich so war es dem Schlosser B. ergangen. Auch er hatte einen Arbeitswilligen kollegialisch auf den Streik aufmerksam gemacht und war infolgedessen verhaftet worden. Der Schuttmann hatte natürlich instruktionsgemäß „angenommen“, daß die Anrede eines Arbeitswilligen „un-erlaubt“ sei und hatte „darauf das Weitere veranlaßt“. Auch hier kam das Gericht nach kurzer Beratung zur

Freisprechung.

Freisprechung.

Verfammlungen.

Die Generalversammlung des Deutschen Kürschnerverbandes tagte am 9. Januar im Klubhause, Landbergerstraße 39. Zum Bericht des Vorstandes teilte der Bevollmächtigte Dittmann folgendes mit: Im verflohenen Jahre nahm die Ortsverwaltung an 112 Sitzungen teil. Ferner wurde ein Angriffstreik der Juristen geführt, welcher nach achtstündigen Ausständen zugunsten der Arbeiter verlief. Außerdem fanden vier Abwehrkriege statt, wozu zwei zumgunsten der Arbeiter verliefen. Dann gab der Kassierer K. a u j e den Kassendbericht. Es waren zu verzeichnen im vierten Quartal 1904 eine Einnahme von 1303,35 M. und eine Ausgabe von 1259,07 M., bleibt ein Stoffbestand von 73,28 M. Bei der Wahl der Ortsverwaltung wurden E. Dittmann, Böhrowitz, 23, als erster Bevollmächtigter und F. Strauß, Mattenstr. 12, als erster Kassierer einstimmig wiedergewählt. Unter Vorsitzendem teilte Dittmann mit, daß die Sperre bei Herwig Söhne aufgehoben werden soll, da das der Lokalverband schon getan habe. Die Anwesenden tadelten scharf das Verhalten des Lokalverbandes, der vorging, ohne vorher eine gemeinschaftliche Sitzung beider Vorstände gehört zu haben. Die Sperre wurde aufgehoben. Ferner wurde ein Mitglied wegen Unredlichkeit einstimmig ausgeschlossen.

Die Vereinigung der Maler usw. hielt am 12. Januar eine Versammlung ab zur Wahl der neun Delegierten zur Generalversammlung in Hamburg. Gewählt wurden Rich. Jakobowitz, Höp. Gniard und Lint. Stichwahl findet statt zwischen Rich. Plum, Ringel, Sibbe, Wagner, Hansen, Dertel und Weise.

Vermischtes.

Typhus beim Militär. Seit Anfang Januar d. J. kamen beim 1. Bataillon des 18. Infanterie-Regiments in Landau einzelne Mannschaften mit Krankheitserscheinungen in Zugang, die den Verdacht erweckten, es löme sich um Unterleibstypus handeln. Als bald vorgenommene bakteriologische Untersuchungen bestätigten den Verdacht. Seit dem 11. d. M. häuften sich diese Erkrankungen. Bis zum Nachmittage des 13. Januar sind 27 Typhusfälle zu verzeichnen, während außerdem 29 Mann als typhusverdächtig der Beobachtung unterstehen. Zur Verhütung der Weiterverbreitung der Krankheit, für die Behandlung der erkrankten und den Schutz der gesunden Mannschaften usw. ist in der weitestgehenden Weise Vororge getroffen. Die zwei Halb-Bataillons-Kasernen, aus denen die Erkrankten bisher ausschließl. zugingen, wurden in den Jahren 1892/94 neu erbaut und sind wie die übrigen Kasernen in Landau an die städtische Wasserleitung und Kanalisation angeschlossen, so daß ein Zusammenhang der Erkrankungen mit den Unterleibstypusverdächtigten wohl nicht in Betracht kommen wird. Die Erforschung der Ursache unterliegt der eingehenden Prüfung durch die hierzu Berufenen Organe.

Eingegangene Druckschriften.

Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Verhältnisse der Stadt Charlottenburg für das Verwaltungs-jahr 1903. Charlottenburg 1904, Kommissions-Verlag von Carl Ulrich u. Co.

Kaufhaus Max Mannheim

Frankfurter Allee 89. Berlin O. Frankfurter Allee 89.

Schluss

des

Räumungs-Verkaufs

am Sonnabend, den 21. Januar.

10% Rabatt

oder

Doppelte Rabattmarken.

Achtung die billigen Tage

nur vom 15.-30. Januar

Herren-Anzugstoffe (Aachener Qualitäten) früher 6.50 Mk., jetzt nur noch 3.— Mk. per Meter	Damen-Regenrockstoffe m. angow. Futt. früher 5.50 Mk., jetzt nur noch 2.50 Mk. per Meter
Velour-Rosenstoffe , extra schwer 6.— 3.50	Tuchkammgarn für schwarze Gesellsch.-Anzüge „ 6.50 „ „ „ 4.50 „ „ „
Winter-Paletotstoffe , bestes Fabrikat. 9.50 5.50	Damentuche , hochelegante Ware 3.50 „ „ „ 2.50 „ „ „
Knaben-Anzugstoffe , gewirnt 2.50 1.50	Cheviots für Herren-Anzüge 5.50 „ „ „ 3.— „ „ „

Tuchfabrik-Niederlage Koch & Seeland,
Verkaufsräume nur Berlin C., Ross-Strasse 2.

Ich habe mich hier als Arzt niedergelassen.
1385b
Dr. med. Sussnitzki.
Sprecht. 8-10, 4-6. Fernspr. Amt
Rummelsburg Nr. 163. Boxhagener
Chaussee 7, Ecke Wörnerstraße.

Hygien-Bedarfsartikel.
Illustr. Preisl. frei
Gustav Engel,
Berlin 172,
Potsdamerstraße 131.

Drechserei und Luxusmöbelfabrik
Frankfurt a. M. bietet günstige Ge-
legenheit für den billigen Preis von
19000 R. umgebend zu verkaufen,
ev. bei keiner Abzahlung. Reichlicher
Vorrat, fast neue erhaltene Maschinen,
große zahlungsfähige Kundschaft hier
und außerhalb. **Frau Witwe. Leh-**
mann, Landsberg a. 29.

Roh-Tabak
E. Nauen, a. d. Schmiedestraße.

Heinrich Franck
Berlin N., Blumenstr. 185.
Besichtigen Sie bitte sofort:
Decke, für rein-
Vollblatt, 1^{1/2} Länge, farbig,
dunkel bis schwarz.
Tadellos weißer Brand!
! Seltene Angebot! ■

Blank's Schnitt-
muster
einzig und allein zuverlässig, machen
Selbstanfertigung aller Kleider spie-
lig leicht. Tausende Frauen loben
sie! — Viele 100 neue Modelle zeigt
Blank's Modemuster, für M. 1.20 (Brief-
marken) Franko-Zusendung durch
B. BLANK, Adth. 2, Berlin SW.,
Kommandantenstr. 84.

Roh-Tabak
Max Jacoby, Streifherstr. 52

Sumatra, von 1.30 an, mit
2 Pfd. bedend,
sowie alle Tabake billigst. (14232)

Roh-Tabak.
Decke Nr. 5230
schwarz, hell, reinfarbig, Vollblatt,
unter 1^{1/2} Pfd. bedend,
à 2 M. verzollt.
W. Hermann Müller,
Berlin O., Magazinstraße 14.

Herren-Moden
Wilhelm Seide,
am
20. Dresdenerstr. 20, Oranienplatz.

Empfehle mein großes Lager
Paletots u. Jackett-Anzüge
M. 9.—, 12.—, 15.—, 20.—, 25.—, 30.—
Rock- u. Gehrock-Anzüge
von 18 M. an, in Tuch u. Sammgarn
von 30 M. an. — Maßanfertigung zu
soliden Preisen. Großes Stofflager.
Frack- u. Gesellschafts-Anzüge
werden verliehen. 1639L

29
Gardinenhaus
Bernhard
Schwarz
Ballstr. 29
Kur-Eng.

J. Baer
Badstr. 26, Ecke

Prinz-Alten
Herren- und Knaben-
Moden, Berufskleidung.
Elegante Paletots
und Havelocks.
Großes Lager in- und
ausländischer Stoffe
zur Anfertigung nach Maß.
Allerbilligste, streng feste Preise.

Verlag Max Richter, Berlin W. 30,
Spiegelstr. 37.
Soeben erschien: 3tes Tausend
Die Harnleiden
ihre Gefahren, Verhütung und
Beseitigung von
Dr. med. Schaper.
Preis 1 Mark.

Eine in vollem Betriebe befindliche
Oleusetzerei mit Werkstuhnbetrieb
ist wegen vorgerückten Alters sofort
sehr preiswert zu verkaufen.
G. Schröder, Töpfermeister
Treptow a./Zoll. 1397b

Dudenauer Straße 36-38
freundliche Wohnungen
von 15 R. ab. Näheres beim 23/27,
Dudenauer Straße 37. 1312b

Inventur-Ausverkauf vom 16. d. Mts. u. folgende Tage!

zu enorm billigen Preisen.

Ein großer Posten Kleiderstoffe jetzt Meter **45 Pf., 60 Pf., 75 Pf. bis 1,00 M.**
Ein großer Posten Kostümstoffe, 110 cm breit, jetzt Meter **90 Pf., 1,10, 1,35 - 1,50 M.**

Ein Posten Kostümröcke in eleganter Ausführung, jetzt **3,25, 5,00, 7,50 M.**

Ein Posten Blusen in allen Größen, jetzt **1,65, 1,05, 2,25 M.**

Ein großer Posten Schürzen, extra weite, Stück **95 Pf.**

Beachtenswert für die Einsegnung:

Schwarze und weiße Kleiderstoffe Meter **65 Pf., 90 Pf., 1,20 - 1,35 M.**

Schwarze Damassé
reine Seide Meter **1,35 M.**

Seidene Blusenstreifen
Meter **1,10 M.**

Reste und einzelne Roben enorm billig!

S. Weissenberg, Große Frankfurterstraße 126

Ecke
Koppenstraße.

A. JANDORF & CO

SPITTELMARKT 16/17
Ecke Leipziger Strasse

BELLE ALLIANCE-STR. 1/2
Am Blücherplatz

GROSSE FRANKFURTER-STR. 113
Ecke Andreas-Strasse

BRUNNEN-STR. 19/21
Ecke Veteranen-Strasse

Unser Katalog für Lebensmittel, Conserven, Weine wird auf Wunsch gratis u. franko zugesandt.

MONTAG - DIENSTAG - MITTWOCH
soweit der Vorrat reicht.

Der Verkauf von Lebensmitteln an Wiederverkäufer findet nicht statt.

Conserven

	1/1 Dose	1/2 Dose
Stangenspargel extra Prima	1.65	88 Pf.
Stangenspargel I	1.40	75 Pf.
Stangenspargel II	1.15	63 Pf.
Stangenspargel III	1.05	58 Pf.
Riesenbruchspargel	1.30	70 Pf.
Bruchspargel Prima	90 Pf.	50 Pf.
Bruchspargel mit Köpfen	73 Pf.	42 Pf.
Bruchspargel ohne Köpfe	60 Pf.	35 Pf.
Kaiser-Schoten	1.15	63 Pf.
Schoten feinste junge	78 Pf.	44 Pf.
Schoten feine junge	58 Pf.	34 Pf.
Schoten junge	45 Pf.	28 Pf.
Schoten u. Carotten	55 Pf.	33 Pf.
Gemischtes Gemüse	58 Pf.	34 Pf.
Gem. Gemüse extra	90 Pf.	50 Pf.
Spinat in Dosen	50 Pf.	30 Pf.
Carotten in Streifen	35 Pf.	
Kohlrabi in Scheiben mit Grün	27 Pf.	
Wirsingkohl	35 Pf.	
Wachsbohnen	40 Pf.	

Früchte

	1/1 Dose	1/2 Dose
Aprikosen 1/2 Frucht	80 Pf.	
Pfirsiche 1/2 Frucht	80 Pf.	
Reineclauden	85 Pf.	48 Pf.
Erdbeeren	1.00	55 Pf.
Kirschen ohne Stein	95 Pf.	53 Pf.
Kirschen mit Stein	65 Pf.	38 Pf.
Birnen	75 Pf.	43 Pf.
Pflaumen 1/2 Frucht	55 Pf.	33 Pf.
Pflaumen 1/4 Frucht	45 Pf.	28 Pf.
Preisselbeeren	58 Pf.	
Gemischte Früchte	1.00	55 Pf.
Apfelmus	55 Pf.	

Getr. Gemüse

Schneidebohnen	Pfund 1.80
Julienne	Pfund 65 Pf.
Wirsingkohl	Pfund 95 Pf.
Karotten	Pfund 55 Pf.
Grünkohl	Pfund 80 Pf.
Zuckerschoten	Pfund 1.80
Pflaumen	Pfund 15, 20, 25, 40 Pf.
Gemischtes Obst	Pfund 28, 45 Pf.

Fisch-Conserven

Bratheringe	Dose 45 Pf.
Bismarkheringe	Dose 45 Pf.
Delikatessheringe	1/2 Dose 50 Pf.
Delikatessheringe	1/4 Dose 78 Pf.
Hering in Aspic	Dose 38 Pf.
Neunaugen	Dose 83 Pf.
Appetit-Sild	Dose 32, 48 Pf.
Aal in Gelee	Dose 85 Pf.
Anchovi-Paste deutsch	Dose 35 Pf.

Früchte

Senfgurken	Glas 70 Pf.
Kürbis in Kugelform	Glas 70 Pf.
Zuckergurken	Glas 93 Pf.
Gewürzgurken	Glas 70 Pf.

Früchte in Zucker

Birnen, Pflaumen	Glas 64 Pf.
Kirschen mit Stein	Glas 64 Pf.
Kirschen ohne Stein	Glas 68 Pf.

Dunstfrüchte

Pflaumen, Birnen, Kirschen m. Stein, Stachelbeeren	Glas 52 Pf.
--	-------------

Wurstwaren

Cervelatwurst	Pfund 1.10 M.
Salamiwurst	Pfund 1.10 M.
Leberwurst ff.	Pfund 90 Pf.
Landleberwurst	Pfund 90 Pf.
Mettwurst nach Braunschweiger Art	Pfund 90 Pf.
Hall. Fleischwurst	Pfund 90 Pf.
Hall. Leberwurst	Pfund 1.00 M.
Lachsschinken	Pfund 1.40 M.
Rollschinken im Ganzen	Pfund 1.15 M.
Schinken roh oder gekocht im Aufschnitt	Pfund 1.40 M.
Cassler Rippespeer	Pfund 74 Pf.
Deutscher Cacao	Pfund 1.00, 1.40
Holl. Cacao	Pfund 1.65, 2.10

Backe bequem

fertige Kuchenmasse 1 Pfund-Packet 50 Pf.

Natur-Honig

1/2 Glas 48 Pf. 1/4 Glas 90 Pf.

Kunst-Honig

ausgewogen Pfund 34 Pf.
in Eimern ca. 5 Pfund 1.70
in Eimern ca. 10 Pfund 3.30

Apfelsinen Dtz. 28, 35, 40 Pf. Mandarinen Kiste 25 St. 60 Pf. Citronen Dtz. 28, 35 Pf. Ananas Pfd. 66 Pf.

Lampen

Küchenlampen	28, 38, 45, 58 Pf.	Tischlampen mit miltierter Onyxplatte	1.95 2.45	Glühstrümpfe „Bewea“	35 Pf.
Küchenlampen mit Spiegelblende	55, 65 Pf.	Säulenlampe mit Schirm	8.50 9.75	Gasglühlicht-Cylinder	Dutzend 68 Pf.
Korridorlampen	25, 30, 38 Pf.	Glühstrümpfe	9, 17, 22 Pf.	Gasselbstzünder	22 Pf.

Wir machen auf unsere Schaufenster-Dekorationen

ganz besonders aufmerksam

Kennen Sie unser Rabatt-System?

Metzner's

Kinderwagen, Nordwaren jeder Art, Triumphstühle, Tische, Stühle, Waagen, Biegewagen für Kinder, Kinderbetten, Wägen- und Sportwagen. Größtes Spezial-Geschäft Berlin.

Andreasstrasse 23,
Brunnenstrasse 95,
Beusselstrasse 67,
Leipzigerstr. 54-55.

1000 Mk. Belohnung zahlt jedem der mir in Berlin ein größeres Spezialgeschäft in dieser Branche als das meinige nachweist.

Geschäftsgründung 1873.

Kinderwagen-Bazar Baby

S. Kaliski. Haupt-Geschäft: Invalidenstr. 160, an der Brunnenstr.

- Lager Gr. Frankfurterstr. 115 an der Andreasstr.
- Lager Cronenstr. 31 an der Kahlbergstr.
- Lager Beusselstr. 18 an der Tuchstr.
- Reinickendorferstr. 20 neben d. Markthalle. Auf Nummer achten.
- Lager Belle-Alliancestr. 107 am Halleschen Tor.
- Lager Tauenzienstr. 7a an der Körnerstr.
- Lager Brunnenstr. 92 an der Bürgenstr.
- Lager Spandau, Gavelstr. 20.

Allerbilligste Kassapreise auch bei größeren Ratenzahlungen.

Unter fachmännischer Leitung für Singer A., Hobbin-Adler-, Wheeler-Wilson u. Schuhmacher-Maschinen mit 5jähr. Garantie. Auch ohne Anzahlung 1 Mark wöchentlich.

Unterricht wird gratis erteilt. - Reparaturen in eigener Werkstatt billigst. - Alle Maschinen nehme bis zu 30 Mk. in Zahlung. 16282*

Schneider etc. erhalten für Nachweis 6 Stunden hohe Provision.

Neue Singer A. von 45,00 an. Auf Wunsch kommt Vertreter mit Katalog. Liefer. des Lehrers, d. Postbeamten u. Rab.-Ver. Norden. 13.50, 18, 22.50 - 150.00.

A. B. Koch

Berlin O., Brombergerstr. 15/16, Kohlengroßhandlung.

Preis für erstklassige Marken ab Platz: Zenfenerberger Salon-Briquets, pr. Ctr. 75 Pf.
la Marienglad 7" (110-120 Stk.) pr. Ctr. 80 Pf.
la Diamant 7" (110-120 Stk.) gel. gef., unüberfroren, pr. Ctr. 85 Pf.
la Jife 7" (110-120 Stk.) pr. Ctr. 90 Pf.
Jife u. Diamant-Galtheine sowie Burl, pr. Ctr. 70 Pf.
Bruch-Briquets, pr. Ctr. 65 Pf.
la Anthracit-Cade pr. Ctr. 1.95 Pf.
Coals liefert zu Anstaltspreisen. Von 50 Ctr. ab p. Ctr. 5 Pf. Billiger. Anlieferung frei Keller p. Ctr. 10 Pf. mehr.

Bei Orig. Waggons u. größeren Abh. verl. Sie meine Spezial-Offerte.

Zahn-Klinik. beliebige Teilzahlung. Invalidenstr. 145. Olga Jacobson.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frauen und die „Gleichheit“.

(Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.)

Wir Sozialdemokraten fordern die politische Gleichberechtigung für die Frauen keineswegs allein oder in erster Linie mit dem Hinweis auf die Gleichberechtigung „alles dessen, was Menschenanständig trägt“...

Die Eringung politischer Rechte für die Frauen ist uns nicht in erster Linie Selbstzweck. Die politischen Rechte sollen den Frauen Waffen werden, um den Kampf zur Befreiung der Arbeiterklasse von Druck und Elend gegenüber der kapitalistischen Herrschaft nachdrücklicher und wirkungsvoller führen zu können.

Es ist es doch eine Hauptaufgabe der Arbeiterbewegung, die Köpfe zu revolutionieren, die Ideen des Sozialismus in immer weitere Kreise zu tragen, und dort, wo sie bereits Wurzel geschlagen haben, für eine Vertiefung der Erkenntnis zu sorgen.

Aber in welcher Weise? Durch mündliche Agitation und durch die Agitation für unsere Presse. Diese Pionierarbeit wird ihnen am schwersten fallen bei ihren eigenen Geschlechtsgenossinnen.

Wir wollen aber ausdrücklich betonen, daß die „Gleichheit“ in derselben Weise wie bisher für die aufgeklärten, vorgezeichneten Genossinnen bei allen neuauftauchenden Fragen führendes und orientierendes Organ bleiben wird.

Dieser Zweck soll unsere sozialdemokratische Frauenzeitung, die „Gleichheit“, erfüllen. Die „Gleichheit“ wird diesen Zweck in ihrer neuen Gewandung und Ausstattung, die sie von 1905 ab erhält, um so besser und gründlicher

erfüllen. Ohne eine Abonnementserhöhung, sie wird nach wie vor bei vierzehntägigem Erscheinen pro Nummer 10 Pf. kosten, wird die „Gleichheit“ bedeutend vergrößert werden.

Wir wollen aber ausdrücklich betonen, daß die „Gleichheit“ in derselben Weise wie bisher für die aufgeklärten, vorgezeichneten Genossinnen bei allen neuauftauchenden Fragen führendes und orientierendes Organ bleiben wird.

Bei der mündlichen Agitation in Werkstatt und Familie sollte dasselbe geschehen.

Werden Genossen und Genossinnen es sich zur Ehrenpflicht machen, für die „Gleichheit“ in derselben intensiven Weise zu agitieren, wie sie für die übrige Parteipresse agitieren, so wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Friedenau-Steglich. Heute, Sonntag, nachmittag findet bei Schellhase in Steglitz, Ahornstr. 15, eine öffentliche Versammlung statt, in der Reichstags-Abgeordneter Jubeil über „Militärmaßnahmen“ referieren wird.

Rixdorf. Am Mittwoch, den 11. Januar, hielt der „Verein getreulich tätiger Frauen und Mädchen von Rixdorf“ im Lokal des Herrn Thiel, Bergstraße 151-152, seine Monatsversammlung ab.

Briefkasten der Redaktion.

G. 2. Nebungsfunde jeden Mittwoch abend 8 1/2 Uhr Steinstr. 81. Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

P. P. 1. Leider ja. — 5 oder 2., Rixdorf. Ihre Frage ist ohne Darlegung Ihrer Verhältnisse nicht zu beantworten. Sie müssen darlegen, ob Sie etwas erhalten und eventuell wie der Bescheid lautet, der Ihnen eine Pensionsrente oder eine Invalidenrente zuspricht.

Die Firma ist nach Ihrer Darlegung im Recht: ist kein Ziel vereinbart, so ist Zug um Zug gegen Empfang der Baire zu zahlen. Es ist unvorsichtig, falls man Ziel haben will, nicht ausdrücklich ein bestimmtes Ziel zu vereinbaren.

Wasserstand am 13. Januar. Elbe bei Aufsig + 0,56 Meter, bei Dresden + 1,26 Meter, bei Magdeburg + 1,17 Meter.

Wetterprognose für Sonntag, den 15. Januar 1905. Zunächst meist heiter und trocken bei etwas strengem Frost und lebhaften südöstlichen Winden; später neue Erwärmung und Trübung.

Witterungsübersicht vom 14. Januar 1905, morgens 8 Uhr. Table with columns for Stations, Parameter, Wind direction, and other weather data.

Table with columns for Stations, Parameter, Wind direction, and other weather data.

Wetterprognose für Sonntag, den 15. Januar 1905. Zunächst meist heiter und trocken bei etwas strengem Frost und lebhaften südöstlichen Winden; später neue Erwärmung und Trübung.

Billigste Angebote

Ball = Saison

- Weißer Kostüm-Anzüge bestehend aus Jackott, Weste und Hose 4 Mk.
Strand-Anzüge bestehend aus Jackott, Weste und Hose 6 Mk.
Papierfaser-Anzüge cremefarben 10 Mk.
Schwarze Gehrock - Anzüge 21 Mk.
Schwarze Beinkleider 3 Mk.
Piqué-Westen 1 Mk.
Winter-Paletots 8 Mk.
Geh-Pelze Imitat. Hochelegant 50 Mk.
Raglan-Paletots Neueste Moden 20 Mk.
Gummi-Regen-Mäntel 15 Mk.
Loden-Havelocks 6 Mk.
Chike Knaben - Anzüge 2 Mk.

Hosen nach Maß 7 Mk. 50

Anzüge nach Maß 24 Mk.

Baer Sohn

Spezial-Haus größten Maßstabes.

Chausseestr. 24a/25. 11. Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20.

Der illustrierte Berliner Almanach 1905 wird unseren Kunden kostenlos zugesandt.

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstr. 17/18. Veteranenstr. 1/2.

Wir hatten Gelegenheit, ein großes Fabriklager in Pelzwaren ganz besonders vorteilhaft zu erwerben und stellen dasselbe vom Montag an zum Extraverkauf. Die Preise sind so ungemein niedrig, daß sie teilweise fast nur den dritten Teil des Wertes betragen.

Pelzkolliers gerade Form 48 Pl. 1.95
do. Façon 1.95

Pelzkolliers runde Form 2.25 | Pelzstolas 2.85

Ein grosser Posten Damenblusen in sehr eleganter Ausführung 6.75
vorzüglichen Stoffen, Wert bis 15.— jetzt 4.75

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Sonntag, 15. Januar.
Freie Volksbühne, nachm. 7 1/2 Uhr: 1. Abteilung: im Metropol-Theater, Madame Bonnard.
2. Abteilung: im Berliner Theater, Die Räuber.

Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus, Der Roland von Berlin.
Montag: Der Ring des Nibelungen. 2. Abend: Siegfried. 7 Uhr.

Neues königl. Oper-Theater.
König Ottokars Glück und Ende.
Montag: Der Kaufmann von Venedig.

Deutsches. Das Nachtmahl der Kardinal. Die große Leidenschaft.
Montag: Mästerle.

Berliner. ... so ich Dir!
Montag: Japantreich.
Leffing, Traummusik.
Nachmittags 2 1/2 Uhr: Rosenmontag.

Montag: Traummusik.
Weiten. Die neugierigen Frauen.
Nachmittags 3 Uhr: Urdine.
Montag: Amela, oder: Ein Waschenball.

Thalia. Der große Stern.
Nachmittags 3 1/2 Uhr: Charleys Tante.
Montag: Der Große Stern.
National. Die Rauberglocke.
Nachmittags 3 Uhr: Der Barbier von Sevilla.

Montag: Der Barbier von Sevilla.
Zentral. Madame Sherry.
Nachmittags 3 Uhr: Der Bettelstudent.
Montag: Madame Sherry.

Neues. Der Graf von Charolais.
Montag: Der Graf von Charolais.
Kaffee. In Vertretung.
Nachmittags 4 Uhr: Ritter Gräbert.
Montag: In Vertretung. 8 Uhr.

Metropol. Die Herren von Maxim.
Montag: Diefelbe Vorstellung. 8 Uhr
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater).
Krieg im Frieden.
Nachmittags 3 Uhr: Johannisfeuer.
Montag: Fuhrmann Henschel.

Schiller N. (Friedrich Wilhelmshändliches Theater). Die Stützen der Gesellschaft.
Nachmittags 3 Uhr: Romeo und Julia.
Montag: Wallensteins Lager. Die Piccolomini.

Neues. Die Neudermählten. — Abschiedssouper.
Nachmittags 3 Uhr: Familienidyll, Liebesträume etc.
Montag: Die Neudermählten. — Abschiedssouper.

Velle Alliance. Lumpachdabundus.
Nachmittags 3 Uhr: Die Jungfrau von Orleans.
Montag: Lumpachdabundus.

Carl Weiss. Die Reise um die Erde in 80 Tagen.
Nachmittags 3 Uhr: Senta Wolsburg.
Montag: Die Reise um die Erde in 80 Tagen.

Residenz. Herkulespielen.
Nachmittags 3 Uhr: Nora.
Montag: Herkulespielen.

Zustpielhaus. Der Familientag.
Nachmittags 3 Uhr: Diefelbe Vorstellung.
Montag: Diefelbe Vorstellung.

Trianon. Die glückliche Gilberte. (Heurouse).
Nachmittags 3 Uhr: Das alte Gebot.
Montag: Die glückliche Gilberte.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpckeplatz. 67/68.
Jeden Abend 8 Uhr:
Gastspiel Ad. Philipp:
NEW-YORK
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise
Ueber'n grossen Teich.

Kasino-Theater
Lothringersstraße 37 (Hoftheater Tor.)
Täglich 8 Uhr. Sonnt. 7 1/2 — 8 Konzert.
Neu! Der beliebte Nesemann etc.
Glänzender Erfolg! Stürm. Beifall!
In Vertretung.
Sonntag nachm. 4 Uhr auf vielfachen Wunsch: Mutter Gräbert.

Residenz-Theater.
Dir. Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Herkulespielen.
Schwanz in 3 Akten von Paul Wilhelm und R. Hennemann. Deutsch von M. Schönaur.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Nora.

Metropol-Theater
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungspasse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Inszeniert vom
Direktor Richard Schultz.
Henry Bender. Josef Giampietro.
Josef Josephi. Anton Grünfeld.
Frid Frid. Fritz Massary.
Das Fest des Lichts. (Ballett.)
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Sonabend, den 21. Januar:
2. großer Metropol-Theater-Ball.

Kleines Theater
Nachm. 3 Uhr, ermäßigte Preise:
Familienidyll. Liebesträume.
Serenissimus-Zwischenspielo.
Abends 8 Uhr:
Die Neudermählten
Hierauf: Abschiedssouper.
Montag und Dienstag: Die Neudermählten. Abschiedssouper.
Mittwoch: Salome.

Apollo-Theater.
218 Friedrichstr. 218.
Nachmittags 3 Uhr:
Venus auf Erden
von Paul Lincke
und die Januar-Spezialitäten.
Abends 8 Uhr:
Berliner Luft
von Paul Lincke
und die Attraktionen des großen Januar-Programms.

Sanssouci.
Kottbuser Tor — Stat. der Hochbahn.
Sonnt., Mont., Donnerst.:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
u. Tanzkränzchen.
Dienstag, 17. Januar:
Muttersegen.
Schauspiel mit Gesang in 5 Akten.
Mittwoch: Muttersegen.

Stadt-Theater Moabit.
Moabit 47/49.
Gastspiel des Bernhard-Rose-Theaters:
Jägerliebchen.
Voffe mit Gesang in 4 Akten v. S. Trepton, Musik von G. Steffens.
Anfang 8 Uhr. Nach der Vorstellung:
Grosser Ball. — Entree 50 Pf., Parkett und Balkon 1,00 R.
Dienstag, 17. Januar: Der Erbforster.

Urania, Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Im Bannkreis der Jungfrau.
Montag 8 Uhr:
Dr. B. Donath: Wellenstrahlen.
Sterne
Invalidenstr. 57/62.
8 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.

Der geheimnisvolle Hexentisch!!
das Mirakel des 20. Jahrhunderts.
Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Der Graf von Charolais.
Montag und Dienstag:
Der Graf von Charolais.
Mittwoch, zum 1. Male:
Der eingebildete Kranke.
Vorher, zum 1. Male: Angele.

National-Theater
Heinbergweg 19.
Sonntag, den 15. Januar 1905,
nachmittags 3 Uhr, ermäßigte Preise:
Der Barbier von Sevilla.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Augenotten.
Montag, 16. Jan.: Der Bildschüss.
Dienstag, 1. Male: Die Zauberglocke.

Zentral-Theater
3 Uhr nachmittags. Halbe Preise.
In erster Besetzung:
Der Bettelstudent.
4 1/2 Uhr (neu einstudiert).
Zum 195. Male:
Madame Sherry
Eperette in 3 Akten von Hugo Fetz.
Montag: Madame Sherry. Dienstag:
Der Bettelstudent. (Gustav Koster, Oscar Braun.)
Mittwoch: Zigeunerbaron.

Luisen-Theater.
Sonntag nachmittags:
Der Prinz von Homburg.
Abends 8 Uhr:
Das Stiftungsfest.
Montag: Die jährlichen Verwandten.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Johannisfeuer.
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Krieg im Frieden.
Luftspiel in 5 Akten von G. v. Roser und F. v. Schöthgen.
Montag, abends 8 Uhr:
Fuhrmann Henschel.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Fuhrmann Henschel.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmshändliches Theater).
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Romeo und Julia.
Trauersp. in 5 Akten, von Schillerbearb.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Schauspiel in 4 Akten v. Herrick v. Dölen.
Deutsch von Wilhelm Lange.
Montag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Lager.
Die Piccolomini.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Tod.

Deutsche Konzert-Hallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Vollständig neu ausgestattet!
Täglich:
Gr. internationale Künstlerkonzerte. × Theater-Abteilung.
Spezial-Ausschank der Berliner Theater-Brauerei.

Zirkus Busch.
2 gr. Gala-Vorstellungen 2
Nachm. 4 Uhr (auf Sitzplätzen
1 Kind frei) u. abends 7 1/2 Uhr.
Nachm. Süd-West-Afrika.
4 Uhr:
Kultur d. weitberühmten amerikanischen
Flammentänzerin Miss Ida Fuller.
In beiden Vorstellungen:
Die Löwenbraut

Miss Claire Heliot.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die beiden Phänomene
Sisters Amalia und Léonora.
Katharina II.
und die vorzähl. Programmnummern.

Lustspielhaus
Sonntag, den 15. Januar,
nachm. 3 Uhr:
Der Familientag.
Abends 8 Uhr:
Der Familientag.
Abends 8 Uhr: Der Familientag.

Passage-Theater.
Kings d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. Wochentags, Sonnt. 3 Uhr.
Arturo Bernardi,
der berühmte italienische Ver-
wandlungskünstler.
Littke Carlsen.
Willy Prager neues Repertoire,
14 erstklassige Nummern.

Gebrüder
Herrnfeld-Theater.
Der
bisher unübertroffene lauchstgige
Herrnfeld-Schlager
mit seinen kirmisch
bejubelten Situationen
Prinz Levy in Ahlbeck
Schwanz in 3 Akten, mit den Autoren
in den Hauptrollen.
Wagnus Brins Vebj:
Donat Herrnfeld.
Präsident, dessen Reisebegleiter:
Anton Herrnfeld.
Anf. 8 Uhr. Biletvorverk. 11—2 Uhr.

Carl Weiß-Theater.
Große Frankfurter Straße Nr. 132.
Nachm. 3 Uhr, Barquet 60 Pf.:
Senta Wolsburg.
Abends 7 1/2 Uhr:
(Lebte Sonntags-Aufführung)
Die Reise um die Erde in
80 Tagen.
Morgen zum viertermal: Die
Reise um die Erde in 80 Tagen.
Freitag zum erstemal: Geld und
Name. Schauspiel in 5 Akten von
Vina Meise.

Bernhard Rose-Theater
Geisendbrunn, Badstraße 58.
Heute nachmittags 3 Uhr:
Das bemooste Haupt.
Abends 7 Uhr:
Der Erbforster.
Trauerspiel in 5 Aufzügen
von Otto Lubwig.
Nach der Vorstellung: Gr. Ball.
Entree 40, Parkett 75 Pf., Sperrg. 1 R.
Morgen Montag: Der Erbforster.

Wintergarten
Neues Programm
Tortajada, span. Tänzerin und
Sängerin.
O. K. Sato, komischer Jongleur.
The Nightons, Kraft-Gladiatoren.
Johnstone, Kunst-Radfahrer.
Das Mädchen mit dem goldenen Haar.
Pas de Fleurs, Blumentanz.
Otto Reutter.
De Bière, Zauberünstler.
Johnson u. Dean, Mulatten-Gigari.
Alexia, Pariser Tänzerin.
The Potters, Luft-Gymnastiker.
Der Biograph.

Zentral-Festsäle
180. Oranienstrasse 180.
Sonabend: 14 Jan., 11., 18. und
25. März Saal für 100 Pers. frei. —
Sonntags: 22. Jan., 5., 12., 19. und
26. Febr. Saal für 100, wie für 200
bis 300 Personen frei. 17245

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Johannisfeuer.
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Krieg im Frieden.
Luftspiel in 5 Akten von G. v. Roser und F. v. Schöthgen.
Montag, abends 8 Uhr:
Fuhrmann Henschel.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Fuhrmann Henschel.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmshändliches Theater).
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Romeo und Julia.
Trauersp. in 5 Akten, von Schillerbearb.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Schauspiel in 4 Akten v. Herrick v. Dölen.
Deutsch von Wilhelm Lange.
Montag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Lager.
Die Piccolomini.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Tod.

Deutsche Konzert-Hallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Vollständig neu ausgestattet!
Täglich:
Gr. internationale Künstlerkonzerte. × Theater-Abteilung.
Spezial-Ausschank der Berliner Theater-Brauerei.

Zirkus Busch.
2 gr. Gala-Vorstellungen 2
Nachm. 4 Uhr (auf Sitzplätzen
1 Kind frei) u. abends 7 1/2 Uhr.
Nachm. Süd-West-Afrika.
4 Uhr:
Kultur d. weitberühmten amerikanischen
Flammentänzerin Miss Ida Fuller.
In beiden Vorstellungen:
Die Löwenbraut

Miss Claire Heliot.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die beiden Phänomene
Sisters Amalia und Léonora.
Katharina II.
und die vorzähl. Programmnummern.

Lustspielhaus
Sonntag, den 15. Januar,
nachm. 3 Uhr:
Der Familientag.
Abends 8 Uhr:
Der Familientag.
Abends 8 Uhr: Der Familientag.

Passage-Theater.
Kings d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. Wochentags, Sonnt. 3 Uhr.
Arturo Bernardi,
der berühmte italienische Ver-
wandlungskünstler.
Littke Carlsen.
Willy Prager neues Repertoire,
14 erstklassige Nummern.

Gebrüder
Herrnfeld-Theater.
Der
bisher unübertroffene lauchstgige
Herrnfeld-Schlager
mit seinen kirmisch
bejubelten Situationen
Prinz Levy in Ahlbeck
Schwanz in 3 Akten, mit den Autoren
in den Hauptrollen.
Wagnus Brins Vebj:
Donat Herrnfeld.
Präsident, dessen Reisebegleiter:
Anton Herrnfeld.
Anf. 8 Uhr. Biletvorverk. 11—2 Uhr.

Carl Weiß-Theater.
Große Frankfurter Straße Nr. 132.
Nachm. 3 Uhr, Barquet 60 Pf.:
Senta Wolsburg.
Abends 7 1/2 Uhr:
(Lebte Sonntags-Aufführung)
Die Reise um die Erde in
80 Tagen.
Morgen zum viertermal: Die
Reise um die Erde in 80 Tagen.
Freitag zum erstemal: Geld und
Name. Schauspiel in 5 Akten von
Vina Meise.

Bernhard Rose-Theater
Geisendbrunn, Badstraße 58.
Heute nachmittags 3 Uhr:
Das bemooste Haupt.
Abends 7 Uhr:
Der Erbforster.
Trauerspiel in 5 Aufzügen
von Otto Lubwig.
Nach der Vorstellung: Gr. Ball.
Entree 40, Parkett 75 Pf., Sperrg. 1 R.
Morgen Montag: Der Erbforster.

Wintergarten
Neues Programm
Tortajada, span. Tänzerin und
Sängerin.
O. K. Sato, komischer Jongleur.
The Nightons, Kraft-Gladiatoren.
Johnstone, Kunst-Radfahrer.
Das Mädchen mit dem goldenen Haar.
Pas de Fleurs, Blumentanz.
Otto Reutter.
De Bière, Zauberünstler.
Johnson u. Dean, Mulatten-Gigari.
Alexia, Pariser Tänzerin.
The Potters, Luft-Gymnastiker.
Der Biograph.

Zentral-Festsäle
180. Oranienstrasse 180.
Sonabend: 14 Jan., 11., 18. und
25. März Saal für 100 Pers. frei. —
Sonntags: 22. Jan., 5., 12., 19. und
26. Febr. Saal für 100, wie für 200
bis 300 Personen frei. 17245

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Johannisfeuer.
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Krieg im Frieden.
Luftspiel in 5 Akten von G. v. Roser und F. v. Schöthgen.
Montag, abends 8 Uhr:
Fuhrmann Henschel.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Fuhrmann Henschel.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmshändliches Theater).
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Romeo und Julia.
Trauersp. in 5 Akten, von Schillerbearb.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Schauspiel in 4 Akten v. Herrick v. Dölen.
Deutsch von Wilhelm Lange.
Montag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Lager.
Die Piccolomini.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Tod.

Deutsche Konzert-Hallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Vollständig neu ausgestattet!
Täglich:
Gr. internationale Künstlerkonzerte. × Theater-Abteilung.
Spezial-Ausschank der Berliner Theater-Brauerei.

Zirkus Busch.
2 gr. Gala-Vorstellungen 2
Nachm. 4 Uhr (auf Sitzplätzen
1 Kind frei) u. abends 7 1/2 Uhr.
Nachm. Süd-West-Afrika.
4 Uhr:
Kultur d. weitberühmten amerikanischen
Flammentänzerin Miss Ida Fuller.
In beiden Vorstellungen:
Die Löwenbraut

Miss Claire Heliot.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die beiden Phänomene
Sisters Amalia und Léonora.
Katharina II.
und die vorzähl. Programmnummern.

Lustspielhaus
Sonntag, den 15. Januar,
nachm. 3 Uhr:
Der Familientag.
Abends 8 Uhr:
Der Familientag.
Abends 8 Uhr: Der Familientag.

Passage-Theater.
Kings d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. Wochentags, Sonnt. 3 Uhr.
Arturo Bernardi,
der berühmte italienische Ver-
wandlungskünstler.
Littke Carlsen.
Willy Prager neues Repertoire,
14 erstklassige Nummern.

Gebrüder
Herrnfeld-Theater.
Der
bisher unübertroffene lauchstgige
Herrnfeld-Schlager
mit seinen kirmisch
bejubelten Situationen
Prinz Levy in Ahlbeck
Schwanz in 3 Akten, mit den Autoren
in den Hauptrollen.
Wagnus Brins Vebj:
Donat Herrnfeld.
Präsident, dessen Reisebegleiter:
Anton Herrnfeld.
Anf. 8 Uhr. Biletvorverk. 11—2 Uhr.

Carl Weiß-Theater.
Große Frankfurter Straße Nr. 132.
Nachm. 3 Uhr, Barquet 60 Pf.:
Senta Wolsburg.
Abends 7 1/2 Uhr:
(Lebte Sonntags-Aufführung)
Die Reise um die Erde in
80 Tagen.
Morgen zum viertermal: Die
Reise um die Erde in 80 Tagen.
Freitag zum erstemal: Geld und
Name. Schauspiel in 5 Akten von
Vina Meise.

Bernhard Rose-Theater
Geisendbrunn, Badstraße 58.
Heute nachmittags 3 Uhr:
Das bemooste Haupt.
Abends 7 Uhr:
Der Erbforster.
Trauerspiel in 5 Aufzügen
von Otto Lubwig.
Nach der Vorstellung: Gr. Ball.
Entree 40, Parkett 75 Pf., Sperrg. 1 R.
Morgen Montag: Der Erbforster.

Wintergarten
Neues Programm
Tortajada, span. Tänzerin und
Sängerin.
O. K. Sato, komischer Jongleur.
The Nightons, Kraft-Gladiatoren.
Johnstone, Kunst-Radfahrer.
Das Mädchen mit dem goldenen Haar.
Pas de Fleurs, Blumentanz.
Otto Reutter.
De Bière, Zauberünstler.
Johnson u. Dean, Mulatten-Gigari.
Alexia, Pariser Tänzerin.
The Potters, Luft-Gymnastiker.
Der Biograph.

Zentral-Festsäle
180. Oranienstrasse 180.
Sonabend: 14 Jan., 11., 18. und
25. März Saal für 100 Pers. frei. —
Sonntags: 22. Jan., 5., 12., 19. und
26. Febr. Saal für 100, wie für 200
bis 300 Personen frei. 17245

Gustav Behrens
Spezialitäten-
Theater,
Frankfurter-
Allee 85.
Der neue Januar-Spielplan.
Anny Raaly, vorzähl. deutsch-franz.
Konzertfängerin.
Ausgezeichnetes Lyrika-Duett.
Fatme, Sublime Gauflerin,
sowie alle übrigen erstklass. Spezialist.
Anf. nachm. 7 Uhr. Sonntags 4 1/2 Uhr.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12—4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen jeden Abend:
Bockbierfest.
KONZERT.
Der dumme Nag u. der kluge Hund.
Dienstag, Donnerstag,
Sonabend, Sonntag:

Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kaiserhof:
Tanz.

Ullrichs
Abnormitäten-Ausstellung
Nachtigallstr. 10.
Lebender Kuriositäten!
Medizinische Rätsel,
anatomische Wunder.
Riesen! Zwerge!

Reichshallen-Theater.
Stettiner
Sänger.
Ullrichs:
Abends 8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Saanenstr. 16.
Die Grille.
Schauspiel in 3 Akten von Charlotte
Nied-Weller.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Sonabend, den 25. Februar: für
Bereine frei!

Skala-Theater.
Königsstr. 132 (a. d. Friedrichstr.).
Sensationelles Programm!
Bum-bum oder: Nu aber raus!
Poffe mit Gesang in einem Akt,
sowie
30 internation. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: Konzert.

Palast-Theater
Burgstr. 22, früher Feen-Palast.
Noch nie dagewesenes Programm!
14 Nummern I. Rang.
8 1/2 Uhr: Rostfakt! 8 1/2 Uhr:
Ein Allerweltsmädel.
Burdelle m. Gesang u. Tanz v. Beaune.
Anfang 7 1/2 Uhr. Eröffnung 6 1/2 Uhr.
Entree 50 Pf.
Sonntag nachm. 3 Uhr kleine Preise:
Kean oder Leidenschaft
und Genie.
Schauspiel in 5 Akten von H. Dumas
Vorzeiger dieser Annonce zählt
wochenlang auf allen Plätzen
die Hälfte der gewöhnl. Kassenspreise.

Urania,
Wrangel-Straße 10—11.
Jeden Dienstag:
Nordd.
Sänger.
Nach der Soiree:
Tanzkränzchen,
ohne Nachzahlung.
Anfang 8 Uhr.
C. J. Walter.
Gr. Ball.
Jeden
Sonntag:
Anfang 4 Uhr. Tanz frei.

Rixdorf, Victoria-Säle,
Hormannstr. 49. Inh. M. Eisermann.
Jeden Sonntag:
Nordd. Sänger.
Herrn Petri,
Fernando, Drach-
holtz, Zimmer-
mann, Jung,
Breden und Patty.
Kaffeeöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.
Entree 30 Pf., referiert 50 Pf.
Nach d. Soiree: Famil.-Tanzkränzchen.

Masken- u. Scherz-Artikel
besond. Humoristische Vortragsmasken
erregt bei Festen, im Familienkreise etc. größte Heiterkeit!
schorzhafte Kopfbedeckung, Schneebälle,
Pfannkuchen, Knallbonbons, Luftschlangen,
Kattilonsorden, Ulk-Gegenstände vieler Art
zu aussergewöhnlich billigen Preisen!
Bernhard Keilich
Größtes Spielwarengeschäft der Welt, 19 Schaufenster!
Gr. Hamburgerstr. 21—23, Markt, Bahnhofbrücke, Zirkus Busch.

Neue Welt
Arnold Scholz Hasenheide
108-114.
Jeden Sonntag:
Horsts Nordd. Humoristen
und Quartett-Sänger
und
Gr. Militär-Konzert.
Anfang 5 Uhr. Entree 50 Pf.
(Vorverkauf 40 Pf.)
Nach der Vorstellung:
Familien-Tanzkränzchen.
Von 12-2 Uhr: Gr. Mittagstisch
(4 Gänge 1 M.).
Von 4 Uhr ab
in d. hint. Sälen: Gr. Ball.
Jeden Donnerstag:
Bernh. Rose-Theater.
Nachdem: 1729L
Familien-Tanzkränzchen.
Vorzugskarten sind in den mit
Plakaten beleg. Handl. zu hab.
Avis: Vom 1. bis 12. Februar:
Gr. Bockbierfest
nach echt bayrischer Sitte.

Germania-Prachtsäle
Chausseestr. 103. Arnold Scholz.
Heute (sowie jeden Sonntag):
Ham-
burger
Sänger
Dir.: Otto Steidl—Willi Wolff.
Die Sänger von Finsterwalde
Humoristisches Gesangsstück
von Will. Wolff.
XX Ueberrrascht. XX
Humorist. Terzett v. Will. Wolff.
Nach der Soiree: Familienball
Anfang 6 Uhr. Entree 50 Pf.
Im weissen Saal von 5 Uhr ab:
Großer Ball.

Neues Konzerthaus
Grand Hotel Alexanderplatz.
Inhaber: Albert Moerner.
Heute
Gr. Curt Goldmann-Konzert
Jeden Abend: Salon-Komiker
Oskar Saldow
als Doktor Eisenbart.
Kinematograph,
bunte lebende Bilder.
Anfang 5 Uhr.
Krug zum grünen Kranze.
Jeden Abend Fidelitas.
K. Lüdeckes humor. Konzerte.
Meine drei Säle sind Sonntags
bis 5 Uhr nachmittags für Ver-
sammlungen zu vergeben.

Berliner Ulk-Trio.
Felix Scheuer Ulktrio. I.
Victoria-Brauerei
Lützowstraße 111/112.
Heute:
Militär-Konzert.
Von 6 Uhr an:
Tanz.
Montags u. Freitags: Nordd. Sänger.

Alhambra
Wallner-Theaterstraße 15.
Jeden
Sonntag: Großer Ball
Bei doppelt besetztem Orchester.
Anfang 5 Uhr. A. Zamiatat.

Wirtshaus 17502
Zum Strauss
Pappel-Allee 25
Saal für 150 Personen noch av
einigen Sonabendem zu vergeben.
Café Meyer
Dresden-Strasse 128/29.
Kaffee 10 u. 15, Bier, hell u. dunkl., 10 Pf.
ca. 50 Zeitungen; 2 Billards etc. 40 Pf.
Zahlstelle der Freien Volksbühne.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Sonnabend, den 21. Januar 1905:

STIFTUNGS-FEST

in den Gesamträumen des Gewerkschaftshauses.

Künstler-Konzert

ausgeführt vom **Neuen Berliner Tonkünstler-Orchester**, Dirigent Franz Hoffelder, und unter Mitwirkung von Frä. Bertha Geipelt, Herrn Emil Severin (Gesang); Herrn Ludwig Wagner (Violine), Herrn Musikdirektor Franz Hoffelder (Violoncello).

Nachher Ball und Reigenfahren.

Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Anfang 8 1/2 Uhr. Billetts a 30 Pf. sind bei allen Vorstandsmitgliedern sowie in den Zahlstellen zu haben. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Putzer.

Sonnabend, den 21. Januar 1905, im großen Saal der Neuen Welt, Hasenheide:

Großer Wiener Maskenball.

Anfang abends 8 1/2 Uhr. Billett 50 Pf. Ende ???. Billetts sind bei allen Obmännern und im Bureau Rosenhallerstr. 57 zu haben. Hierin ladet freundlich ein Das Komitee.

Das Bureau bleibt an diesem Tage nachmittags geschlossen. Gleichzeitig mache ich darauf aufmerksam, daß die sämtlichen

Bezirksversammlungen

am Mittwoch, den 18. Januar, abends 8 Uhr, in den bekannten Lokalen stattfinden und bitte, dieselben recht zahlreich zu besuchen. S. H. G. Neumann.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Heute Sonntag, 15. Januar, in L. Kellers Festsälen, Köpenickerstr. 29:

14. Stiftungs-Fest

Mitwirkende: Frau Helene Köhler-Günke, Mezzo-Sopran. Johs. Sauer, Bebal-Garfe. Albrecht Köhler, Violoncello. Rich. Franke, Harmonium. Virtuös (Klavier-Begleitung). Gesangsverein „Typhographia“ (M. d. K. S. B.). Fingel aus der Hofpianosortefabrik von Duxsen, Friedrichstr. 219.

Festrede: Dr. Rudolf Steiner.

Nachher: B.A.Z.

Gröffnung 6 Uhr. Beginn 7 Uhr. Billett 50 Pf. Billetts sind an den bekannten Stellen und an der Kasse zu haben.

Großer Wiener Maskenball

am Sonnabend, den 21. Januar, im

Konzerthaus „Sansonet“, Kottbuserstraße 4a, des Gesangsvereins 65/1

„Norddeutsche Schleife“

(M. d. K. S. B.)

Billetts a 50 Pfennig bei H. Hoffmann, Bismarckstraße 30; G. Brodowski, Bismarckstraße 73; R. Schaller, Restaurant, Gräffstr. 4 und in allen mit Plakaten belegten Handlungen.

Allgem. Deutscher Gärtnerverein Zweigv. „Phönix“

Berlin N.

feiert am Sonnabend, den 21. Januar 1905, in den Berolina-Festsälen, Schönhauser Allee 28, sein

Erstes Stiftungsfest.

Anfang 8 Uhr. Freunde und Genossen sind herzlich willkommen. Billetts sind zu haben bei Wallontowitz, Weißburgerstr. 70 sowie beim Wirt der Berolina-Festsäle. 1383b

Es ladet hierzu freundlich ein Das Komitee.

Brauerei Friedrichshain

(früher Lipp's) Am Königstor.

Größter Konzertsaal Berlins.

Heute sowie jeden Sonntag

Führmann-Walde-Sänger

und Konzert.

Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Führmann-Walde-Sänger 7 Uhr. Kassenöffnung 4 Uhr. Entree 50 Pf. Während des Konzerts im 1. Saal Familien-Kränzchen, Nach der Entree im Großen Saal

Märkischer Hof, Admiral-Str. 18c. F. Schulz.

Empfehle meine Saale, 100 bis 500 Personen fassend, zu Versammlungen und Festlichkeiten; desgleichen Vereinsräume von 10 bis 300 Personen. Jeden Sonntag großer Ball.

Graumanns Festsäle

Theaterbühne. Naunynstr. 27. 3 Regellbahnen.

Nach umfassenden baulichen Veränderungen stehen den 20. Gewerkschaften und Vereinen meine Säle auch Sonntag zu Festlichkeiten, Versammlungen etc. zur Verfügung. Gustav Graumann.

Achtung! Ich habe mein Verleide! 16423

Weiß- und Bayrischbier-Lokal

nach Alte Jakobstr. 88, bis-a-vis der Sebastianstraße verlegt. Empfehle zwei Vereinszimmer, Saal, zweckreguliert und Garten. früher

Gustav Ladewig, Kommandantenstr. 65

Tiebig's Ball-Salon, Inhaber Robert Ulrich,

28. Große Frankfurterstrasse 28.

Empfehle den geehrten Vorständen von Gewerkschaften und Vereinen meine Säle zu Versammlungen und Vergnügungen. Ergebenst

Robert Ulrich,

18042* 28. Große Frankfurter-Strasse 28.

Bekanntmachung!

Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag vormittags 9 bis abends 8 Uhr direkter Verkauf an Private.

Nach stattgehabter Inventur

Großer Räumungs-Ausverkauf

hocheleganter Teppiche zurückgesetzter

mit kleinen Webfehlern zu nie wiederkehrenden billigen Preisen.

Ein großer echter Plüschteppiche

Zimmergröße M. 10,50

Wohnzimmergröße 22,50

Salongröße 33,00

Saalgröße 45,00

Teppich-Engros-Haus Hermann Bursch,

Spandauerstr. 65-67,

I. u. II. Etage kein Laden

Zwischen Kaiser Wilhelm- u. Bischofstr.

Günstige Gelegenheit für Brautleute, Hotels, Pensionate etc.

Diese Woche enorm billig

gelangen in unserem Inventur-Ausverkauf hochmoderne, vorjährige Frühjahrspaletots und Anzüge

Anzüge Paletots

zum Verkauf sowie die aus feinsten Massstoffen gefertigten, zurückgesetzten vornehmen Herren-Winter-

15632* Teilzahlungen gestattet. Harmonikas, Zithern u. Phonographen v. 20. 30. an. BERLIN O., Lorenz Rahmel, Grüner Weg 111. Musikinstrumente u. Saiten aller Art.

Kredit. Monatlich

10 Mark - liefert Anzüge Paletots nach Maß. Per Kasse auch billige Preise. Schneidemeister, J. Tomporowski, Prinzenstr. 55.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuheit-Katalog m. Empf. viel. Bezugs u. Prof. grat. u. fr. H. Unger, Gummiwarenfabrik, Berlin N., Friedrichstr. 131c.

Deutsche Bierbrauerei A.=G.

(Absatz im letzten Geschäftsjahre 210912 Hektoliter) empfiehlt ihre aus bestem Malz und Hopfen hergestellten Biere 1113L* in Fässern und Flaschen.

Adresse für Faßbier: Alt Moabit 60. Telephone: Amt II, 1615 u. 1616.

Adresse für Flaschenbier: Kaiserin Augusta-Allee 15/16. Telephone: Amt II, 3066.

Noch 10 Tage. In Samt und Seide

stelle nach beendeter Inventur große Posten zum direkten Verkauf an Private. Darunter: Reine Seiden für Ball- und Gesellschafts-Festn., jetzt 1.25, 1.75, 2.25. Reine Seiden für Braut-Roben, jetzt 1.00, 1.25, 1.75, 2.50. Ein Posten Gloria-Seiden, 110/120 cm breit, jetzt 1.50, 1.85. Reinseldene schw. Damaste, Merveilleux etc., 15, 20, 25, 30 M. pro Robe. Blusen u. Kleider-Samte jeder Art v. 75. Spezialität: Braut- u. Hochzeits-Seiden.

Dieser Verkauf bietet Privaten große Vorteile und findet nur Spandauer-Strasse 33/35, 1 Treppe links, statt. Muster franko! - Adresse genau beachten!

Seiden-Engros-Haus Hermann Herzog, Berlin,

nur Spandauer-Strasse 33/35, 1 Treppe links, bei Simons-Apotheke.

Die Geburt eines prächtigen Jungen zeigen hochsehr an 13355 Stargarderstr. 25, den 13. Jan. 1905, Eugen Umrath und Frau Emma geb. Kohn.

Franken- und Sterbekasse aller gewerbl. Arbeiter für Schöneberg und Berlin.

Eingeschr. Hilfskasse No. 115.

Sonntag, den 29. Januar 1905, vormittags 10 Uhr:

General-Versammlung

im Lokale des Herrn Obst (Tunnel) Schöneberg, Weiningerstr. 8.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes.
2. Näherer Kassenbericht.
3. Neuwahl des Gesamt-Vorstandes.
4. Verschiedene Anträge.

Um pünktliches Erscheinen ersucht 270/3* Der Vorstand.

General-Versammlung der Sterbekasse ehem. Pflugscher Arbeiter

am Sonntag, den 29. Januar, vormittags 10 Uhr, in Wilkos Saal, Brunnentstraße 188.

Tages-Ordnung:

1. Verlesung des Protokolls der Generalversammlung vom 21. Juli 1904.
2. Kassenbericht des Rentanten pro 1904 und Bericht der Revisoren.
3. Verschiedene Anträge.

4. Wahl des 1. Vorsitzenden, des Rentanten und des 2. Schriftführers. 5. Wahl der Revisoren. 6. Wahl der Schriftführer. NB. Das Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand. 13006

S. H. G. Otto Winkler.

General-Versammlung der Möbelfabrik „Berolina“

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Montag, den 30. Januar 1905, abends 5 Uhr, im Geschäfts-Lokal.

Tages-Ordnung:

1. Bilanz.
2. Wahl des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
3. Wahl eines Kassierers.
4. Geschäftliches.

Der Vorstand. NB. Die Bilanz liegt zur Einsichtnahme für die Genossen im Geschäftslokal aus.

Kleiner Saal zu 150 Personen

mit anschließendem Vereinszimmer

Sonnabends u. Sonntags noch zu vergeben.

Ergobenst Anton Boeker, Weberstr. 17.

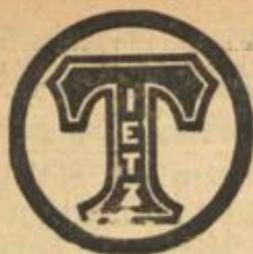
1769L*

!! Von 36 Mk. an !!

liebere Herrenanzug oder Winterpaletot, ohne Konturen, neueste Muster, nur reines Stoffe, feinste Zutaten, 2 Anproben. Für guten Sitz bekam goldene Medaille. Ludwig Engel, Prenzlauerstraße 23 II (Kierandplatz). Gegründet 1892. Großer Tuchlager. 16582*

Masken-Garderobe

von 16712* Carl Ernst, Köpenickerstr. 126, 1 Tr. Größte Auswahl! Billigste Preise! Vorzeiger dieser Annonce erhält 10% Preisermäßigung.



WAARENHAUS HERMANN TIETZ

Leipzigerstrasse 46-50 — Krausenstrasse 44-49.

Montag
Dienstag
Mittwoch

Vorzugs-Preise

Soweit der
Vorrat reicht.

Glas

Gambrinustulpen	crystall	32 Pf.	
Rothweingläser	crystall	22 Pf.	
Rothwein- u. Rheinweingläser	crystall	25 Pf.	
Bowlkelche	crystall	28 Pf.	
Wassergläser	geschliffen	crystall	22 Pf.
Römer	Weinlaub gravirt, geschliffen	crystall	85 Pf.
Rheinweingläser	mit Maiglöckchen gravirt	25 Pf.	
Bierbecher „Valeska“	1a Goldrand 0,2 x 1/4 Liter	18 Pf.	
Bierbecher „Carl“	1a Goldrand 0,2 x 1/4 Liter	20 Pf.	
Selterbecher	mit Goldrand	8 Pf.	
Theebecher	mit Bordüre	10 Pf.	
Gambrinusbecher		8 Pf.	
Compotiären	1 Reihe oliven 5" 6" 7" 8" 9" geschliffen	45 55 70 80 95 Pf.	
Glasteller	geschliffen 1 Reihe oliven 5" 5 1/2"	20 22 Pf.	
Zuckerschalen	geschliffen	35 Pf.	
Sport Likör	mit Goldrand	18 Pf.	
Glasvasen	grün geädert	22 38 Pf.	
Compotiären	gepresst 25 32 40 Pf. □ 28 40 45 Pf. rund		
Butterdosen		18 25 Pf.	
Käseglocken		38 45 Pf.	
Dortmunder Bierbecher		0,3 0,4 15 18 Pf.	
Wein- u. Wassercaraffen	fein geschliffen, cristall	150 175	
Salzsteine	mit geschliffenem Teller und Löffel	75 Pf.	
Hötelflaschen	Decor geschliffen	statt 1.50 65 Pf.	

Porzellan

Kaffeesevice	9theilig, fein dekorirt	3 ⁵⁰ 3 ⁷⁵ 5 ²⁵
Tafelservice		
	für 6 Pers. 30theilig	15 ⁷⁵ 18 ⁷⁵
	für 12 Pers. 60theilig	38 ⁵⁰
	80theilig	55 ⁰⁰
Satz-Töpfe	6theilig	Werth bis 2,25 1 ⁸⁵
Teller	tief und flach, dekorirt	28, 35 Pf.
Dessertteller	22 Pf.	Compotteller 18 Pf.
Kuchenteller	mit dekorirten Früchten	25 Pf.
Compotiären	mit dekorirten Früchten	20 Pf.
Dessertteller	fein dekorirt	statt 45 Pf. 28 Pf.
Kaffeebecher	farbig	9 Pf.
Menage	stellig	15 Pf.
Eierbecher	mit Goldrand	3 Pf.
Terrine	roccoco	1 ²⁵
Ragoutschüssel		65, 85 Pf.
Sauciären		55 Pf.
Compotiären	rund	38 55 Pf.
Teller	massiv flach	12 Pf.
Teller	roccoco, englisch tief u. flach	15 18 22 Pf.
Dessertteller		12 15 Pf.
Tassen	mit Untertassen	12 Pf.
Rahmkannen	weiss	18 22 28 35 Pf.
Rahmkannen	dekorirt	35 45 Pf.
Kaffeekannen		55 Pf.
Theekannen		22 Pf.
Zuckerdosen	Decor Meissen	55 85 Pf. 1 ⁰⁰ 1 ²⁵

Emaile

Eimer	grosse Form, ca. 28 cm	grau 65 blau 70 Pf.
Wannen	oval	85 Pf. 1 ¹⁵ 1 ²⁵ 1 ⁵⁵ bis 2 ⁴⁰
Kochtöpfe	10, 12, 16, 20, 25, 38	bis 50 Pf.
Kochtöpfe	aus einem Stück	14, 18, 25, 30, 42 bis 55 Pf.
Mehlschaufeln	30 Pf.	Maasse 1/2 Ltr. 20 Pf.
Wasserkannen	40, 65, 95 Pf.	bis 1 ³⁵
Milchkrüge		1/2 29 3/4 35 1 1/2 55 2 Liter 65 Pf.
Kartoffeldämpfer		90 Pf. 1 ⁰⁰ 1 ⁸⁰ 1 ⁶⁰
Schmortöpfe		38, 48, 58 bis 78 Pf.
Kaffeeflaschen	35 Pf.	Butterbüchsen 35 Pf.
Wasserkessel		75, 85, 95 Pf. 1 ⁰⁵
Wasserkessel	mit Sack	90 bis 1 ⁵⁰
Durchschläge		28, 36, 42 Pf.
Trinkbecher		15 Pf.
Fenstereimer	75 Pf. 1/1	Litermaasse 30 Pf.
Kaffeekannen		20 bis 65 Pf.
Teller		5 bis 8 Pf.
Casserollen		30, 34, 47, 56, 68 Pf.
Schüsseln		24, 26, 28, 30, 45 Pf. bis 1 ¹⁵

Gasplätten per Garnitur 4⁵⁰
2 Plätter 1 Erhitzer

Inventur- Ausverkauf

Nach beendeter Inventur sind die Preise wie folgt herabgesetzt:
 Teppiche von M. 4.50 bis 8.—, 13.50, 24.—, 36.—, 45.—, 60.— usw.
 Gardinen von M. 2.10 bis 3.50, 5.—, 7.50, 9.—, 12.— usw.
 Portieren bestickt: 2 Schals und 1 Lambrequin, Wolle M. 5.50, Tuch M. 6.75, Plüsch M. 9.75 usw.
 sowie Tisch-, Diwan- u. Steppdecken, Läufer- u. Möbelstoffe etc. bis zu 33 1/3 %
 ebenfalls mit einer Preis-Herabsetzung
 Dieser Ausverkauf findet nur kurze Zeit statt.

**Teppichhaus
B. Adler & Co.**
Königstr. 20/21, an der Jüdenstraße,
im altbekannten Lokal beim Rathaus.

Wenn mancher Mann wüßte
 welche bedeutenden Vorteile die Selbstbereitung von Cognac, Rum, Likören mittels der Echten Original-Essenzen Marke „Lichtherz“ bringt, würde niemand länger säumen, sich durch einen Versuch zu überzeugen, daß die selbstbereiteten Getränke von wunderbarer Feinheit und den besten Aromen der Welt durchaus ebenbürtig sind, wie derselben an Wohlgeschmack sogar übertreffen und sich mehr als um das Doppelte und Dreifache, oft bis um das Zehnfache billiger stellen. Ein Nüchtlings ist ausgeschlossen, jeder Versuch ein Meisterstück. Wertvolle illustrierte Broschüre „Die Destillierung“ gratis! Erhältlich in den durch Schilder im Haushalt“ feinsten Geschäften und bei Otto Reichel, größte Spezialfabrik Deutschlands, Berlin, Eisenbahnstr. 4. Um vor Nachahmungen geschützt zu sein, fordere man stets Reichel-Essenzen mit dem „Lichtherz“ und weisse alles andere ohne weiteres von sich.

Maurer- und Zimmerpoliere, Bauunternehmer
 können sehr günstig Bauteile erwerben und mit dem Bau sofort beginnen, event. ohne bare Auszahlung.
 Offerten unter G. 6 an die Expedition dieses Blattes.

Der Versuch!

Haben Sie unsere Neujahrs-Ermahnung beherzigt? Lesen Sie die 20 Gründe der Vernunft, warum man Kaffee nicht trinken soll? — Sorgen Sie immer noch Zweifel gegen Kathreiners Malzkaffee? — Wohl! — dann gibt es nur einen einzigen Weg, wie Sie Ihre Bedenken beseitigen und sich über die gesundheitlich so hochwichtige Frage volle Gewißheit verschaffen können! — Machen Sie noch heute einen Versuch mit Kathreiners Malzkaffee! Gehen Sie in das erste beste Kolonialwaren-Geschäft und kaufen Sie sich ein kleines Paket Kathreiners Malzkaffee, die Ausgabe ist doch ganz gering! Sollte Ihnen aber auch diese noch zu viel sein, dann schreiben Sie eine Postkarte an Kathreiners Malzkaffee-Fabriken in München. Es wird jedem, der darum ersucht, eine Kostprobe von Kathreiners Malzkaffee ganz umsonst ins Haus gesandt — nur, um auch dem vorurteilvollsten Zweifler den großen Unterschied zwischen Kathreiners Malzkaffee und allen übrigen „Malzkaffees“, unter welchem Namen und in welcher Form sie auch angeboten werden, endlich einmal klar zu machen. Man ist einfach erstaunt, wenn man diesen Unterschied zum ersten Male wahrnimmt und mit eigener Zunge kostet.

Ziehung 15., 16., 17., 18. Februar in Berlin.

Wohlfahrts-Lose à 3.30
(Porto u. Liste 30 Pf.) zu Zwecken d. deutschen Schutzgebiete.
12 977 Gütigew. ohne Abzug Mk.

490000
Hauptgewinn: Mark

75,000
50,000
25,000
15,000

3 x 5000 - 15 000
10 x 2000 - 20 000
20 x 1000 - 20 000
40 x 500 - 20 000
100 x 200 - 20 000
200 x 100 - 20 000
600 x 50 - 30 000
3000 x 30 - 90 000
9000 x 10 - 90 000

Lose empf. der General-Debit
Lud. Müller & Co.

Berlin, Breitenstr. 5. Telegr.-Adr.: Glückensmüller
Dr. Simmel, Prinsenz-Str. 41,
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntag 10-12 2-4.



Hausfrauen, probiert MAGGI'S Suppen

mit der Schutzmarke

Sie ermöglichen es, in kürzester Zeit — nur mit Wasser — wohlschmeckende, nahrhafte Suppen herzustellen. Ein Würfel zu 10 Pf. reicht für 2 gute Teller. Mehr als 30 Sorten. Sie haben in allen besseren Kolonialwaren-Geschäften.

Man verlange ausdrücklich Maggi's Suppen mit der Schutzmarke und weisse andere Marken zurück.

Das Dessauer Zuchtgerichtsverfahren vor dem Ober-Kriegsgericht in Magdeburg.

Zweiter Verhandlungstag. (Telegraphischer Bericht.)

Die Verhandlung in dem Prozesse wegen des Dessauer Zuchtgerichtsverfahrens, die am Mittwoch infolge der notwendig gewordenen Ladung der Mitglieder des Dessauer Kriegsgerichts zum Zwecke ihrer zeugeneidlichen Vernehmung über die Aussagen der drei Angeklagten sowie mehrerer sich widersprechender Zeugen vertagt werden mußte, wurde heute früh kurz nach 9 Uhr vor dem Ober-Kriegsgericht des IV. Armeekorps wieder aufgenommen. Es sind nur noch die Dessauer Kriegsgerichts-Mitglieder zu vernehmen, wobei es sich darum handelt, Aufklärung über die Behauptung der Angeklagten Voigt und Günther zu schaffen, daß sie in Dessau befangen gewesen und damals in ihren Selbstbeurteilungen zu weit gegangen seien. Das Dessauer Urteil hatte in verschiedenen Punkten auf das Eingeständnis der beiden Angeklagten Bezug genommen, das durch die Aussagen des Hauptbelastungszeugen Tropp noch eine wesentliche Unterstützung erfährt. Nachdem nun der Holzarbeiter Tropp, ein achtundzwanzigjähriger, geistig etwas schwächerer Mann, infolge seiner hin- und her schwankenden Angaben am Mittwoch nicht vernommen worden war, steht immer noch die Frage offen, ob der Unteroffizier Heine ohne jede Veranlassung in der Trunkenheit oder erst nach erfolgtem gemeinschaftlichen Angriff seitens der beiden Untergebenen mit dem Seitengewehr um sich geschlagen und dabei das „Verhältnis“ Günthers, die 16jährige Dienstmagd Frieda Regel, getroffen hat. Heute wollen die Angeklagten dem Heine die Waffe nur entziffen haben, um zu verhindern, daß der nach ihren Schilderungen total betrunkene und mit dem blankgezogenen Seitengewehr um sich schlagende Unteroffizier Anstalt anrichtete. Mit der Klärung dieser Frage steht und fällt der auf militärischen Aufruf lautende Punkt der Anklage gegen Voigt und Günther. Dazu kommt noch, daß auch der Unteroffizier Heine seine Aussagen gegenüber denen in der Voruntersuchung und vor dem Dessauer Bericht geändert hat. Insbesondere will er jetzt nicht mehr wissen, ob er schon vor dem Zusammenstoß mit Voigt und Günther in dem Anstaltischen Tanzsaal einen Streit mit Untergebenen hatte und ob er die Regel in dem Lokale antempelte, der Vorgang, der nach der Anklage Voigt und Günther zu dem Heberfall auf ihn veranlaßt. Er will überhaupt so betrunken gewesen sein, daß er sich auf nichts mehr besinnen könne, während er in Dessau seine beiden Mitangeklagten durch seine detaillierten Angaben sehr belastete. Zur Aufklärung dieser Widersprüche sind, wie der Verhandlungsführer, Oberkriegsgerichtsrat Fischer zu Beginn der Sitzung mitteilte, als Zeugen erschienen: Kriegsgerichtsrat Wagner als Verhandlungsführer des Dessauer Gerichts, Kriegsgerichtsrat Wolf als Anklagevertreter und Major Freiherr von Drackstedt, Hauptmann von Kneiff, Oberleutnant von Loebell. Ferner ist der Gerichtsführer Semmel als Protokollführer der Dessauer Verhandlungen, sowie der Dessauer Verteidiger des Angeklagten Voigt, Rechtsanwalt Dr. Suchsland, anwesend. Zunächst wird der Verhandlungsführer Oberkriegsgerichtsrat Fischer: Welche Angaben haben Ihnen die Angeklagten Voigt und Günther über die Vorgänge gemacht, die sich in der kurzen Zeit seit dem Weglaufen des Unteroffiziers Heine mit den beiden Seitengewehren bis zu dem Punkte ereignet haben, wo sie ihm abgenommen wurden? — Zeuge: Der Angeklagte Günther erklärte, daß er gehört habe, wie der davonlaufende Unteroffizier rief: „Ich habe zwei Seitengewehre!“ oder „jeht habe ich auch ein Seitengewehr der 9. Kompagnie!“ Der „10. Kompagnie“, der Voigt angehörte, habe er (Heine) nicht gesagt. Ebenso gestand der Angeklagte Voigt zu, daß er von Heine einen Ruf gehört habe in dem Sinne, daß er jetzt 2 Seitengewehre habe. Ferner gestand Voigt zu, dem Heine sofort nachgelaufen zu sein. Hinter ihm her sei Günther gekommen. Günther gestand dies auf Befragen auch zu. Er sagte, er sei Heine auf wenige Schritte Entfernung gefolgt und habe, als er den Unteroffizier erreichte, denselben festgehalten und am Arme gepackt. Der Unteroffizier habe aber noch nicht geschlagen. Jetzt sei Voigt hinzugelassen und habe dem Heine ebenfalls gepackt. In welcher Weise beide Angeklagte dem Heine angepackt haben, war nicht genau festzustellen. Heine sagte, daß Günther den Heine von hinten herum gefaßt habe; so habe er ihm dann die beiden Seitengewehre entziffen. Der Zeuge bemerkt, hier müsse er etwas einhalten: Er habe die Arme vorher sehr genau studiert und daraus ersehen, daß Günther sich einige Zeit vor dem Dessauer Prozeß zu einer besonderen Vernehmung vorführen ließ mit dem Bemerkten, er wolle ein Geständnis ablegen. Er habe dann auch angegeben, daß er dem Heine nachgelaufen sei und ihn von hinten herum gepackt habe. Während dieser Zeit habe Voigt ihm das Seitengewehr fortgenommen. Der Zeuge sagt weiter aus: Ich pflegte das Hauptgewicht darauf zu legen, daß der Unteroffizier durch zwei Untergebene entziffnet worden ist. Es lag die Tatsache vor, daß über diesen Vorgang in der Voruntersuchung

beide Angeklagte nur unklare, widersprechende Angaben gemacht hatten und daß sie später ein Geständnis ablegten, das Günther in der Hauptverhandlung wiederholte. Ich muß sagen, daß dieses neue Geständnis zu meiner Ueberzeugung und zu meinem größten Erstaunen erfolgte und daß dieses Geständnis, daß sie dem Heine gemeinschaftlich nachgelaufen seien und ihn gemeinschaftlich festgehalten hätten, mir als das Wesentlichste erschien. Ich wollte, so fährt der Zeuge fort, den Angeklagten Günther erst später vernehmen, aber der Anklagevertreter stellte den Antrag, die Angeklagten einzeln und in Abwesenheit der anderen zu vernehmen und so kam Günther angesichts seines aus der Voruntersuchung vorliegenden Geständnisses zuerst an die Reihe. In Abwesenheit Heines und Voigts wiederholte er dann, wie gesagt, das Geständnis im vollen Umfange. Ich lasse jeden Angeklagten und jeden Zeugen erst im Zusammenhang erzählen und habe auch den Günther nicht durch Fragen unterbrochen oder zu weitergehenden Zugeständnissen veranlaßt. Er legte also sein Geständnis unbeeinträchtigt ab. Ein zweiter Hauptpunkt bei der Urteilsabfällung war für mich der, daß Voigt ebenfalls im Ermittlungsverfahren ein Geständnis ablegen wollte, und daß dieses Geständnis darin bestand, daß er den Günther schwer belästigt, indem er sagte, daß dieser den Heine zu Boden geworfen habe. Günther hatte dies nicht zugegeben, sondern nur gesagt, daß er Heine von hinten umfaßt habe. — Verhandlungsführer: Da Ihnen das Geständnis so klar und überzeugend kam, so ist doch ohne weiteres anzunehmen, daß Sie den Günther sofort auf den

atmosphärischen Widerspruch aufmerksam gemacht haben, der zwischen seinen und den Angaben der übrigen Angeklagten bestand. — Zeuge: Ja wohl. — Verhandlungsführer: Und ist dem Angeklagten nicht auch gesagt worden, wie er zu diesem Geständnis komme und ob er wisse, daß es ihn schwer belästigt? — Zeuge: Ja, das habe ich ihm vorgeschlagen. Die Form aber, in der ich es tat, ist mir nicht genau mehr erinnerlich. — Verhandlungsführer: Angeklagter Günther, das macht denn doch alles den Eindruck, daß dieser Vorgang sich hauptsächlich so zugetragen hat, wie Sie ihn in Ihrem Geständnis dargestellt haben und der Zeuge ihn nach Ihren eigenen Angaben jetzt wiederholt hat; daß also Ihre jetzigen Angaben unrichtig sind. — Angeklagter Günther: Was ich heute sage, ist richtig. — Verhandlungsführer: Sie bestreiten also, daß Ihre wiederholten Geständnisse richtig sind? — Angeklagter Günther: Nein, aber es handelt sich da um ein Mißverständnis des Voigt. Ich wollte es berichtigten. — Verhandlungsführer: Wir haben doch soeben gehört, daß Sie zuerst und allein vernommen worden sind und daß alle über Ihre wiederholten Geständnisse erstaunt waren. Also können Sie doch nicht durch die Aussagen des Voigt dazu veranlaßt worden sein. Erklären Sie uns, wie Sie aus freien Stücken dazu gekommen sind, so etwas anzugeben. — Angeklagter Günther: So wie ich es am Mittwoch angegeben habe, ist es richtig. Voigt hatte anders gesagt und ich wollte es richtig sagen. — Verhandlungsführer: Ich frage Sie nochmal, woher kannten Sie die angeblich falschen Angaben Voigts, der doch erst nach Ihnen vernommen worden ist. — Angeklagter Günther: Ich weiß nicht. — Verhandlungsführer: Angeklagter Voigt, können Sie sich entsinnen, daß Sie in Dessau gesagt haben, Günther habe dem Heine von hinten umfaßt? — Angeklagter Voigt: Ich meine, daß er es nur täte, um die Angriffe Heines auf uns abzuwehren. — Zeuge Kriegsgerichtsrat Wagner führt noch an, daß bei der Lokalarrestierung in Liebig der Angeklagte Günther genau beschrieben habe, wo man Heine das Seitengewehr fortgenommen und wann man es ihm wiedergegeben habe. Also sei seines Erachtens eine Verwechslung oder ein Mißverständnis ausgeschlossen. — Rechtsanwalt Garmisow richtet hierauf an den Zeugen die Frage, ob er nicht zu seiner heutigen Aussage erst durch ein nachträgliches Studium der Dessauer Akten sich vorbereitet habe. — Zeuge: Selbstverständlich habe er sich nach so langer Zeit nochmal informieren müssen. — Rechtsanwalt Garmisow: Kann der Zeuge uns best im m t sagen, daß er die Angeklagten im Laufe der Verhandlung in irgend einer Weise auf die Bedeutung ihres Eingeständnisses aufmerksam gemacht hat oder ihnen gesagt hat, daß ein gemeinsames Handeln in dieser Sache als

„Aufbruch“ angesehen und mit Zuchtstrafe bestraft werde. — Verhandlungsführer: Ich habe diese Frage schon gestellt, aber der Zeuge konnte sie nicht bestimmt beantworten. — Rechtsanwalt Garmisow: Es handelt sich um Leute von ganz geringem Bildungsgrade. Deshalb ist die Frage notwendig. Hat der Verhandlungsführer mit irgend einem Worte die Angeklagten auf die Tragweite und die schwerwiegenden Folgen aufmerksam gemacht? — Zeuge: Ich habe schon früher gesagt, daß ich mich im einzelnen nicht mehr darauf bestimme. Aber ich machte sicher den Angeklagten Günther darauf aufmerksam, daß er sich durch seine Angaben selbst belaste. Voigt es zu sagen, habe ich nicht für nötig gehalten. — Verteidiger Rechtsanwalt Garmisow: Ich bin der Ansicht, daß dadurch meine Frage nicht erschöpfend beantwortet ist. Das ist keine Antwort auf eine bestimmte Frage, das ist eine Verneinung. — Verhandlungsführer: Ich frage den Zeugen nicht mehr. Ich meine, er hat meine Frage genügend beantwortet. Wir genügen jedenfalls seine Angaben. — Verteidiger Rechtsanwalt Garmisow: Mir leider nicht.

niemals als Wohltäter, immer nur als Glied und Teil des Ganzen, das auch nicht existieren könnte ohne die Mitarbeit aller anderen Glieder. Diese seine Hochachtung der Organisation, des solidarischen Zusammenwirkens, entspringt nur seiner ganzen Erkenntnis vom Wesen der Arbeit überhaupt. Die Arbeit, die er nur in der Schutzhose von körperlicher und geistiger Anerkennung, war der Leitstern seines ganzen Lebens; er war von einem Fleiß, von einer Ausdauer, die keine Grenzen kannte, aber er hat immer anerkannt, daß große Leistungen nur dort der Arbeit entsprechen können, wo die Liebe, das Interesse an der Arbeit mit der Pflicht zu ihr zusammenfallen. Und es ist alles andere als eine Minderung seiner Verdienste um das Wohl seiner Arbeiter, wenn sie sagen, daß diese Erkenntnis auch der Hauptgrund für die Schöpfung der Carl Zeiss-Stiftung war, daß er ebenso das wohlverstandene Interesse der Unternehmer wahrnahm, als er die Arbeiter zu möglichst günstigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen brachte. Wird seine soziale Schöpfung, die Carl Zeiss-Stiftung, mit all ihren Angliederungen, wie Lebenshalle, Universitätsunterstützung, Volkshaus, Volkunterhaltungsabende ujm. usw. vielfach und sehr gegen Willen und Absicht ihres Schöpfers überschätzt, so beweiset die breite Öffentlichkeit viel zu gering seine Verdienste um die Wissenschaft. Hier, und besonders auf seinem Spezialgebiete der Optik, war er bahnbrechend; ihm verdanken wir die Theorie des Mikroskops, die Grundlage der modernen mikroskopischen Technik, ohne welche die revolutionisierenden Entdeckungen der meisten Fortschrittsbereiche einfach undenkbar sind. Hier ist er direkt zu einem Wohltäter der Menschheit geworden. Als er dies Gebiet betrat, wurden die Mikroskope geschafften, indem man „ausprobierete“, welche Linsen und Glasarten das beste Ergebnis ergaben. Abbe hat es durch seine Theorie des Mikroskops dahin gebracht, daß sich der bestmögliche Erfolg vorher berechnen läßt, und daß nun nach dieser Berechnung erst die Zusammenstellung des Mikroskops erfolgt. Er hat die Dinge hier völlig auf den Kopf gestellt. Und das mit Hülfsmitteln und unter Bedingungen, die nur das Genie überwinden konnte. Als er nach Abschluß seiner Studien in Jena und Göttingen bald in die 1848 von Carl Friedrich Zeiss gegründete kleine optische Werkstätte in Jena trat, fand er hier alles in engem, handwerklich-mäßigem Betriebe, was heute auf seinem Felde die Welt beherrscht. Dies so von Arbeit beherrschte und von Erfolg gekrönte Leben

Verhandlungsführer: Dann muß ich Sie bitten, die Frage schriftlich zu formulieren. — Inzwischen tritt eine längere Pause ein. Nach Wiedereröffnung der Sitzung verliest Rechtsanwält Garmisow seine schon vorher mündlich an den Zeugen gerichtete Frage, worauf dieser jedoch erklärt, er habe seiner Aussage nichts mehr hinzuzufügen. — Verhandlungsführer: Ich meine auch, daß aus der wunderbar klaren Aussage des Zeugen zu ersehen ist, daß das Geständnis spontan kam. Welche Schlussfolgerung daraus zu ziehen ist, ist allerdings eine andere Sache. — Verteidiger Rechtsanwalt Garmisow möchte ferner feststellen wissen, ob in Dessau versucht worden ist, die Dauer des ganzen Vorganges festzustellen. — Verhandlungsführer: Auch hierüber werde ich den Zeugen nicht befragen, da das Gericht am Mittwoch ausdrücklich beschlossen hat, von einer weiteren Weisungsaufnahme abzusehen. — Verteidiger Rechtsanwalt Garmisow: Dann bitte ich um einen Gerichtsbescheid. Hier handelt es sich um einen Vorgang, der sicher nur wenige Minuten gedauert hat. Die Frage ist von ausschlaggebender Bedeutung für den ganzen Prozeß. Es handelt sich ferner bei den Angeklagten und Zeugen um außerordentlich beschränkte Menschen. Die Hauptfrage bleibt nach wie vor: Sind die Angeklagten sich bewußt gewesen, worauf es ankam. Hierfür ist die Frage nach der Zeitdauer des ganzen Vorganges von wesentlicher Bedeutung. — Anklagevertreter Kriegsgerichtsrat Richter: Ich halte diese Frage des Verteidigers für berechtigt im Interesse der Feststellung des effektiven Tatbestandes. — Der Verteidiger Rechtsanwalt Garmisow will wissen, ob die Angeklagten sich der Tragweite ihrer Handlungen bewußt waren und zugunsten der Angeklagten muß man nach den Angaben des Zeugen Wagner annehmen, daß sie sich über den Unterschied zwischen der gewöhnlichen Achtungsverletzung und dem schwerwiegenden Aufruhr nicht klar geworden sind. Von den Angeklagten ist in Dessau etwas verlangt worden, was man von Zeugen, die den Eid zu leisten haben, erst nach sehr eingehender Belehrung aller Möglichkeiten und Folgen verlangt, und denen dann ein wesentlicher Schwur zur Seite steht. Dieser Schwur sollte den Angeklagten. Somit sind meines Erachtens die Angaben Günthers

nicht ein Geständnis, sondern nur eine Aussage, die als eine Berichtigung der vorausgegangenen unklaren Angaben Voigts angesehen ist. Nach kurzer Beratung verkündet das Gericht, daß es sämtliche Anträge ablehne. Was den ersten Antrag anlangt, so nehme das Gericht zugunsten der Angeklagten an, daß sich der fragliche Vorfall in aller kürzester Zeit abgespielt hat. Die zweite Frage an den früheren Verhandlungsführer zu richten erübrige sich. Selbstverständlich sei es Pflicht des einen so wichtigen Prozeß führenden Richters, den Angeklagten auf Widersprüche und veränderte rechtliche Gesichtspunkte aufmerksam zu machen. Das jetzige Gericht habe aber nicht die Pflicht, nachzuprüfen, ob der Zeuge in der vorigen Verhandlung in dieser Beziehung richtig vorgegangen ist. Verteidiger Rechtsanwalt Garmisow: Der Vorsitzende hat gesagt, der Angeklagte Günther hätte nicht wissen können, was Voigt sagen würde. Daraus hat er dann auf die Unwahrheit der Angaben Günthers geschlossen. Demgegenüber bemerke er, daß die Aussage Voigts dem Angeklagten Günther vorher gesagt worden sei. — Verhandlungsführer: Ich hatte erwartet, daß der Angeklagte das selber angeben würde. — Rechtsanwalt Garmisow (mit einer entsprechenden Handbewegung): Ach, der! — Verhandlungsführer: So dummt ist er aber doch nicht! Er als Geseiter, der zwei Jahre gedient hat, müßte doch so geschick sein, daß er sich dessen erinnere. Der folgende Zeuge, Kriegsgerichtsrat Wolf, bekundet, daß Günther in der Dessauer Verhandlung angegeben habe: nachdem Heine mit zwei Seitengewehren herausgelaufen sei und die Nummer des einen Seitengewehres gerufen habe, habe er den Voigt gerufen und beide seien hinter Heine hergelaufen. Voigt habe ihn zuerst eingeholt; dann sei er auch noch hinzugelassen und habe dem Heine die Arme festgehalten. — Verhandlungsführer: Ist denn dem Günther angesichts seines Geständnisses gesagt worden: aber Menschenskind, in der Voruntersuchung haben Sie ganz anders ausgesagt, wie kommen Sie jetzt zu dieser Selbstbelastung! — Zeuge: Wenn ich mich recht erinnere, so wurde ihm gesagt, er habe heute mehr zugegeben als früher. — Verteidiger Rechtsanwalt Garmisow: Mehr nicht? — Zeuge kann sich nicht erinnern. — Anklagevertreter: Ob Voigt dem Heine das Gewehr abnahm, während Günther ihm die Hände festhielt, konnte wohl schon damals nicht mit Bestimmtheit festgestellt werden? — Zeuge: Nein. — Verhandlungsführer: Sie haben aber wohl im Gedächtnis, daß die Güntherische Aussage für Voigt sehr belastend war? — Zeuge: Ich habe die einzelnen Aussagen nur so weit noch im Gedächtnis, daß sie sich im wesentlichen nicht widersprechen.

Der nächste Zeuge ist der frühere Verteidiger Voigts, Rechtsanwalt Dr. Suchsland an Halle. Er bekundet, seiner Erinnerung nach gab Voigt an: Als Heine blank gezogen hatte, bekam ich einen Schock und, um ein Unglück zu verhüten, bin ich zu ihm gegangen und habe ihm die Waffe fortgenommen. Ich habe sie ihm aber gleich wieder zurückgegeben. Inzwischen wurde ich von Günther darauf aufmerksam gemacht, daß Heine mir soeben mein Seitengewehr herausgezogen habe. Ich ließ darauf Heine nach und Günther schloß sich mir an, und nun war ich bemüht, die Waffe wiederzubekommen. — Verteidiger Rechtsanwalt Garmisow: Erinnern Sie sich, daß man Günther auch auf die Folgen seiner Aussage für ihn selbst aufmerksam machte? — Zeuge: Ich hatte selbst vor der Ver-

stöße in einer äußerlich gleichmäßigen, klaffenden Ruhe dahin; in Thüringen, in Eisenach, stand Abbe's Wiege, in Jena und Göttingen studierte er, in Jena schuf er dann sein Größtes, und von den feiner Erholung notgedrungen gemilderten Reisen abgesehen, war er hier stets zu finden. Aber es wäre weit gefehlt, in diesem ruhigen Gleichmaß des äußeren Lebens eine stille, passive Natur zu suchen. Im Gegenteil: wo immer es galt, als Staatsbürger, als Politiker bei erstem Anlaß Stellung zu nehmen, tat er es ohne jede Rücksicht. Er hat seinerzeit eben so mannhaft gegen das Schandgesetz im Reich protestiert wie gegen die neueren gleichwertigen Unterdrückungen des Vereins- und Versammlungsrechtes in seinem eigenen Vaterlande. Seine Parteipflicht war nicht völlig klar, er packte wohl am besten zur süddeutschen Volkspartei, gegen den Nichts-als-Freisinn aber hatte er ungeheure Abneigung. Seine Stellung zur Sozialdemokratie charakterisierte er gelegentlich im privaten Kreise halb im Scherz, aber doch ganz richtig dahin, daß er theoretisch nicht bei uns sei, praktisch aber auf allen Wegen mit uns ginge. Dies lehte hat er getan, wo immer die politische Situation ganze Männer forderte; ungerne in besonderen Wirt ihm seine wertvolle Mühe bleiben, die er in den schwersten Zeiten des Schandgesetzes vielfältig der deutschen Partei erwiesen hat. So steht am frischen Grabe Abbes mit seiner Gattin, die ihn in liebevoller Treue und Eingabe umfingte, ihm für alles ein inniges Verständnis entgegenbrachte, mit seinen beiden Töchtern, mit der unendlichen Zahl seiner Verehrer und Freunde, auch nicht zuletzt trauernd die deutsche Sozialdemokratie. Sie wird sein Andenken als das eines Mannes in Ehren halten, der in der bürgerlichen Welt wenige seinesgleichen hatte. R. G.

Ernst Abbe.

In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend ist in Jena im 65. Jahre seines Lebens Ernst Abbe gestorben. Sein Leben und Wirken im ganzen Umfange und Werte zu schildern, wo der erste Schmerz um den Verlust dieses wahrhaft großen Menschen alles Einzelne zurückdrängt, ist unmöglich; die Arbeiter und ihre Presse werden seiner noch oft gedenken müssen, und immer werden sie reichlich Stoff haben und sich liebevoll eines Lebenswertes erinnern können, das auf den Gipfeln der bürgerlichen Gesellschaftsordnung mit wenigen seinesgleichen einsam seinen Ruhm und eine verdiente dankbare Anerkennung über alle Gegenden hinweg in eine bessere Ordnung der Dinge hinüberstrahlen läßt. Was Ernst Abbe zu den Größten seiner Zeit bestimmt, ist auch nicht das Einzelne seiner Leistungen in Wissenschaft und Arbeit, nicht das Einzelne seines persönlichen Lebens, es ist die Totalität seines Wesens, die ihn für alle Zeiten zu einem edlen Muster gemacht hat, das nach des Dichters Wort Nachfeier werden soll und dem Urteil höhere Gesetze gibt. Was seinen Namen am meisten in die Öffentlichkeit trug, die Ueberführung seines Privatbesitzes von Millionenwert in eine unpersonliche Stiftung, gibt von der Fülle des Wirkens dieses Mannes doch nur eine blasser Vorstellung; und er selbst hat seine Stiftung zum Andenken an Carl Zeiss wieder für seine Person noch fastlich jemals so eingeschätzt, wie ein Teil der sozial-reformerischen Presse und Parteien, als eine Ausgliederung der Gegensätze von Kapital und Arbeit, als den Anfang einer neuen Produktionsordnung. Das war vielleicht auf dieser Linie seines Wirkens das Größte an ihm, daß er sich der Grenzen privaten Unternehmertums zugunsten der Arbeiter in jeder Hinsicht voll bewußt war. Er hat, wo immer man es hören wollte, den Wert der Organisation der Arbeiter weit über alles gestellt, was die Unternehmer bei dem heutigen Stande der Dinge freiwillig den Arbeitern lombieren können, und auch für die Erhaltung seiner eigenen sozialen Schöpfungen sah er die sicherste Stütze und Gewähr in einer geschlossenen, sich ihrer Aufgaben und Rechte bewußten Organisation der Arbeiter. Er schuf deshalb auch niemals in seinen Betrieben etwas ohne Rücksprache mit den Arbeiterschreibern, ohne ihre ausdrückliche Zustimmung; er fühlte sich

aus Jena wird und telegraphiert: Die Geschäftsteilungen der Betriebe der Carl Zeiss-Stiftung sagen in ihrem Nachruf: „Was Abbe im beruflichen Leben geschaffen, was er als Mensch und als Genie geleistet, bleibt unaussprechlich in unseren Herzen und in der Geschichte unserer Unternehmen eingegraben.“ Die sämtlichen Geschäftsbeteiligten der optischen Werkstätte Carl Zeiss bringen in einem Nachruf das „Gefühl der aufrichtigen Dankbarkeit für Abbes unermüdete und erfolgreiche Tätigkeit im Dienste der Firma und des Allgemeinwohls öffentlich zum Ausdruck.“

Handlung Gelegenheit genommen, mit Voigt zu sprechen und sagte ihm, er sollte recht vorsichtig sein. In der Verhandlung habe ich allerdings vielfach die Auffassung gewonnen, daß er mehr eintürnte, als sich aus der Situation ergab, daß er durch Zugeständnisse verjügte, sich das Wohlwollen seiner Richter zu erwerben. — Verhandlungsführer: Die Frage ist, ob man ihm vorgehalten hat, daß sein Zugeständnis ein schwebendes militärisches Verbrechen involvierte. Hat man ihm gesagt, das ist Aufruhr, das gibt es eine furchtbare Strafe? — Zeuge: Dafür war die Vorbedingung, daß das gemeinschaftliche Handeln festgestellt wurde. Hierauf wurde wohl weniger Wert gelegt. — Verhandlungsführer (zu den Verteidigern): Wird nunmehr auf alle weiteren Zeugenvernehmungen verzichtet? Ich denke, ich habe nun Licht und Schatten nach allen Seiten gleichmäßig verteilt. — Der Anklagevertreter erklärt, er verzichte, während die Verteidiger erklären, nicht verzichten zu können.

Nach Vernehmung des Majors Freiherrn v. Trotsche wird das protokolllarische Geständnis des Angeklagten Voigt verlesen. Voigt sagt darin aus: Als meine Blauf zog, bekam ich einen Schreck und hielt das Seitengewehr fest, um ein Unglück zu verhüten. Seitwärts den Unteroffizier angegriffen zu haben. Günther stand während des Vorganges ruhig dabei. Die beide ließen dem Unteroffizier nach, da ich mein Seitengewehr wieder haben wollte. Der Unteroffizier drehte sich nach uns herum und schlug nach uns. Günther hielt ihn am Arme fest, während ich ihm das Seitengewehr abnahm. Der Unteroffizier schlug nun jetzt, nachdem ich das Seitengewehr wieder hatte, nach der Regel, worauf Günther ihn festhielt und zu Boden warf. Weiter habe ich keine nicht berührt. Es kam dann ein anderer Soldat, der versetzte meine Schritte. — Voigt bemerkt auf Befragen des Verhandlungsführers, er gebe zu, daß Günther den Unteroffizier von hinten gepackt habe, alles übrige müsse auf einem Mißverständnis beruhen. — Verhandlungsführer: Sie haben doch aber das Protokoll unterschrieben. Ein Mann, dem sein Hauptmann das Zeugnis ausstellt, daß er ein fähiger Soldat sei, der beim Freiwerden einer Stellung zum Gefreiten befördert werden sollte, muß doch wissen, was er unterschrieben hat. — Voigt: Ich habe das nicht so gesagt, ich muß falsch verstanden worden sein. — Verhandlungsführer: Sie sagen heute, Günther habe den Unteroffizier von hinten gepackt. — Voigt: Jawohl. — Verhandlungsführer: Am Mittwoch sagten Sie, Günther habe den Unteroffizier von vorn gefaßt. — Voigt schweigt. — Verhandlungsführer: Günther, was sagen Sie dazu? — Günther: Es ist unwar, was Voigt soeben sagte, ich hätte den Unteroffizier von vorn gefaßt. — Verhandlungsführer: Angeklagter Heine, was sagen Sie dazu? — Angeklagter Heine: Nichts.

Zeuge Rechtsanwalt Suchsland bemerkt auf Befragen des Verteidigers Guttman, er habe die Auffassung, die Angeklagten hätten mehr zugegeben, als der Wahrheit entspräche, um sich die Gunst des Gerichts zu erwerben. Sie seien sich aber auch heute noch nicht über die Situation klar.

Der Verhandlungsleiter erklärt hierauf die Beweisaufnahme für geschlossen.

Nach einer kurzen Pause nimmt das Wort der

Vertreter der Anklage

Strieggerichtsrat Richter: Die vorliegende Anklage hat wegen des ergangenen Urteils großes Aufsehen erregt, dieses Aufsehen war aber vollständig unberechtigt. Der Krieg ist ein raubendes Handwerk, er erfordert, daß Tausende wie ein Mann zusammenhalten. Die Vorkämpfe hierzu ist die Armee. Die Soldaten müssen durch eine Disziplin dazu erzogen werden, daß sie die Schrecken und Anblicke des Krieges ertragen, daß sie bis zum letzten Augenblick ausharren und die Befehle ihrer Vorgesetzten strikte erfüllen. Wir nehmen zum Militär auch Vorbestrafte und Widerpenfliche. Diesen Elementen muß der militärische Geist erst eingeimpft werden. Deshalb ist es notwendig, daß den Soldaten immer und immer wieder vorgelesen wird, welche Strafen auf Insubordination stehen, es ist notwendig, dem Soldaten immer und wieder zu sagen, daß er mit 5 Jahren Zuchthaus bestraft wird, wenn er sich an einem Aufruhr beteiligt. Wenn auf Aufruhr nur 45 Tage Gefängnis stünden, würde sich das Verbrechen des Aufruhrs ungemein vermehren. Die gegenwärtige Verhandlung hat gezeigt, daß je längere Zeit eine Sache dauert, desto schwächer die Erinnerung wird. Es ist natürlich, daß die Zeugenaussagen voneinander abweichen und sich widersprechen. Jedemfalls hat aber die Verhandlung nicht bestimmt ergeben, daß die Angeklagten sich des Aufruhrs im Sinne des Gesetzes schuldig machten. Der Vertreter der Anklage beleuchtet sodann eingehend die einzelnen Zeugenaussagen und kommt zu dem Schluß, daß

Aufruhr nicht nachgewiesen

sei. Es liegt hier ein non liquet vor. Erwiesen sei dagegen, daß die Angeklagten sich einer tätlichen Mißhandlung eines Vorgesetzten schuldig gemacht hätten. Bei der Strafabmessung wird zu erwägen sein, daß die Angeklagten nicht weiter gegangen sind, als unbedingt notwendig war. Sie haben dem Unteroffizier das Seitengewehr zweimal weggenommen, damit er keine Tätlichkeiten begehen könne, sie haben es ihm aber jedesmal sofort zurückgegeben. Dem Angeklagten Günther kommt außerdem zugute, daß er das Dienstmädchen Regel schämen mußte. Er konnte ihm nicht gut sagen: Ich muß dich schämen lassen, weil der Läter mein Vorgesetzter ist. Ferner ist zu erwägen, daß den beiden Angeklagten von ihrem Hauptmann das beste Zeugnis ausgestellt worden ist. Was den Angeklagten Heine betrifft, so hat dieser ein geradezu tolles Benehmen an den Tag gelegt. Er läßt sich gefallen, daß ihm Ausdrücke wie „Esel“, „Stiefel“, „Rhinozeros“ zugerufen werden, ohne den Mann festnehmen zu lassen.

Der Staatsanwalt beantragt zum Schluß des Plaidoyers gegen Heine sechs Monate Gefängnis, Degradation, gegen Günther ein Jahr, gegen Voigt ein Jahr zwei Monate Gefängnis.

Urteil.

Auf die Verurteilung der Angeklagten Voigt und Günther wird das kriegsgerichtliche Urteil der 8. Division zu Halle insoweit aufgehoben, als der Gefreite Günther von der Beleidigung eines Vorgesetzten und beide Angeklagte von der Anklage des militärischen Aufruhrs freigesprochen werden. Dagegen sind beide in einem Falle des tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten schuldig und werden deswegen mit einem Jahre sechs Monaten Gefängnis verurteilt, wovon drei Monate durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet werden. Hinsichtlich eines dem Angeklagten Günther zur Last gelegten weiteren Angriffs auf einen Vorgesetzten erfolgte Freisprechung. Der Angeklagte Heine wird zugunlich der gegen ihn vom Dessauer Gericht erkannten Strafe zu einer Gesamtstrafe von sechs Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt.

Ein Erfolg gewerkschaftlichen Kampfes.

Nachdem die Generalversammlung des Holzarbeiter-Verbandes dem Einigungsverträge zugestimmt hat und eine Versammlung der Unternehmer ihn schon tags zuvor angenommen hatte, ist der Vertrag am Sonnabend vormittag von den Vertretern beider Parteien vor dem Gewerbegericht unterzeichnet worden. Damit ist der Vertrag für die beiderseitigen Organisationen rechtsverbindlich geworden, die Grundlage für die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Berliner Tischlergewerbe ist nunmehr für die nächsten zwei Jahre festgelegt.

In der am Donnerstag abgehaltenen Vertrauensmänner-Versammlung des Holzarbeiter-Verbandes stieß der Vertrag auf eine lebhafteste Opposition und eine sehr starke Widerheit der Versammlung stimmte gegen die Annahme desselben. Auch in der Generalversammlung am Freitag sprachen noch verschiedene Redner gegen den Abschluß des Vertrages. Schließlich gaben aber doch die wohl-erzogenen Gründe, welche die Mitglieder der Verbandleitung für den Vertrag anführten, den Ausschlag, so daß das Vertragsverhältnis mit einer Mehrheit von fast drei Vierteln der Abstimmenden Annahme fand.

Es ist ja begreiflich, daß in den Reihen der unmittelbar Beteiligten verschiedene Meinungen herrschen, ob man mit dem end-

gültigen Resultat des langwierigen — auf beiden Seiten mit Hartnäckigkeit und Ausdauer geführten Kampfes zufrieden sein kann und ob der Erfolg in angemessenem Verhältnis zu den Opfern steht, welche der Kampf den Arbeitern kostete. — Will man diese Frage rein objektiv beantworten, ohne Stimmungungen und Empfindungen, so berechtigt sie auch sein mögen, Raum zu geben, so muß man die Tatsachen reden lassen, welche für den nunmehr beendeten Kampf maßgebend waren. Die einfache Darstellung dieser Tatsachen wird uns zeigen, um welches Streikobjekt der Kampf geführt wurde, wie sein Verlauf war und welchen Erfolg er für die beteiligten Arbeiter hatte.

Den Ausgangspunkt des Konflikts bildete die von den Arbeitern erhobene Forderung: Sicherung des Lohnes bei Anfertigung neuer Muster im Afford. — Im Grunde genommen beruht diese Forderung die Streikfrage: Afford- oder Zeitlohn. — Der Unternehmer hat ein erhebliches Interesse am Affordlohn, denn er will mit festumgrenzten Herstellungskosten für jeden einzelnen Artikel rechnen. Schwanken die Herstellungskosten bei ein und demselben Artikel je nach dem Fleiß und der Geschicklichkeit des Arbeiters, so stört das die Rechnung des Unternehmers und er wird deshalb bemüht sein, seine Waren im Afford herstellen zu lassen, was denn auch in der Berliner Möbelindustrie fast ohne Ausnahme geschieht. — Die Arbeiter hätten keine Ursache, den Affordarbeit an sich zu widertreiben, wenn nicht diese Lohnform den Uebelstand hätte, die Leistungen des Arbeiters fortgesetzt zu steigern, ohne seinen Verdienst entsprechend zu erhöhen. Wenn es sich um die Herstellung von Artikeln handelt, die stets nach demselben Schema und in derselben Art hergestellt werden, so kann durch feste Affordtarife, die als unüberwindbare Norm ebenso wie der Zeitlohn maßgebend sind, der indirekten Lohnrückerei vorgebeugt werden. Für die Tischlerei, besonders für die Möbelindustrie, lassen sich derartige Normen aber gar nicht schaffen, weil hier mit einer ungeheuren Mannigfaltigkeit der Artikel und sehr verschiedenen Arten der Ausführung zu rechnen ist. In ganz besonders hohem Maße trifft das zu für jenen Zweig der Möbelindustrie, der von Zeit zu Zeit ganz neue Muster auf den Markt bringt. Der Unternehmer, der solche neuen Muster anfertigen läßt, will sie natürlich, um die Konkurrenz zu schlagen und sich einen gewinnbringenden Absatz zu sichern, zu möglichst niedrigem Preise liefern. Was liegt da näher, als daß er, wie es immer in solchen Fällen zu geschehen pflegt, am Arbeitslohn zu sparen, das heißt, den Lohn zu drücken sucht. Die Rechnung des Unternehmers wird in dieser Regel gemacht werden: Das Stück darf so und so viel kosten, wenn es guten Absatz finden soll; so und so viel muß ich für Material ausgeben, so und so viel will ich daran verdienen, folglich darf der Arbeitslohn nur so und so viel betragen. Nach diesen Grundätzen wird also der Affordlohn festgesetzt. Der Arbeiter, der zum erstenmal ein neues Muster anfertigt, kann in den meisten Fällen gar nicht voraussehen, ob er bei dem gebotenen Preise seinen Lohn verdienen kann. Er feilscht wohl mit dem Unternehmer, erhält vielleicht auch eine kleine Zulage zu dem anfangs gebotenen Preise, aber wenn er einige Wochen an dem neuen Afford gearbeitet hat, stellt sich heraus, daß sein Verdienst trotz fleißigen Arbeitens weit hinter dem üblichen Lohn zurückgeblieben ist. Aber die Arbeit ist einmal veranfaßt, eine nachträgliche Zulage gibt es nicht. Der Arbeiter hat die letzten Tage, vielleicht gar die letzte Woche an dem neuen Stück tatsächlich umsonst gearbeitet; er ist „ausgeschmiert“ worden, wie der Sachausdruck lautet.

Diesen unsicheren und unbilligen Zuständen wollten die Arbeiter ein Ende machen, indem sie forderten, daß ihnen bei neuen Mustern, die in Afford angefertigt werden, der von ihnen bisher erzielte Durchschnittslohn gesichert werde. — Davon wollten aber die Unternehmer nichts wissen. Sie behaupteten, mit der Lohnsicherung werde ihnen jede Grundlage der Preisberechnung entzogen, die Erfüllung dieser Forderung sei gleichbedeutend mit dem Ruin der Berliner Möbelindustrie. Die Arbeiter hatten niemals die Absicht, diese Forderung, so berechtigt und selbstverständlich sie auch ist, zum Gegenstand eines allgemeinen Streiks zu machen. Sie verhandelten vielmehr mit den Vertretern der organisierten Unternehmer, um den Kampf zu vermeiden, waren sie sogar bereit, sich mit der Sicherung von 95 Proz. des durchschnittlichen Verdienstes zu begnügen. Aber selbst diese ermäßigte Forderung wollten die Unternehmer nicht anerkennen. Zwar boten sie 90 Proz. des Durchschnittsverdienstes, aber sie wußten wohl, daß sich die Arbeiter auf ein solches „Zugeständnis“ nicht einlassen konnten. Man darf wohl annehmen, daß es den Unternehmern mit diesem „Zugeständnis“ nicht einmal ernst war. Seit Jahren hatten sie gesehen, daß der Holzarbeiter-Verband eine Macht ist, mit der die Unternehmer rechnen müssen. Sie waren sich wohl bewußt, daß die Organisation der Holzarbeiter in der Lage ist, auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestimmend einzuwirken. Es war den Unternehmern klar, daß sie nicht willkürlich die Löhne festsetzen, daß sie nicht unumschränkte Herren über die Arbeiter sein könnten, solange sich diese auf eine starke und leistungsfähige Organisation stützen konnten. Deshalb war es schon lange der schärfste Wunsch der Unternehmer, den Holzarbeiter-Verband zu schwächen, seine Macht und seinen Einfluß zu brechen und nach eigenem Gutdünken zu bestimmen, welche Löhne, welche Arbeitsverhältnisse in der Holzindustrie gelten sollten.

Da auch die Unternehmer seit Jahren mit Erfolg an der Stützung ihrer Organisation gearbeitet hatten, so schien ihnen der Zeitpunkt gekommen, um einen entscheidenden Schlag gegen den Holzarbeiter-Verband zu führen. Sie brachen die Verhandlungen ab und machten die Forderung der Lohnsicherung, obwohl dieselbe nur für einen Teil der Möbelindustrie in Frage kommt, zum Anlaß eines allgemeinen Angriffs gegen den Holzarbeiter-Verband. Die Aussperrung wurde beschlossen und anfangs Oktober ins Werk gesetzt. — Die Unternehmer rechneten mit Sicherheit darauf, daß die Aussperrung die Macht des Holzarbeiter-Verbandes brechen und ihnen „Ruhe im Gewerbe“ schaffen werde, dergestalt, daß die Unternehmer die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einfach diktieren könnten, ohne das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter respektieren zu brauchen.

Der Plan der Unternehmer ist völlig gescheitert.

Die organisierten Arbeiter nahmen den Kampf, der ihnen geboten wurde, auf, ja, sie gingen nun ihrerseits zu energischen Gegenmaßnahmen über, indem sie die teilweisen Aussperrungen in allen Betrieben, wo es ihnen ratsam schien, mit der vollständigen Arbeitsniederlegung beantworteten. — So währte der Kampf ein volles Vierteljahr, ohne daß die Unternehmer ihrem Ziele auch nur einen Schritt näher gekommen wären. In den Reihen der in den Kampf gedrangenen Arbeiter gab es kein Wanken und kein Weichen. Unter solchen Umständen mußte selbst den hartnäckigsten Unternehmern die Einsicht kommen, daß ein Gegner, der so fest im Kampfe steht, nicht zu bezwingen ist. Neben dieser Einsicht mag auch der Umstand, daß viele Unternehmer bereits kampfmüde waren, dazu beigetragen haben, daß die Führer der Unternehmer-Organisation, einer Einladung von unparteiischer Seite folgend, kurz vor Jahreschluss in Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiter eintraten.

Die unparteiischen Leiter dieser Verhandlungen hatten ein schweres Stück Arbeit, um in einer Reihe langer Sitzungen endlich eine Verständigung der Parteien herbeizuführen. Da standen auf der einen Seite die Beauftragten der Unternehmer mit ihrem Obermeister als Vorkämpfer, der nur widerstrebend den Forderungen der Arbeiter Schritt um Schritt entgegenkam, und dem jede den Arbeitern günstige Bestimmung des Vertrages oft unter heftigem Wortgefecht abgerungen werden mußte. — Auf der anderen Seite die Vertreter der Arbeiter, die zwar bereit zum Frieden, aber durchaus nicht geneigt waren, von den wohlbegründeten Forderungen und den berechtigten Interessen ihrer Kollegen etwas abzulassen, und die, wenn man auf der Gegenseite mit dem Abbruch der Verhandlungen drohte, mit ruhigem Gleichmut antworteten: „Gut, wenn Sie weiter kämpfen wollen, wir halten es noch lange aus!“

Aber trotz aller Schwierigkeiten kam man schließlich, dank der einsichtsvollen Leitung der Unparteiischen, doch zu einer Verständigung, und zwar zu einer solchen, mit der die Arbeiter unserer Ueberzeugung nach vollkommen zufrieden sein können.

Während der ganzen Dauer des Kampfes haben die Unternehmer in jeder ihrer Versammlungen und in jeder Nummer ihres Fachorgans erklärt: „Wenn die Arbeiter die Forderung der Lohnsicherung nicht annehmen lassen, gibt es keine Verständigung.“ Dies folge Wort ist nicht zur Wahrheit geworden.

Der nunmehr geltende Vertrag erfüllt die Forderung der Lohnsicherung in dem Umfange, wie sie von den Arbeitern vor der Aussperrung gestellt worden ist. — Allerdings bleibt die Affordarbeit auch bei neuen Mustern die herrschende Lohnform. Ihre Abschaffung haben die Arbeiter aber niemals gefordert. Aber das, was sie in dieser Hinsicht wünschten, ist ihnen durch Vertrag zugestimmt. Die Verhältnisse sind derart geregelt, daß kein Arbeiter mehr durch zu niedrig angelegte Affordpreise eine Einbuße am Lohn erleiden kann. Der Verdienst, den der Arbeiter im Durchschnitt der letzten sechs Monate erzielte, ist ihm unter allen Umständen gesichert. Es ist nicht mehr nötig, daß die Arbeiter erst in jedem einzelnen derartigen Falle durch Bestreikstreiks, deren Ausgang ja immerhin zweifelhaft ist, einen gerechten Lohn erzwingen müssen. Damit ist eine Forderung erfüllt, die der Affordarbeit die eine Seite ihrer lohnbrückenden Wirkung nimmt.

Außer dieser zweifellosen Errungenschaft bringt der Vertrag noch eine andere, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden darf. Der Arbeitsnachweis der Tischler-Zunftung, der eingerichtet worden ist als eine Stelle zur Kontrolle und Mahnung „miffliebiger“ Arbeiter, muß beseitigt werden, an seine Stelle tritt ein paritätischer Arbeitsnachweis, der zu gleichen Teilen von Arbeitern und Arbeitgebern veraltet wird. Auch hier ist den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht gesichert, welches ihnen die Unternehmer bisher hartnäckig vorenthalten.

Nach alledem ergibt sich also das Resultat des 15 Wochen währenden Kampfes: Der Holzarbeiter-Verband hat bewiesen, daß er durch den schärfsten Angriff, dessen die Unternehmer der Holzindustrie fähig sind, nicht besiegt, ja nicht einmal in seiner Macht und seinem Einfluß geschädigt werden kann. Die Unternehmer mußten wohl oder übel diese Tatsache anerkennen und einen Vertrag mit den organisierten Arbeitern abschließen, der an die Stelle der Willkür festumgrenzte, beide Teile verpflichtende Bestimmungen, an die Stelle des Unternehmer-Absolutismus ein sozusagen konstitutionelles Verhältnis setzt. Die Arbeiter brauchen nicht mehr durch Streiks, die ihnen Opfer kosten und nicht immer Erfolg haben, in jedem Einzelfalle um ihr Recht kämpfen, es muß ihnen vielmehr werden, ohne daß sie Opfer zu bringen und Kämpfe zu liefern haben. Besonders ist zu beachten, daß ja auch die kapitalkräftigen Großunternehmer, die ja immer noch am ehesten in der Lage sind, den Arbeitern erfolgreichen Widerstand zu leisten, dem Vertrage unterworfen sind.

So ist also jetzt für die Berliner Holzindustrie ein Vertragsverhältnis geschaffen, welches für längere Zeit stabile Lohn- und Arbeitsverhältnisse schafft, an denen die Unternehmer nicht rütteln dürfen, selbst wenn eine ungünstige Geschäftskonjunktur die Möglichkeit böte, die Lage der Arbeiter zu verschlechtern.

In den Versammlungen der Arbeiter ist hier und da der Einwand erhoben worden: Wer bürgt und denn dafür, daß die Unternehmer den Vertrag ehehich halten? — Mag sein, daß mancher Arbeiter infolge seiner Erfahrungen Grund zum Mißtrauen hat. Den Zweifeln an der Vertragstreue des Gegenkontrahenten mag gesagt sein: Wenn man auch Grund haben mag, nicht immer auf Treu und Glauben bei den Unternehmern zu bauen, so bürgt doch die Macht der Arbeiterorganisation, welche die Unternehmer soeben kennen gelernt haben, unter allen Umständen dafür, daß der Vertrag gehalten wird. Die organisierten Arbeiter werden natürlich nicht auf den Lockbrot, die sie in diesem Kampfe geerntet haben, ausruhen. Im Gegenteil. Da ihnen das Vertragsverhältnis für die nächsten zwei Jahre Lohnkämpfe erspart, so werden sie die dadurch frei werdenden Kräfte anwenden, um auch den letzten Mann für die Organisation zu gewinnen, dieselbe auszubauen und nach jeder Richtung hin zu stärken. So wird die Organisation der Holzarbeiter eine unwiderstehliche Macht werden und instand sein, nach Ablauf des gegenwärtigen Vertrages einen neuen Vertrag zu schließen, der ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch günstiger gestaltet und Wünsche erfüllt, die heute noch nicht befriedigt werden konnten.

Das eine aber darf man nicht vergessen: Selbst die stärkste und bestgeleitete Gewerkschaft ist in ihrer Tätigkeit gebunden an den Grenzen, welche die bürgerliche Gesellschaft den Arbeitern gesetzt hat. Eine wahrhaft gerechte Verteilung des Ertrages der Arbeit kann nicht eintreten, so lange wir in der bürgerlichen Gesellschaft leben. Erst in der sozialistischen Gesellschaft kann der Arbeiter in den vollen Genuß der Früchte seiner Arbeit kommen. Deshalb ist es Pflicht der Proletarier, die infolge eines geregelten Vertragsverhältnisses ihre Kräfte für die nächste Zeit nicht im Kleinkampf um einige Pfennige Lohnhöhe zerstückeln brauchen, sich umso mehr in den Dienst der großen Sache der Sozialdemokratie zu stellen und um so energischer für die Befreiung des Proletariats aus den Fesseln der Lohnknechtschaft zu kämpfen.

Gerichts-Zeitung.

Backstubegeheimnisse. Von einem entlassenen Gesellen war der Bäckermeister Winstrod durch eine Strafanzeige beschuldigt worden, sogenanntes Fuhmehl zum Verboden benutzt zu haben. Er sollte Mehl, welches beim Einbringen der Mehlkörbe in den Mehlkeller, beim Umschütten derselben usw. vorbeifiel und manchmal schon tagelang an der Erde gelegen hatte, zusammengefaßt, durchgestiebt und wieder zum Backen verwendet haben, obwohl er wußte, daß der Fuhboden unmöglich rein sein konnte und die Gesellen adios darüber hingingen. Gerichtsherr Dr. Judenack begutachtete, daß solches Mehl, ganz abgesehen von den allgemeinen Keimlichkeitsrückständen, für Nahrungszwecke keine Verwendung finden dürfe, da am Fuhboden natürlich Bakterien sich festsetzen, die sich mit dem Mehl vermengen. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten, der die Thatfachen ohne Erfolg bestritt, zu 300 M. Geldstrafe und verfügte die Publikation in der „Väder-Zeitung“.

Ein trauriges Sittbild wurde gestern in einer Verhandlung vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I aufgerollt. Der 65jährige Schneidermeister Guido Häbner wurde beschuldigt, sich seit längeren Jahren an seinen Nichten, zu deren Vormund er bestellt war, im Sinne des § 176, 3 St.-G.-B. vergangen zu haben. Der Angeklagte ist ein vermögender Mann, seit langer Zeit verheiratet und Vater mehrerer Kinder. Im Familien- und Verwandtenkreise war er allgemein als Kinderfreund bekannt. Er beschäftigte sich vielfach mit Kindern, insbesondere mit denjenigen von Verwandten seiner Frau. Die jetzt 16jährige Charlotte M. wurde schon im Alter von 9 Jahren von dem Angeklagten mißbraucht. Bis in die neueste Zeit gelang es dem weißhaarigen Greis, sein schändliches Treiben fortzusetzen. — Vor Gericht bestritt der Angeklagte, sich irgendwie schuldig gemacht zu haben, und behauptete, sich öfters mit den Kindern einen harmlosen Scherz erlaubt zu haben. Der Staatsanwalt beantragte unter Verschärfung, daß es sich um einen sehr gemeingefährlichen Kinderfreund handele, eine Zuchthausstrafe von drei Jahren. Rechtsanwalt Dr. Völkner hat dem Angeklagten in Anbetracht seiner bisherigen Unbescholtenheit mildernde Umstände zuzubilligen. Der Gerichtshof hielt dies indessen für nicht angebracht. Wenn ein 65jähriger erfahrener Mann Kinder in stiller Begehung mit Dingen verkehrt, welche jeder Kindesseele unbedingt fern bleiben müssen, so verdient er derartige Kinderfreund die schärfste Verstrafung. Der Gerichtshof erkannte deshalb auf ein Jahr neun Monate Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren.

Ein zweiter ganz gleichartiger Fall, wo ein achtjähriger Knabe in die Hände eines Willkürs fiel, gelangte in derselben Strafkammer zur Verhandlung. Der Sohn eines Lehrers Karl Herndorf benutzte des Lesens zu kleinen Votengängen einige in demselben Hause wohnhafte Schulknaben. Einer der Knaben teilte seinen Eltern einen Vorgang mit, welcher zur Erhebung der jetzigen Anklagen führte. Vor Gericht gab der Angeklagte als Entschuldigungsgrund für seine Handlungsweise seine damalige Angerundtheit an. Der Gerichtshof erkannte unter Verschärfung mildernde Umstände auf neun Monate Gefängnis.

Statt jeder sonstigen Anzeige.
Am Freitag, den 13. Januar, nach eines sanften Todes meine innigstgeliebte Frau, unsere Tochter, Mutter, Schwester und Großmutter
Lina Heymann
geb. **Zadek**
im 57. Lebensjahre.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Max Heymann, Berlin, Wiesenstr. 55.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 17. Januar, mittags 12 Uhr, von der Leichenhalle des jüdischen Friedhofes in Weichensee aus statt. 13625

Allen Freunden, Bekannten und Genossen die traurige Nachricht, daß mein Schwiegervater, der Klavierarbeiter
Carl Borchert
am 13. d. Mts., vorm. 11 Uhr 50 Min. am Schlag verstorben ist. Dies zeigt tiefbetäubt an
Im Auftrag der Hinterbliebenen
Emil Grotowsky.
Die Beerdigung findet am Montag, 16. Januar, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. 18422

Am Freitag verschied im Krankenhaus Urban unser Kollege
Carl Borchert
im 68. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet Montag nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. 18432
Die Kollegen der Pianofabrik von
Dobrowolski & Basch.

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser geliebter Vater
Carl Böttcher
am Donnerstag, den 12. d. Mts., nach schwerem Leiden im 75. Lebensjahre sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. Januar, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes nachmittags 3 Uhr statt. 18412
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Karl Böttcher jun.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer.
E. S. Nr. 2, Hamburg.
Oortliche Verwaltungsstelle Berlin, Bezirk 6.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 7. d. Mts. das Mitglied, der Zimmerer
Wilhelm Müller
plötzlich verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
259/1 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Formner
Otto Reuter
am 11. d. M. gestorben ist.
Seine Hinterbliebenen!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses Noabit aus nach dem Friedhofe der neuen St. Pauli-Gemeinde statt.
Rege Beteiligung erwartet
110/12 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters und Schwiegervaters
Karl Junold
sagen allen Verwandten, Freunden und Bekannten, den Werkstätten, dem Holzarbeiter-Verband, dem 4. Wahlkreis Ostern und den Vereinen unseren herzlichsten Dank. 18036
Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Dankfagung.
Sagen hiermit allen Verwandten und Bekannten, sowie dem Sozialdemokratischen Wahlverein und dem Zentralverband der Bauhilfsarbeiter für die Beweise der Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung unser lieben Sohnes
Philipp Seelig
unseren innigsten Dank
Wilhelm Seelig und Frau.
Dankfagung.
Sagen hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie dem Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter, den Lehrern und Mitschülern der Fachschule der Barbiers, Fleischer und Metzger zu Berlin für die rege Teilnahme beim Begräbnis unseres lieben guten Sohnes, des Barbierlehrlings
Adolf Boltz
unseren herzlichsten Dank.
Familie Richard Boltz.

Dienstag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr
finden in Berlin

6 Partei-Versammlungen

- statt und zwar in folgenden Lokalen:
1. Kreis: **Dräsel's Festsäle, Neue Friedrichstr. 35.**
 2. Kreis: **Habels Brauerei, Bergmannstr. 5-7.**
(General-Versammlung des Wahlvereins.)
 3. Kreis: **Luisenstädtisches Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37.**
 4. Kreis: **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.**
 5. Kreis: **Altes Schützenhaus, Linienstr. 5.**
(General-Versammlung des Wahlvereins.)
 6. Kreis: **Germania-Säle, Chausseest. 103.**
(General-Versammlung des Wahlvereins.)

Rixdorf bei Gröpler, Bergstraße 147.
Referent: Genosse **Zubeil**.

Schöneberg bei Obst, Meiningerstraße 8.
Referent: **E. Böske**.

Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstraße 3.
Referent: Stadtverordneter **Hirsch**.

Tages-Ordnung: 245/4

Berichterstattung vom Parteitag der Sozialdemokratie Preußens.
Diskussion. — Verschiedenes.
Zu recht zahlreichem Besuch laden ein
Die Vertrauensleute.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Schönhauser Vorstadt.
Sonntag, den 15. Januar, abends 5 1/2 Uhr, in den Carolina-Sälen, Schönhauser Allee 28:
Versammlung für Männer und Frauen.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Max Kiesel** über: **Friedrich Schiller, deutscher Dichter.**
2. Diskussion.
Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein und Tanz.** Zu zahlreichem Besuch laden ein
Der Vertrauensmann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Montag, den 16. Januar, vormittags 10 Uhr,
bei **Keller, Koppenstraße 29:**
78/2
Versammlung d. Streikenden u. Ausgesperrten.
Mitgliedsbuch und Streikkarte legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Rummelsburg.
Dienstag, den 17. Januar 1905, abends 8 1/2 Uhr, im **Café Bellevue:**
Volkversammlung
Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Parteitage der Sozialdemokratie Preußens. Referent: **Osw. Grauer**.
2. Diskussion. 3. Bericht der Gemeindevorsteher über den hiesigen Turnhallenstreit. Genosse
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vertrauensmann.** 8/1

Zentralverband der Stukkateure Deutschl.
Filiale Berlin.
Montag, den 16. Januar, abends 1/2 7 Uhr, bei **Franke, Sebastianstraße 39:**
General-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1904. 2. Jahresbericht. 3. Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung. 4. Wie stellen wir uns zum Ablauf unseres Tarifvertrages? 5. Die geplante Errichtung einer Betriebs-Krankenkasse bei Bodwan u. Anauer.
Die Versammlung fängt früher und pünktlicher als sonst an. Zutritt nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!
Kollegen und Kolleginnen aller Branchen!
Mittwoch, den 18. Januar 1905, abends 8 1/2 Uhr, in der „Berliner Ressource“, Kommandantenstraße 57:
Oeffentliche Versammlung
Tages-Ordnung:
1. „Die internationale Freizügigkeit und der gewerkschaftliche Kampf“. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Ed. Barasteln**. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Die Kollegen und Kolleginnen aller Branchen, insbesondere die ausländischen, werden ersucht, hierzu zahlreich und pünktlich zu erscheinen. 109/1
Der Einberufer.

Verband der Wäsche- und Krawattenarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Filiale Berlin).

Montag, den 16. Januar, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“, Linienstr. 5:
Oeffentliche Versammlung
aller Neu-Plätterinnen, Näherinnen und Zuschneider.
Tages-Ordnung:
1. Die Lohnabzüge bei den Plätterinnen in der Wäschefabrik **J. Gotthelm**, Elisabethstr. 22.
2. Stellungnahme der Plätterinnen hierzu.
Es ist Pflicht, daß alle in der Branche Beschäftigten erscheinen, besonders die Plätterinnen von Ritter.
Die Wäschefabrik **J. Gotthelm** ist für Plätterinnen gesperrt. 251/1
Der Vorstand.

Mittwoch, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:
Oeffentliche Versammlung
aller Alt-Plätterinnen, Wäscherinnen und Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Genossin **Frau E. Ihner** über die vom Statistischen Amt herausgegebenen Fragebogen: **Zur Ermittlung der Arbeitsverhältnisse in der Altbranche.**
2. Freie Aussprache. 251/2
Das Erscheinen aller ist Pflicht.
Wir bitten die Parteigenossen, ihre Angehörigen und Bekannten auf diese Versammlungen aufmerksam zu machen und für guten Besuch der Versammlungen mit Sorge zu tragen.
Der Vorstand.

Donnerstag, den 19. Januar, abends pünktlich 8 Uhr:
Generalversammlung des Verbandes
(Filiale Berlin)
bei **Schulz, Belforterstraße 15.**
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Viertel- und Jahresbericht des Kassierers. 3. Bericht der Arbeitsvermittler. 4. Bericht des Bibliothekars. 5. Neuwahl der örtlichen Verwaltung. 6. Anträge und Verschiedenes. Eintrag nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches; zu achten auf § 11, Absatz a. 251/3
Der Vorstand.

Montag, den 23. Januar, abends 8 Uhr:
Versammlung der Zuschneider
bei **Schulz, Belforterstraße 15.**
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Tarifkommission. 2. Anträge und Beschlußfassung. Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen. Kollegen, die sich in dem Verband aufnehmen lassen, haben Zutritt.
Die Zuschneider-Sektionen.

Sonntag, den 4. Februar 1905, Anfang 8 Uhr:
Großes Kostümfest.
„Ein Frühlingsfest am Mirbach-Strande“
unter Mitwirkung zweier Musik-Kapellen in den Gesamträumen der
Brauerei Friedrichshain (früher Lipps).
Zur Aufführung gelangt „Frühlingserwachen“ ausgeführt von 16 Mädchen.
Im festlich decorierten Saale: Würfel-, Gurken-, Brezel- und Schlegelbuden, Kaffee-, Nektarschokolade. Es wird gebeten in originellen Kostümen zu erscheinen.
Billets a 1/2 Mark sind zu haben bei: **Ed. Beyerneimstr. 19, IV, Gahnbold, Oberbergstr. 37, I, H. Büchel, Straußbergerstr. 25, III, H. Jemmerjahn, Straußbergerstr. 17, IV, R. Keller, Greifswalderstr. 218, II, W. Ene, Königsbergerstr. 24, part., C. Herz, Landwehrstr. 1, part., C. Hellm, Neu-Weichensee, Langhansstr. 141, II, Hrl. Kogensberg, Sorauerstraße 11, II, sowie in allen mit Plakaten belegten Geschäften. 251/43
Am Sonntag, 12. März, nachmittags 4 Uhr, findet die diesjährige
Frühjahrs-Urania-Vorstellung
statt. Billets kosten 60 Pf. 251/5
Der Vorstand.**

Weissensee.
Dienstag, den 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im **Vereinshaus**, Charlottenburgerstraße 150:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Viertel- und Jahresbericht des Kassierers. 3. Bericht der Bibliothekare. 4. Bericht der Revoren. 5. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 6. Stellungnahme zur Manifest. 7. Vereinsangelegenheiten. Vollzähliges Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Zentralverband der Dachdecker
Filiale Berlin.
Mittwoch, den 18. Januar, abends 8 Uhr, Weinstr. 11 bei **Feind:**
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Kassembereicht vom IV. Quartal 1904. 2. Bericht der Arbeitsnachweis-Kommission. 3. Bericht über den Streikfonds und Einführung eines obligatorischen Streikfonds. 4. Anstellung eines besoldeten Beamten. 5. Verbands-Angelegenheiten. 54/1*
Um zahlreiches Erscheinen, auch der Kollegen der Filiale Steglitz, ersucht
Der Ortsvorstand.

Montag, den 16. Januar 1905, abends 8 1/2 Uhr:
Oeffentl. Volks-Versammlung
Restaurant **Waltschmieder**, Berlin N., Badstr. 16.
Tages-Ordnung:
1. Der § 175 und der Fall Gasse.
2. Diskussion.
Referent: **Dr. med. M. Hirschfeld.**
Es ist gelungen, Herrn **Dr. med. Hirschfeld**, den berühmten Forscher auf dem Gebiete der Homosexualität zu einem Vortrage über dieses Thema, das in letzter Zeit die Öffentlichkeit wieder so stark beschäftigt, zu gewinnen. 285/13
Der Einberufer.
W. Grab, Berlin N., Reinholdsdorferstraße 35.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 19. Januar 1905, abends 8 Uhr:
Branchenversammlung der Parkettbodenleger
im Gewerkschaftshaus (Saal 5), Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Exner** über: Das Recht im gewerblichen Arbeitsvertrag. 2. Bericht der Kommission vom vierten Quartal 1904. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. 78/1
Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Das Verhandlungsprotokoll ist vorzulegen.
Der Obmann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.
Montag, den 16. Januar, abends 8 Uhr, im Volkshaus,
Rosinen-Strasse 3:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1904. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Wahl des gesamten Vorstandes. 4. Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern. 77/20
Da Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Marmor - Arbeiter!

Dienstag, den 17. Januar, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vierteljahres- und Jahres-Abrechnung. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Wahl des Gesamtvorstandes. 4. Verschiedenes. 172/2
Der Vorstand.

Achtung!
Arbeiter, Parteigenossen,
deren Frauen und Töchter in der Damen- und Kinderkonfektion beschäftigt sind.

Am Dienstag, den 17. Januar, abends von 8-10 Uhr, finden zum zweitenmal die Wahlen der Vertreter der Arbeitnehmer zur Generalversammlung der Ortsklasse statt. Die erst vorgenommene Wahl ist auf das Betreiben einzelner Mißveranlässiger und Eigenbrödlers unbedeutender formaler Dinge wegen, die diese Elemente selbst verschuldeten, um Grund zum Protest zu haben, seitens der Gewerkschaftsleitung für ungültig erklärt worden.
Wir ersuchen die Parteigenossen, ihre Frauen und Töchter zu veranlassen, sich an der Wahl zu beteiligen.
Die von der Organisation vorgeschlagene Liste fängt an mit dem Namen **Almer** und endet mit dem Namen **Zühlke**. Nur diese Liste ist abzugeben.
Verband der Schneider und Schneiderinnen.
(Zentrale Berlin.) J. H.: A. Ritter.

Verband der Tapezierer. (Filiale Berlin.)

Donnerstag, den 19. Januar, abends 8 Uhr, bei Wendt,
Deutstrasse 20:

General-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vorstandsbericht. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung. 4. Die letzten Vorgänge zwischen Hauptvorstand und Ausschuss.
Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.
177/2 Die Verbandsleitung.

Turnverein „Fichte“ Berlin

Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes.
Am Freitag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, fand die
Eröffnung der XIII. Männerabteilung

in der
Städtischen Turnhalle Görlitzerstr. 52 statt.
Turnzeiten: Dienstag u. Freitag 8-10 Uhr abends. Monatsbeitrag 60 Pf.
Der Vorstand.

Turnverein „fichte“.

(Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes.)
1., 8. und 10. Männer-Abteilung.
Sonntag, den 21. Januar cr., im Böhmisches Brauhaus,
Landsberger Allee 11-13:

Kostüm-Fest.
Eine Turnfahrt nach dem großen Winterberg im „Böhmisches“ Wald.
Billet 50 Pfennige. 13775

Zentral-Verband der Schuhmacher Deutschl.

Bureau: Wilmannsstr. 32A, Hof part.
Mittwoch, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den Residenz-Sälen,
Landsbergerstr. 31 (unterer Saal):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 4. Quartal 1904. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung und Kassenkommission. 3. Neuwahl der Beschwerdekommision. 4. Festsetzung der Höhe des aus dem Lokalfonds an die lokale Zuschußkasse zu überweisenden Grundkapitals. 5. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
109/2 Die Ortsverwaltung.

Süd-Eisbahn

größte Eisbahn Berlins 66/3
Urbanstr. 166/167, vis-à-vis der Kaiser Franz-Kaserne
ist eröffnet.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den Bezirk Lichtenberg.

Dienstag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Saale der Herren
Gedr. Arnold, Frankfurter Chaussee 120:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die sozialen Aufgaben der Gemeinde. 2. Vereinsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Mitglieder erwünscht.
Gäste haben Zutritt.
Der Vorstand.

Wahlverein Charlottenburg

Dienstag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung

im Volkshaus, Rosinenstraße Nr. 3.

Tages-Ordnung:
1. Bericht vom preussischen Parteitag. Referent: Delegierter Genosse **Paul Girsch**. 2. Diskussion. 3. Kassenbericht. 4. Eine Beschwerde gegen den Vorstand. 5. Aufnahme neuer Mitglieder. 6. Verschiedenes.
Die Mitglieder haben pünktlich zu erscheinen.
Für Frauen und Gäste ist die Galerie reserviert.
Der Vorstand. 250/2



Der Kuchen von Kummer
Das ist 'ne tolle Nummer!
Um diese Masse zu probieren
Brauchst Du nicht lange zu studieren.

Denn eins, zwei, drei ohn'grosse Taten
Wird Kummer's Kuchen stets geraten.
Wenn Kummer's Kuchen fertig da,
Ruft alles laut hurra! hurra!

Backen Sie nur noch mit
Kummer's
fertiger Kuchenmasse

Zu haben in al'en bess. Kolonialwaren- u. Delikatessen-Geschäften.
Man hüte sich vor minderwertigen Mischungen!
Fabrik: Heinrich Stern, Berlin C. 25, Prenzlauer Strasse 46

Wilmersdorf. Brandenburgische Straße 100.
Restaurant Selke.
Angenehmer Familien-Aufenthalt. ♦ Musikalische Unterhaltung.
Vereinszimmer (50 Personen). ♦ Billardzimmer.
♦ Warme Küche zu soliden Preisen. 1621/2

Fr. Hahn

Gegründet
1825.

BERLIN C. 25
Alexanderplatz

In den Abteilungen für:
Leibwäsche, Bettwäsche, Hauswäsche, Tischwäsche, Leinen- und Baumwollwaren
gelangen diese Woche zu aussergewöhnlich zurückgesetzten Preisen zum Verkauf.

Besonders hervorzuheben:	Tafeltücher 4 9 sonst 6-13 M. jetzt 4 bis 9 M.	Servietten, reinleinen, 3 95 sonst Dtd. 5 M. jetzt Dtd. 3 M.	Tee- und Kaffee-Gedecke 3 sonst 3,50 M. jetzt 3 M.
	Hausm. Bettlaken-Leinen 1 150 cm breit, sonst Meter 1,25 M., jetzt 1 M.	Bester Wäschestoff 36 sonst Meter 50 Pf. jetzt Meter 36 Pf.	Weiss Körperbarchent 48 sonst Meter 65 Pf. jetzt Meter 48 Pf.

Verkäufe.

Räumungsverkauf verfallener Pländer, Ausnahmestage. Wandbleibhaus Weidenweg 19. 738*
Bekanntmachung. Heute und folgende Ausnahmestage werden im Wandbleibhaus Weidenweg 19...

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 737*
Kostümrolle, Mellemuster, sehr billig zu verkaufen in der Fabrik, Verfallensstunde 3, II. 12736
Teppiche! (fehlerrichtig) in allen Größen für die Hälfte des Wertes...

Ringelstücken. Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Boche 1,00, gebraucht 12,00. Postkarte genügt...
Niederlage. Unfallhader sofort veräußert! Steinmetzstraße 73, W.
Elf Herrenanzüge, hochsein, nach Maß bestellt, nicht abgeholt. Einkauf 38 Mark für 20 Mark. Winterpaletot...

Sprachen. Deutsch, Französisch, Englisch. Lehrmittel Karlstraße 28. *
Tanzschule Gänther, Neue Hofstraße 3. 10436
Rechtsbureau (Händelsplatz). Gründliches Beratungsbüro. Langjähriges Erfolgsgelichtes! 12726*
Rechtsbureau (Alexander-Platz). Kurzgeschicklich! Gerichtliche Handlungsgeschäfte, Interventionen, Strafsachen! Eingabengeld! 12915*

Zweizimmerige Holzwohnungen, sofort und April, einzimmrige sofort billig! Hülfstraße 8. 662*
3 Zimmer, Küche, Balkon, Erker, Zubehör, Sprengschicht, 37 und 41, 63. Straßauer-Allee 20. 13306
Wohnung, vorn, zweifelhafte Etage nebst Küche, Erdos, fast Etageüber, Lippe-Herstraße 17. 710
Schöne Gartenwohnungen, fünf und mehlig gelegen, zu vermieten. Reimendorfer-Best. Humboldtstraße 42, Tiefstraße Linie: Daldorf-Brick, zum April. 13026

Einscher, tüchtige, für Läden, sofort verlangt. Reubau, Triftstraße 28.
Zuche sofort tüchtigen, erfahrenen, gelehrten Helfer für Gas- und Wasseranlagen, zuverlässig auf Reubau sowie Reparaturen. Adresse M. G. 5 Postamt 61. 13565
150 Reisende! Händler! auch Frauen! Berlin und Provinz! Soforthiger Verdienst! Parzergebirgs-Balkenfräse, Dornschneidwerkzeuge, Hartmetallspitzen, Schönbauerstraße 141, August Ostermann.
Hafen - Borterei - Zusammenlegerin mit und ohne Futter, Handarbeiterin verlangt. Bernauerstraße, Stolbitzstraße 3. 741

Verantw. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Olose, Berlin. Druck u. Verlag: Fortwärt's Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Olose, Berlin. Druck u. Verlag: Fortwärt's Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Olose, Berlin. Druck u. Verlag: Fortwärt's Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Olose, Berlin. Druck u. Verlag: Fortwärt's Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Olose, Berlin. Druck u. Verlag: Fortwärt's Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Olose, Berlin. Druck u. Verlag: Fortwärt's Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Erster Redakteur

für Bearbeitung des politischen und sozialen teils und Leitung der Redaktion der 'Märkischen Volksstimme' per 1. April gesucht.
Zeitweise verantwortliche Leitung erwünscht.
Bewerberinnen mit Gehaltsansprüchen unter Darlegung der bisherigen Tätigkeit bis zum 21. Januar erdten an Gust. Berko, Forst (Lauth), Langelstraße 27.

Monteure

für Spänetransport- und Lüftungsanlagen suchen unt. günst. Beding. Hof. Danneberg & Quandt, Frankf. Allee 180.
Tüchtigen Bilderrahmenmacher verlangt Hans Gost, Kurfürstenstr. 45.
Reine Firma ist mit der gelehrten Firma Hans Gost u. Co., Kurfürstenstr. 146 (Inb. Gustav Leug) nicht zu verwechseln. 13566

Musikinstrumenten-Arbeiter, Tischler u. Polierer!

Gespart sind folgende Betriebe:
Giese, Reincke & Co., Görs & Kallmann, Hedke, Hillgärtner, Klingmann, Lehmann & Co., Lehmann, Reincke & Walter, Rösener.
Die Zehnerkommission.

Maschinenmacher?

Die Firma Gost u. Co., Kurfürstenstraße 146, ist für Rahmenmacher, Tischler, Maler, Vergolder und Polierer wegen Differenzen gesperrt. 7714 Die Erbsverwalter.

Achtung! Holzbearbeitungs-maschinen-Arbeiter!

Wegen Differenzen sind die Firmen M. & F. Berndt, jrsche 78, und 715*
Lühr & Wiese Nachfolger
Händlersdorferstraße 26, früher Richterscher Betrieb, gesperrt. 7016* Der Vorstand.

Weissenjee!

Achtung! Holzarbeiter!
Gehwert sind folgende Villars-queus-Garbiten: 772
Gebrüder Weiß, Gölberstr. 52.
Emil Helms, Köpenickerstraße 75.
Max Fröhlich, Viktorstr. 11.
Zugung ist streng fernzuhalten.
Die Erbsverwalter u. Deutschen Holzarbeiter-Vereins, Zahlstelle Weissenjee.

Achtung, Schildermaler Maler, Lackierer!

Bei der Firma Paul Voigt, Neue Köpenickerstr. 42, sind Differenzen ausgedrochen. 1242
Zugung streng zu vermeiden.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Schneider, Gelangsumorist, Steinhilberstraße 57. 7103*
Gndrich, Dumorist, Kennstraße 1a.
Rentenempfänger, 35, sucht Beschäftigung. Offerten unter P. 6 Expedition dieses Blattes erdten.
Parteienoffe, Rentenempfänger, 35, überaus und geistig reger, aber sehr kriegsichtig, sucht Beschäftigung als Kote oder dergleichen. Seybold, Neue Schönhauserstraße 13. 7147

Stellenangebote.

Tüchtige Leder-Zubehörer gesucht, bei gutem Lohn. Emil Pinner, Nachfolger, Schaubörsel, Dierichstraße 41.
Händler, Karlsruferstraße können mit paar Mark viel verdienen. Schnelverlauf! Postamt Münzstraße.
Bildergaler, jungen, sucht Schulze, Oranienstraße 185. 13826
Kordmachersstelle auf grün, gegüllagen, verlangt Karl Oräger, Weissenjee, Prenzlauer Chauffee 1.
Rausburdie, Boche 8 Mark, Buchdrucker, Holzmannstraße 21. 13966

Vermietungen.

Klempnerwerkstatt mit Kundchaft zum 1. Februar zu vermieten. C. Straßauerstraße 12. August Sauer, Einlagenstraße 12. 12956*
Wohnungen.
Zährinerstraße 19. Wohnungen, Etage, Küche, Speisekammer, Kiolett, billig zu vermieten. 11735*
Wohnungen, ein-, zwei- und dreizimmerig, vorn und Hof, sofort und April, billig! Seefstraße 68a. 13146*
Boglaggen, Berlin O aufstehend, vier Minuten Bahnhof! Straßauer-Haus: helle schöne Wohnungen von zweifelhafte großer Etage, Küche, Kiolett, allemgem. Kerker, Zubehör, monatlich 15 bis 21 Mark, zum 1. April. Neue Bahnhofsstraße 22. 12516*

Verschiedenes.

Patentanwalt Dammann, Oranienstraße 57, Rorikplatz. Rat in Patentfachen. 12145*
Rechtsbureau, Gerichtssekretär, Schärer, Andrastr. 38. Sonntagsspendent. 13105*